

A. Leitanträge

**A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur
Landtagswahl 2024**

Einreicher*innen: Landesvorstand

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Inhalt

Präambel.....	3
I Arbeitswelt, Wirtschaft und Klima.....	6
Arbeit und Arbeitsmarkt.....	8
Handwerk, Industrie und Bergbau.....	11
Strukturwandel.....	15
Energieversorgung.....	16
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Naturschutz.....	17
Klima.....	20
Tourismus und Gastronomie.....	22
Schlaglicht: Osten.....	23
II. Soziale Daseinsvorsorge.....	25
Öffentliche Infrastruktur.....	26
Kommunen.....	28
Gesundheit.....	30
Pflege.....	33
Inklusion.....	35
Senior:innen und Rente.....	36
Kinder und Jugend.....	37
Wohnen.....	39
Mobilität und Verkehr.....	41
Tierschutz.....	43
Drogen und Suchthilfe.....	44
Bevölkerungsschutz.....	45
Verbraucher:innenschutz.....	46
Schlaglicht: Stadt & Land.....	46
III. Bildung.....	48
Kita.....	49
Schule.....	51

Berufliche Bildung.....	56
Hochschulen.....	57
Schlaglicht: Gleichstellung.....	60
IV. Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt.....	61
Direkte Demokratie, Bürger:innenbeteiligung und Transparenz.....	64
Zivilgesellschaftliches Engagement und Antifaschismus.....	66
Kampf gegen Diskriminierung.....	67
Kinder- und Jugendmitbestimmung.....	68
Queerpolitik.....	70
Polizei und Justiz.....	72
Kultur.....	75
Erinnerungskultur.....	78
Sport.....	79
Medien.....	80
Internet und Datenschutz.....	82
Migration und Asyl.....	83
Europa.....	84
Frieden.....	86

1 **Präambel**

2

3 Liebe Wählerinnen und Wähler!

4

5 Sachsen – das sind die Industriemechanikerin im Automobilwerk in Zwickau und der
6 Mediendesigner in der Leipziger Südvorstadt. Es sind die junge Studentin der Sozialen Arbeit in
7 Mittweida und der Straßenbahnfahrer im Ruhestand in Görlitz. Es sind die Agrargenossenschaften,
8 die seit der Vereinigung die Tradition der LPG fortführen, aber auch die Menschen, die erst vor
9 wenigen Jahren einen ökologischen Landwirtschaftsbetrieb gegründet haben. Zu Sachsen gehören
10 der Altenpfleger und die Seniorin, um die er sich kümmert, die Lehrerin an der Grundschule und die
11 Kinder, die sie unterrichtet. Sachsen, das ist auch der Syrer, der vor dem Krieg in seiner Heimat zu
12 uns geflohen ist und inzwischen als Hausarzt Kranke versorgt. Sachsen – das sind wir alle, die wir
13 hier wohnen. Vier Millionen Menschen, die mit fröhlichem Eigensinn ihr Leben gestalten und sich
14 zugleich in die Gemeinschaft einbringen. Sachsen ist Hutzenabend und Technoclub, Karl-May-
15 Museum und Staatsoper, Freiwillige Feuerwehr und Kulturverein. Teil dieser Vielfalt sind und
16 bleiben auch wir: Die Linke Sachsen. Weil wir zu dieser Gesellschaft gehören, wollen wir das Leben
17 für alle Menschen in Sachsen besser machen, sicherer und selbstbestimmter – für Sie und
18 gemeinsam mit Ihnen.

19

20 Der Blick, der von außen auf Sachsen geworfen wird, liefert oft ein negativ verzerrtes Bild. Aber
21 auch wir wissen: Viele Menschen hier sind unzufrieden, fühlen sich übergangen und nicht
22 wertgeschätzt. Wir geben nicht vor, alles erklären zu können, aber kennen doch einige Gründe für
23 diese Stimmung: Während nach der Vereinigung Kohl, Schröder und Merkel in Berlin regierten und
24 in Sachsen mehr als 30 Jahre lang ununterbrochen die CDU an der Macht war, zog sich der Staat
25 immer weiter zurück und ließ viele Menschen im Stich. Krankenhäuser und Schulen, Postämter und
26 Bahnhöfe, Sparkassenfilialen und Kulturzentren schlossen für immer ihre Türen. Ältere Menschen
27 fanden vielfach keine Arbeit mehr, junge Menschen verließen Sachsen auf der Suche nach ihr. Statt
28 für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Perspektiven zu sorgen, behaupteten die Regierenden,
29 die Leistungen des Staates müssten gekürzt werden. Sie privatisierten öffentliches Eigentum,
30 entzogen es so der demokratischen Kontrolle und ließen dem Profitstreben des Marktes freie Bahn.
31 Während die Konzerne Rekordprofite machten und die Vermögenden immer reicher wurden,
32 blieben Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen zurück. Durch eine sogenannte
33 „Schuldenbremse“, die von den Regierenden noch immer verteidigt wird, fesselte sich der Staat
34 selbst und kann heute auf die vielen Krisen unserer Gegenwart nicht angemessen reagieren. Nur
35 allzu aktiv zeigte sich der Staat dort, wo es darum ging, Menschen, die unverschuldet in die
36 Arbeitslosigkeit geraten waren, durch das System „Hartz 4“ zu drangsaliieren, das inzwischen in
37 „Bürgergeld“ nur umgetauft wurde. Wenig unternahmen die Regierenden hingegen zur Angleichung
38 der Löhne und Renten im Osten an das Niveau des Westens – diese immer noch bestehende
39 Benachteiligung ist es, die von den Menschen in Sachsen als größte Ungerechtigkeit empfunden
40 wird.

41

42 Dieser falschen Politik unermüdlich widersprochen hat die Partei, die zuerst PDS hieß und heute
43 Die Linke heißt. Sie ist und bleibt die verlässliche Stimme für soziale Gerechtigkeit. Wir sind die
44 einzige soziale Opposition im Sächsischen Landtag. Niemals werden unsere Abgeordneten die
45 Hand heben, um einem Sozialabbau zuzustimmen. Stattdessen ist es unser Ziel, das Leben in
46 Zeiten vieler gleichzeitiger Krisen und wachsender Unsicherheit endlich wieder planbar zu machen.
47 Wir wollen die sogenannte „Schuldenbremse“ abschaffen, Privatisierungen ohne Zustimmung der
48 Bevölkerung verbieten und Institutionen der sozialen Daseinsfürsorge wieder der öffentlichen Hand
49 anvertrauen. Wir setzen uns dafür ein, alle Krankenhausstandorte zu erhalten, mindestens als
50 Polikliniken. Wir wollen die Versorgung pflegebedürftiger Menschen verbessern und die immer

51 stärker wachsenden Eigenanteile begrenzen. Wir werden den Rückgang der Geburtenzahlen nicht
52 dazu nutzen, um Stellen zu streichen und Ausgaben zu kürzen, sondern um die Betreuung und
53 Bildung unserer Kinder in Kitas und Schulen zu verbessern und ihnen ein kostenloses Mittagessen
54 anzubieten.

55
56 Nicht aus falscher Nostalgie, sondern weil wir gegen jede ungerechtfertigte Ungleichheit kämpfen,
57 setzen wir uns dafür ein, den Ostdeutschen endlich die Anerkennung zu verschaffen, die sie
58 verdienen. Die Menschen in Sachsen wissen, dass Die Linke die glaubwürdige Vertreterin der
59 ostdeutschen Interessen ist. Wir kämpfen von Anfang an gegen das Rentenunrecht, das im Zuge
60 der Vereinigung zahllosen Ostdeutschen angetan wurde. Um die Zeit der Niedriglöhne in Sachsen
61 zu beenden, haben wir ein Vergabegesetz vorgelegt, nach dem öffentliche Aufträge nur noch an
62 Firmen gehen sollen, die Tariflohn zahlen. Dass Führungspositionen in Ostdeutschland in vielen
63 Bereichen noch immer kaum mit Menschen ostdeutscher Herkunft besetzt sind, ist ein Skandal.
64 Nur wenn ostdeutsche Biografien in den Führungspositionen angemessen repräsentiert sind,
65 können die besonderen Kenntnisse der Ostdeutschen und ihr Gefühl für Solidarität endlich voll in
66 das politische Handeln einfließen.

67
68 Zu dem Wissen der Ostdeutschen, das Nachhilfe aus dem Westen überflüssig macht, zählt unser
69 Vorsprung auf dem Gebiet der Gleichstellung der Frau. Dass Frauen gleichen Zugang zu
70 Führungspositionen und für gleichwertige Arbeit gleichen Lohn erhalten müssen, ist für uns eine
71 selbstverständliche Forderung. In unserer eigenen Partei setzen wir diese Prinzipien konsequent
72 um. Zugleich wissen wir, dass Gleichberechtigung nach dem Buchstaben des Gesetzes noch längst
73 nicht tatsächliche Gleichstellung bedeutet. Die muss vielmehr in allen gesellschaftlichen Bereichen
74 aktiv durchgesetzt werden. Dabei ist für uns jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes oder
75 der sexuellen Identität inakzeptabel.

76
77 Weil Gleichheit unser Prinzip ist, setzen wir uns auch für gleichwertige Lebensverhältnisse
78 zwischen Stadt und Land ein. Die Wege zur Arztpraxis, zum Krankenhaus und zur Behörde werden
79 immer länger – und beschwerlicher, denn der Öffentliche Nahverkehr ist fahrlässig immer weiter
80 ausgedünnt worden. Die Linke ist und bleibt in Sachsen in allen Landkreisen und Kommunen
81 präsent. Und wir wollen dafür sorgen, dass auch Verwaltung, Gesundheitsversorgung und Bildung
82 auf dem Land überall funktionieren. Dazu muss die Landesregierung den Kommunen endlich die
83 nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Alle unsere Dörfer und Städte müssen außerdem wieder durch
84 Busse und Bahnen regelmäßig erreichbar werden. Die Großstädte haben andere, aber nicht
85 weniger drängende Probleme: Den Wohnungsmangel und den Mietwucher wollen wir durch eine
86 wirksame Mietpreisbremse und sozialen Wohnungsbau in großem Maßstab bekämpfen.

87
88 Ein Staat, der sich selbst fesselt und für unfähig erklärt, die Probleme zu lösen, der nicht genug
89 Lehrkräfte an die Schulen bringt und der Menschen in die Altersarmut schickt, kann kein Vertrauen
90 gewinnen. Für manche in Sachsen klingen da die Versprechungen nationalistischer
91 Rechtsaußenparteien verlockend. Sie machen für alle Missstände das Ausland und die Ausländer
92 verantwortlich und behaupten, durch Abschottung und die Zerstörung der Europäischen Union
93 ließen sich alle Probleme lösen. Die Mehrheit der Menschen in Sachsen weiß aber, dass wir von
94 einem Europa der offenen Grenzen profitieren. Sie weiß auch, dass ohne Zuwanderer schon jetzt
95 viele Krankenhäuser und Handwerksbetriebe ihre Arbeit einstellen müssten. Sie betrachtet die
96 Vielfalt der sächsischen Gesellschaft als Gewinn, nicht als Bedrohung. Gegen die extreme Rechte
97 und ihr nationalistisches, autoritäres und unsoziales Programm demonstrieren in ganz Sachsen
98 hunderttausende Menschen. Die Linke steht Seite an Seite mit ihnen. Wir sind die Partei des
99 konsequenten Antifaschismus. Wir treten den extremen Rechten nicht nur in den Parlamenten und
100 auf der Straße entgegen, sondern knicken – im Gegensatz zu den anderen Parteien – auch politisch

101 nicht vor ihnen ein. Wir verteidigen das Recht auf Asyl als humanitäre Pflicht. Zugleich betrachten
102 wir die Zuwanderung als Chance für Sachsen. Dabei sind wir uns bewusst, dass sich vorhandene
103 Bedenken in der Bevölkerung nur durch eine schnellere Integration der Zuwanderer in die
104 Gesellschaft und den Arbeitsmarkt abbauen lassen. Wir streiten für ein Sachsen, das für alle ein
105 Zuhause ist. Wir beteiligen uns nicht daran, verschiedene Gruppen von Menschen, die sich zurecht
106 benachteiligt fühlen, gegeneinander aufzuhetzen. Unsere Alternative heißt Solidarität!

107
108 Wir widersprechen der Legende, Sachsen hätten eine natürliche Neigung zum Konservativen. Ganz
109 im Gegenteil: Sachsen war das Land der Reformation und der Aufklärung, war Vorreiter der
110 Industrialisierung und der technischen Innovation. Noch heute sind die sächsischen Universitäten
111 hervorragend, bei der Leipziger Buchmesse treffen sich Intellektuelle aus aller Welt. Im „roten
112 Sachsen“ organisierten sich im 19. Jahrhundert zuerst die Arbeitenden im Kampf für ihre Rechte,
113 hier wurde die sozialistische Bewegung begründet, in deren Tradition wir als Die Linke stehen.
114 Dass die fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft es derzeit schwer haben, daran tragen wir
115 wegen der inneren Streitigkeiten unserer Partei in den vergangenen Jahren eine Mitschuld. Nun, da
116 wir wieder geschlossen auftreten, ist es unsere Pflicht, die Demokratie gegen ihre Feinde zu
117 verteidigen. Das heißt aber nicht, dass wir uns kritiklos mit den bestehenden Verhältnissen
118 abfinden. Die Demokratie kann nur erhalten werden, indem sie verbessert wird. Wir brauchen eine
119 Demokratisierung der Demokratie. Demokratie muss die tägliche Praxis einer Gesellschaft sein, in
120 der alle gleichberechtigt über die Zukunft mitentscheiden. Deshalb treten wir dafür ein,
121 Volksbegehren und Volksentscheide zu erleichtern und das Wahlalter abzusenken. Wir wollen, dass
122 die Beschäftigten mehr mitbestimmen dürfen und Miteigentum an ihren Betrieben bekommen. Weil
123 die Kommunen die Basis der Demokratie sind, soll stärker vor Ort entschieden werden, wofür Geld
124 ausgegeben wird. Wir wollen einen funktionierenden Sozialstaat, der Teilhabe am
125 gesellschaftlichen Leben für alle ermöglicht, und eine dienende Verwaltung, die den Interessen der
126 Menschen entgegenkommt.

127
128 Die sächsische Landwirtschaft hat die letzten Jahre unter extremen Dürren gelitten. Ebenso spüren
129 es die Feuerwehrleute, die sich mit verheerenden Waldbränden konfrontiert sahen: Die Klimakrise
130 spielt sich nicht nur in fernen Ländern ab, sondern direkt vor unserer Haustür. Wir müssen unseren
131 Beitrag leisten, um die Erderhitzung zu stoppen – auch weil die gesundheitlichen und
132 wirtschaftlichen Schäden vor allem die ohnehin schon Schwächsten in unserer Gesellschaft treffen.
133 Wir müssen unsere Industrie und unsere Energieversorgung, unser Verkehrswesen und unsere
134 Landwirtschaft so umbauen, dass wir so bald wie möglich das Klima nicht mehr schädigen. Wo
135 Maßnahmen zum Klimaschutz auf Widerstand stoßen, da liegt es zumeist daran, dass gerade jene
136 Menschen übermäßig belastet oder zum Verzicht aufgefordert werden, die ohnehin schon wenig
137 haben – während die Vermögenden und die Konzerne sich aus der Affäre ziehen. Die Linke steht
138 für einen konsequenten, dabei aber auch sozial gerechten Klimaschutz. Viele Menschen im Osten
139 haben in den neunziger Jahren schon einmal erlebt, wie eine wirtschaftliche Transformation über
140 ihre Köpfe hinweg und ohne sozialen Ausgleich vollzogen wurde. Sie sind deshalb mit Grund
141 besonders skeptisch. Wir wollen sie überzeugen, indem wir sie in die Entscheidungen einbinden
142 und dafür sorgen, dass sie von der Wirtschaft von morgen profitieren. Der Staat muss den Wandel
143 in den Schlüsselindustrien kontrollieren und durch Investitionen gezielt vorantreiben. Die
144 Infrastruktur zur Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand. Statt die Menschen durch
145 immer höhere Preise zu bestrafen, wollen wir sie an dem Gewinn beteiligen, der dadurch entsteht,
146 dass wir unseren Strom aus erneuerbaren Energiequellen im eigenen Land produzieren.

147
148 Die Zeiten der Massenarbeitslosigkeit in Sachsen sind glücklicherweise vorbei – nicht dank der
149 Weisheit der Regierenden, sondern weil die Bevölkerung kleiner und älter wird. Inzwischen ist der
150 Mangel an Arbeits- und Fachkräften in fast allen Branchen zum Problem geworden. Die Arbeitswelt

151 wandelt sich außerdem durch die Digitalisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Die
152 Linke will diese Entwicklung gestalten, statt ihr nur zuzuschauen. Dabei stehen für uns stets die
153 Interessen der Beschäftigten an erster Stelle. Während die Lobbyisten der Unternehmerverbände
154 und die Konservativen die Menschen in Sachsen zur Mehrarbeit verpflichten wollen, sagen wir: Wer
155 Arbeitskräfte will, muss sie ordentlich bezahlen und behandeln. Dazu gehören Tariflöhne im ganzen
156 Land, aber auch die Möglichkeit für die Beschäftigten, ihre Arbeitszeit zu reduzieren.

157
158 Auch wenn wir von Sachsen aus keine Außenpolitik betreiben können, setzen wir uns doch vor Ort
159 für den Frieden und gegen Militarisierung, Aufrüstung und Waffenexporte ein. In Zeiten, in denen in
160 vielen Hauptstädten der Welt wieder Krieg zum legitimen Mittel der Politik erklärt wird, ist das
161 dringend notwendig. Wir wollen, dass internationale Konflikte durch Verständigung und Ausgleich
162 gelöst werden. Wir wehren uns dagegen, dass in Sachsen Waffen produziert werden und das
163 Militär an unseren Schulen und Universitäten für den Kriegsdienst wirbt.

164
165 Wir sind Die Linke Sachsen. Wir sind mehr als 6000 Menschen, die sich zusammengefunden haben
166 für eine Politik, die in allen Fragen die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Für eine Politik,
167 die den vielfältigen Lebensentwürfen in Sachsen gerecht wird. Für eine Politik, die allen Menschen
168 mit Respekt begegnet. Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine sichere Grundlage für die
169 Demokratie und den Frieden. Für unsere Ziele kämpfen wir auf der Straße, im Stadtteilverein, am
170 Streikposten, in Sozialverbänden, bei der Geflüchtetenhilfe, in den Kommunen und im Sächsischen
171 Landtag. Wir wollen unsere wichtige Aufgabe als einzige demokratische und soziale Opposition im
172 Parlament weiter erfüllen und bitten Sie dafür um Ihr Vertrauen. Grundsätzlich sind wir auch bereit,
173 Verantwortung in der Landesregierung zu übernehmen, wenn dies dazu beiträgt, die Verhältnisse
174 in Sachsen zum Besseren zu verändern. Denn die politische Arbeit ist für uns kein Selbstzweck,
175 sondern Dienst für Sie, die Menschen, die mit uns in Sachsen leben.

176
177

178 **I Arbeitswelt, Wirtschaft und Klima**

179

180 Die Zeiten der Massenarbeitslosigkeit sind auch in Sachsen glücklicherweise vorbei. Doch das ist
181 kein Erfolg der Regierenden, sondern eine Folge des Alterns der Bevölkerung. In fast allen
182 Branchen herrscht inzwischen ein Mangel an Arbeits- und Fachkräften. Die CDU hat noch immer
183 nichts begriffen und keinen Plan für die Zukunft: Sie möchte nicht nur, dass Sachsen weiterhin ein
184 Niedriglohnland bleibt, sondern will jetzt auch noch, dass die Beschäftigten in Sachsen länger
185 schuften – jede Woche ein paar Stunden und im Alter ein paar Jahre. Die Linke hingegen sagt: **Wer**
186 **Arbeitskräfte will, muss sie ordentlich bezahlen und ihnen gute Bedingungen bieten.** Der Umbau
187 der Wirtschaft, der sich durch die Digitalisierung und die Energiewende unweigerlich vollzieht,
188 macht vielen Menschen in Sachsen Angst – auch wegen der schlechten Erfahrungen aus der Zeit
189 nach der Vereinigung. Die Transformation kann nur gelingen, wenn sie diesmal sozial gerecht
190 vollzogen wird. **Wir stehen auch im wirtschaftlichen Wandel immer an der Seite der**
191 **Beschäftigten, ihrer Betriebsräte und ihrer Gewerkschaften.** Wir wollen dafür sorgen, dass die
192 Menschen in Sachsen durch die Industrie und die Arbeit der Zukunft gewinnen, nicht verlieren.

193

194 Durch ein modernes **Vergabegesetz** wollen wir dafür sorgen, dass staatliche Aufträge nur noch an
195 solche Unternehmen gehen, die sich an soziale und ökologische Standards halten. **Öffentliche**
196 **Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tarif**
197 **entlohnen.** Wir wollen die **Tarifbindung erhöhen** und mehr **Tarifverträge allgemeinverbindlich**
198 machen.

199

200 Zur angemessenen Bezahlung müssen aber auch gute Arbeitsbedingungen kommen: Wir wollen
201 **Befristungen ohne sachlichen Grund abschaffen** und **Minijobs in sozialversicherungspflichtige**
202 **Stellen umwandeln**. Wo das sachlich möglich ist, sollte es ein **Recht auf Home Office** geben. Wir
203 wollen **5 Tage Bildungszeit im Jahr** einführen.

204
205 Wir werden den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften für die sächsische Wirtschaft der Zukunft
206 nur decken können, wenn wir **Chancengleichheit** auch auf dem Arbeitsmarkt herstellen. Damit alle
207 am Erwerbsleben teilhaben können, brauchen wir **familiengerechte Arbeitszeiten** und **gute**
208 **Betreuungsmöglichkeiten für Kinder**. Für Frauen muss endlich gelten: **Gleicher Lohn für**
209 **gleichwertige Arbeit!** Zugewanderten Menschen wollen wir einen **schnelleren Zugang zum**
210 **Arbeitsmarkt** ermöglichen.

211
212 Sachsen muss auf die **Industrien der Zukunft** setzen. Wir stehen für einen **sozial gerechten**
213 **Umbau der Industrie**. Wir wollen die Wirtschaftsförderung so reformieren, dass **gute**
214 **Arbeitsbedingungen, anständige Löhne und ökologische Nachhaltigkeit** zu Bedingungen einer
215 Förderung werden. Mit Mitteln des Bundes soll eine **Industriestiftung** entstehen, über die die
216 öffentliche Hand gezielt Anteile an Unternehmen erwirbt. Wir setzen uns konsequent für eine
217 **Transformation im Sinne der Beschäftigten** ein. Sie kann nur erreicht werden, wenn die
218 **Belegschaften mehr mitbestimmen und zu Eigentümern ihrer Betriebe werden**.

219
220 Wir wollen das Handwerk als Basis unserer sächsischen Wirtschaft stärken. Dazu wollen wir
221 **Bürokratie abbauen** und **mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge auch im Handwerk**
222 durchsetzen. Wir wollen den **Meisterbonus auf 2500 Euro erhöhen** und ein **BAföG-gestütztes**
223 **Meisterstudium** einführen.

224
225 Wir fordern einen **Neustart im Strukturwandel** der Kohleregionen – vor allem in drei Punkten: Wir
226 möchten ihn strategisch stärker auf **Nachhaltigkeit** ausrichten, die **Beteiligung** der Menschen vor
227 Ort verbessern und die Förderung auf die **kernbetroffenen Regionen** konzentrieren. Keine Projekte
228 mehr ohne Zustimmung der Menschen vor Ort!

229
230 Wir wollen Sachsen mit **günstiger und klimaschonender Energie** versorgen und den Energiebedarf
231 möglichst **vollständig mit Energie aus regenerativen Quellen** decken. Mit einem **Erneuerbare-**
232 **Energien-Beteiligungsgesetz** sollen die Menschen am finanziellen Ertrag des Ausbaus von Wind-
233 und Sonnenenergieanlagen in ihren Kommunen beteiligt werden. Um unseren Strom günstig,
234 ökologisch und vor Ort unabhängig von unberechenbaren Diktaturen erzeugen zu können, wollen
235 wir die nötige **Infrastruktur in öffentlicher Hand** halten und eine **sächsische Energiegesellschaft**
236 gründen.

237
238 Wir wollen die **Landwirtschaft** stärker an **regionalen Wirtschaftskreisläufen** orientieren,
239 **Erzeugergemeinschaften** gegen Großkonzerne schützen und **Mindesterzeugerpreise**
240 durchsetzen. Das Tierwohl muss beachtet werden. In Land- wie Forstwirtschaft muss der Klima-,
241 Umwelt- und Artenschutz eine größere Rolle spielen. Wir wollen ein **Sachsen ohne Glyphosat und**
242 **Gentechnik!**

243
244 Wir kämpfen für einen **Klimaschutz, der die Menschen nicht moralisierend bevormundet oder**
245 **einseitig finanziell belastet**. Wir werden ein **Klimaschutzgesetz** auf den Weg bringen, in dem wir
246 sozial gerechte CO₂-Reduktionsziele in allen Sektoren verpflichtend festschreiben. Mit einem
247 sächsischen **Klimawandelanpassungsgesetz** wollen wir Anpassungsstrategien durchsetzen und
248 zugleich die sozialen Folgen der Klimaveränderungen abmildern.

249

250 Tourismus und Gastronomie sind für die sächsische Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Wir
251 wollen **Urlaub auch für Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen** und den
252 **Tagestourismus stärken**.

253

254 Arbeit und Arbeitsmarkt

255

256 Der Arbeitsplatz und die Arbeitsverhältnisse bestimmen für die große Mehrheit der Bevölkerung
257 einen wesentlichen Teil ihres Lebens. Auch das Leben jenseits der Arbeit hängt davon ab, ob man
258 vernünftig entlohnt wird oder sich eine gute Rente erarbeiten konnte. Nur Löhne, die vor Armut
259 schützen, und gute Arbeitsbedingungen sorgen dafür, dass Menschen nicht am Ende des Monats
260 angstvoll auf den Kontostand schauen oder sich vor der Stromrechnung fürchten müssen.

261

262 Am besten wird Armut dadurch beseitigt, dass Menschen gut bezahlte Arbeit haben. Während die
263 Vermögen und Gewinne der Reichen und Konzerne sogar in der Krise noch wachsen, wird den
264 Beschäftigten die Mär der „Lohn-Preis-Spirale“ aufgetischt: Höhere Löhne wären schuld an den
265 höheren Preisen. Tatsächlich verhindern die derzeitigen Tarifabschlüsse nicht einmal das Absinken
266 der Reallöhne. Wir als Linke kämpfen seit unserer Gründung für den **Mindestlohn**. Angesichts der
267 Teuerung fordern wir eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro**. Das würde auch Altersarmut
268 verhindern und entspricht der Mindestlohnrichtlinie, die von der Europäischen Union beschlossen
269 wurde.

270

271 Der Mindestlohn ist allerdings nur eine Untergrenze. Auch wenn in Deutschland und in Sachsen
272 Tarifautonomie gilt, ist die Landesregierung doch dafür zuständig, die Bedingungen dafür zu
273 schaffen, die in Sachsen schwache **Tarifbindung zu erhöhen**, damit mehr Betriebe ihren
274 Beschäftigten **Tariflohn** zahlen. Sachsen ist jedoch noch immer eines der Schlusslichter bei der
275 Tarifbindung. Das ist auch ein Grund für die niedrigen Gehälter im Freistaat. Seit 2006 hat die
276 Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag jede Legislaturperiode Gesetzentwürfe zur **Reform des**
277 **Vergaberechts** im Landtag eingebracht, die alle von den CDU-geführten Regierungskoalitionen
278 abgelehnt worden sind. In der aktuellen Legislaturperiode hat die Regierung ihr Versprechen, ein
279 Vergabegesetz zu schaffen, trotz Eintragung in den Koalitionsvertrag gebrochen. Die Linke fordert
280 seit fast 20 Jahren: **Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihre**
281 **Beschäftigten nach Tarif entlohnen**. Kleinere und mittlere Unternehmen sind zur Angebotsabgabe
282 aufzufordern. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen müssen Regionalität und ökologische
283 Standards berücksichtigt werden. Um die Tarifbindung zu erhöhen sollen weiterhin so genannte
284 „OT-Mitgliedschaften“ in Unternehmensverbänden, also Mitgliedschaften ohne Tarifbindung, nicht
285 mehr möglich sein. Wir wollen zudem die Möglichkeiten dafür schaffen und nutzen, **Tarifverträge**
286 **allgemeinverbindlich** zu machen. Auf Antrag der Gewerkschaften sollen Tarifverträge für
287 Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten für allgemeinverbindlich erklärt werden können. In
288 ihren eigenen Unternehmen hat die Staatsregierung außerdem die Möglichkeit, die Tarifbindung
289 direkt zu beeinflussen. Es ist ein Skandal, dass ca. die Hälfte der Unternehmen im Besitz des
290 Freistaats keiner Tarifbindung unterliegen. Wir fordern, Tarifbindung in allen Unternehmen
291 herzustellen, an denen der Freistaat zu mindestens 50 % beteiligt ist.

292 Die Chancen von Beschäftigten, ihre Interessen zu vertreten und ihr Leben zu planen, werden
293 zudem durch Befristung und Ungleichbehandlung untergraben. Deshalb wollen wir **Befristungen**
294 **ohne sachlichen Grund abschaffen** und **Minijobs in sozialversicherungspflichtige Stellen**
295 **umwandeln**. Bei der Entlohnung muss gelten: **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**.
296 **Soloselbständige** und **Plattformbeschäftigte** müssen eine **branchenspezifisch angemessene**
297 **Vergütung** erhalten.

298

299 Die Verhandlungsmacht von Beschäftigten wird auch durch die aktuelle Ausgestaltung des
300 Bürgergelds eingeschränkt: Wer im Falle von Arbeitslosigkeit befürchten muss, schnell sozial
301 abzusinken, der lässt sich auch mehr gefallen.. Langfristig soll das Bürgergeld durch eine
302 **sanktionslose Mindestsicherung** ersetzt werden, deren monatliche Höhe sich an der
303 Armutgefährdungsgrenze orientiert. Grundsätzlich gilt: **Niemand soll von weniger als 1200 Euro**
304 **im Monat leben müssen**. Auch Menschen in der Grundsicherung müssen für ungeplante Ausgaben
305 auf Rücklagen zurückgreifen können. Wie für die Empfänger:innen von Bürgergeld wollen wir auch
306 für Menschen, die wegen ihres Alters oder einer Erwerbsminderung Grundsicherung erhalten, ein
307 Schonvermögen von 15000 Euro ermöglichen.

308
309 Wir streiten also für eine **Arbeitswelt, die sich an den Interessen der Beschäftigten orientiert**. Wo
310 sie sich organisieren, können sie bessere Arbeitsbedingungen und Löhne durchsetzen. Damit
311 arbeitende Menschen in der Lage sind, ihre Interessen wirkungsvoll zu vertreten, unterstützen wir
312 **starke Betriebs- und Personalräte** und deren Zusammenarbeit in **Betriebsrätenetzwerken**. Wir
313 **stehen an der Seite der Gewerkschaften** im Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen, höhere
314 Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

315
316 Dazu gehört für uns auch, dass die Bestimmungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und die
317 arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen im Sinne der Beschäftigten geregelt werden müssen. Ein
318 **betriebliches Gesundheitsmanagement** ist nötig. Wo es möglich ist, sollten für die Beschäftigten
319 **Regelungen zum Homeoffice** geschaffen werden. Unverzichtbar gerade in Zeiten des
320 Fachkräftemangels sind großzügige **Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten**. Wir kämpfen für
321 ein Recht auf **5 Tage Bildungszeit im Jahr**. Die **Gestaltung der Arbeitszeit muss sich an den**
322 **Lebensphasen orientieren**. Die Linke setzt sich dafür ein, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf 40
323 Wochenstunden zu begrenzen.

324 Wir fordern, dass auf dem Arbeitsmarkt auf unterschiedliche Lebensrealitäten Rücksicht
325 genommen wird. Dafür ist **Chancengleichheit** entscheidend. Wir wollen sie in allen Bereichen
326 verwirklichen:

327 Um die **Chancengleichheit für alle Geschlechter** zu erreichen, müssen Beruf und Privatleben –
328 besonders für Alleinerziehende – besser vereinbar werden: durch **familiengerechte Arbeitszeiten**
329 und **gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder**. Chancengleichheit heißt aber auch:

330 **Lohngerechtigkeit**. Immer noch bekommen **Frauen** nicht den gleichen Lohn wie Männer. Die
331 gesetzlich vorgeschriebene Lohntransparenz muss verwirklicht werden. Es muss der Grundsatz
332 gelten: **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!** Als Vorbild kann das Gesetz zur gleichen
333 Bezahlung („Equal Pay Act“) in Island dienen, wo heute schon Regelungen für gesetzlich normierte
334 Bewertungsstandards, Audit- und Zertifizierungsverfahren erfolgreich praktiziert werden, die eine
335 gleiche Entlohnung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit garantieren. Das niedrigere
336 Einkommen von Frauen steht oft in einem Zusammenhang damit, dass sie überdurchschnittlich
337 häufig unbezahlte Arbeiten der Sorge übernehmen. Das muss bei der Schaffung von
338 Entgeltgleichheit berücksichtigt werden. Sogenannte „Sorgeberufe“, also Arbeit im Bereich der
339 Pflege, der Erziehung, der Fürsorge und im Haushalt, müssen aufgewertet werden – nicht nur, was
340 die gesellschaftliche Anerkennung, sondern auch, was die Bezahlung angeht. Die Sorgeberufe
341 benötigen flächendeckende Tarifverträge mit geschlechtersensibler Arbeitsbewertung. Wir wollen
342 Hürden für Frauen im Berufsleben abbauen und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am
343 Arbeitsmarkt sicherstellen. Dazu gehört auch die **Förderung von Frauen in Führungspositionen**,
344 um die **Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in der Arbeitswelt zu verringern**.

345
346 Zur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt gehört auch, **Alleinerziehende**, die meist weiblich
347 und überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind, stärker zu unterstützen, Familie und
348 Beruf miteinander zu vereinbaren. Weil die sächsische Staatsregierung untätig geblieben ist, hat

349 unsere Landtagsfraktion in dieser Legislaturperiode den „Runden Tisch Alleinerziehende“ ins Leben
350 gerufen. Dessen Ergebnisse wollen wir mit einem **Landesaktionsplan** umsetzen. Er soll Angebote
351 enthalten, um Alleinerziehende besser in den ersten Arbeitsmarkt einzubeziehen, auch über
352 Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeiten. Familienfreundliche Unternehmen wollen wir gezielt
353 fördern. Alleinerziehende müssen in Einstellungsverfahren besser vor Diskriminierung geschützt
354 werden. Außerdem brauchen wir flexible und gesicherte Angebote der Kinderbetreuung, auch
355 solche, die speziell auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden mit pflegebedürftigen Kindern
356 zugeschnitten sind. Beratungsangebote für Alleinerziehende wollen wir ausbauen.
357 Präventionsangebote, vor allem im Bereich der Müttergesundheit, wollen wir finanzieren und
358 fördern. Außerdem wollen wir eine **Landeskoordinierungsstelle für Alleinerziehende** schaffen.

359
360 Wir stehen auch für Chancengleichheit für **zugewanderte Menschen** auf dem Arbeitsmarkt. Dafür
361 müssen ausländische Abschlüsse und auch praktische Berufserfahrungen schneller und einfacher
362 anerkannt werden, um einen besseren **Zugang zum Arbeitsmarkt und eine**
363 **qualifikationsadäquate Beschäftigung** zu ermöglichen. Deshalb fordern wir eine
364 Bundesratsinitiative zur Übernahme der Anerkennungspartnerschaften auch für Geflüchtete. Wir
365 wollen **Menschen mit Migrationshintergrund besser integrieren**, indem wir mehr Stellen für
366 Arbeitsmarktmentor:innen schaffen und sie stärker fachlich spezialisieren. Der wichtigste
367 Flaschenhals bei der Arbeitsmarktintegration von Migrant:innen sind die Ausländerbehörden. Sie
368 müssen endlich zu Ermöglichungsbehörden werden; auch hierauf kann der Freistaat wirken. Zur
369 Integration gehört auch, dass alle Beschäftigte, auch solche die aus dem Ausland zugewandert
370 sind, oder Grenzpendler:innen sind, ihre Rechte kennen. Aus diesem Grund muss die
371 **mehrsprachige Beratung für ausländische Beschäftigte** ausgebaut werden.

372
373 Wir wollen die Chancen für **Menschen mit Behinderungen** verbessern, indem wir ihnen den
374 **Zugang zum ersten Arbeitsmarkt** erleichtern. Das Recht auf freie Berufswahl muss endlich auch
375 für Menschen mit Behinderungen in Sachsen in die Realität umgesetzt werden. Dafür setzen wir
376 uns ein. Wir wollen inklusive Arbeitsplätze in Inklusionsfirmen durch eine nachhaltige Förderung
377 absichern. Wir wollen die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen reformieren: Sie sollen sich
378 zum allgemeinen Arbeitsmarkt öffnen und stärker als bisher die Aufgabe der Ausbildung als Orte
379 der beruflichen Bildung gestaltet werden. Um die erforderlichen Brücken in den all-gemeinen
380 Arbeitsmarkt zu bauen, sollen verstärkt Außenarbeitsplätze gefördert werden, mit dem Ziel, sie in
381 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.
382 Die Entlohnung darf den Mindestlohn nicht unterschreiten.

383
384 Der **Mangel an Arbeits- und Fachkräften** ist für Sachsen ein besonders schwieriges Problem, weil
385 die Bevölkerung im Freistaat relativ stark schrumpft. Dabei ist Sachsen auf qualifizierte
386 Beschäftigte angewiesen, um die soziale Daseinsvorsorge zu gewährleisten und vom industriellen
387 Wandel zu profitieren, der durch die Digitalisierung und die Energiewende ausgelöst wird. Für uns
388 als Linke liegt die Lösung nicht in einem Zwang zur Mehrarbeit, sondern in **attraktiveren**
389 **Arbeitsbedingungen**. Wer Arbeitskräfte will, muss sie gerecht bezahlen und gute Konditionen
390 bieten.

391
392 Automatisierung kann helfen routinierte und sich monoton wiederholende Arbeitsabläufe durch
393 Computer oder Maschinen erledigen zu lassen. Mehr **Automatisierung** bedeutet also, dem
394 demografischen Wandel konstruktiv zu begegnen. Deshalb muss sie durch die
395 Wirtschaftsförderung des Freistaats in den Bereichen gestärkt werden, in denen die Beschäftigten
396 dies unterstützen. Dies bildet eine wichtige flankierende Maßnahme für gewerkschaftlich
397 angestrebte und von uns unterstützte **Arbeitszeitverkürzungen**.

398

399 Der Arbeitskräftemangel lässt sich auch dadurch lindern, dass wir einen **inkluisiveren Arbeitsmarkt**
400 schaffen. Wir wollen dafür sorgen, dass mehr Menschen am Arbeitsleben teilnehmen können. Wir
401 müssen die Talente und Kenntnisse aller Menschen, die bei uns leben, stärken und nutzen.
402 Zugewanderte Menschen müssen schneller in einem Beruf arbeiten dürfen, der ihrer Qualifikation
403 entspricht. Alle Frauen müssen die Möglichkeit haben, so viel zu arbeiten, wie sie wollen. Wir
404 müssen die Unternehmen und Behörden fit machen für die Bedürfnisse von Menschen mit
405 Behinderungen. Arbeitslose brauchen mehr Unterstützung dabei, sich weiterzubilden und in den
406 Arbeitsmarkt zurückzukehren.

407
408 Die sächsische Politik muss für **weniger Bürokratie** sorgen, um dem Personalmangel in der
409 Verwaltung zu begegnen und die Beschäftigten dort zu entlasten. Deshalb schlagen wir vor, eine
410 **Bewilligungsfiktion für Bescheide** einzuführen. Danach gelten diese als positiv beschieden, wenn
411 sie nach spätestens sechs Wochen nicht beantwortet sind. Außerdem sprechen wir uns dafür aus,
412 dass die Aufsichtsbehörden flächendeckend nur noch Stichprobenkontrollen bei
413 Bescheidprüfungen und anderen Prüfungsverfahren durchführen. Die Strafen für Vergehen müssen
414 im Gegenzug erhöht werden.

415
416 Der **ländliche Raum**, der besonders unter dem Fachkräftemangel leidet, muss durch den **Ausbau**
417 **der Infrastruktur** und die **Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs** deutlich attraktiver
418 gemacht werden, gerade für junge Familien und qualifizierte Zuwanderer. Wir brauchen endlich Bus
419 und Glasfaser in jedem Dorf!

420 421 Handwerk, Industrie und Bergbau

422
423 Die Unternehmen in Sachsen sind mehrheitlich klein. Von den etwa 160 000 Unternehmen haben
424 etwa 130 000 weniger als 10 Beschäftigte. Das Handwerk ist in Sachsen besonders stark vertreten,
425 jedoch im Rückgang begriffen. Die kleinen Betriebe sind einerseits das Rückgrat der sächsischen
426 Wirtschaft, andererseits hindert diese kleinteilige Struktur die Kraft zu Investition und Innovation –
427 nicht jeder Handwerksbetrieb hat die Mittel auf der hohen Kante, um richtungsweisende
428 Investitionen zu tätigen. Zudem haben kleine Betriebe öfter keinen Betriebsrat, die Tarifbindung in
429 Sachsen ist schwach, was am Ende zu niedrigeren Löhnen und auch Renten führt. Dabei bildet das
430 Handwerk die Grundlage dafür, dass wir von der sozial-ökologischen Transformation profitieren
431 können: Sie wird ohne starkes Handwerk nicht stattfinden.

432
433 Die allgemeine Teuerung geht auch am Handwerk nicht vorbei. Steigende Rohstoff- und
434 Produktionsmittelpreise lassen Mehrkosten entstehen, die am Ende an die Verbraucher
435 weitergegeben werden müssen. Die steigenden Rohstoffpreise entstehen größtenteils dadurch,
436 dass spekuliert wird und Erzeuger und Zwischenhändler Ressourcen bewusst zurückhalten, um ihre
437 Profite zu maximieren. Wir fordern eine **Deckelung der Preise** für **betriebswichtige Rohstoffe und**
438 **Arbeitsmittel**. Für sie sollten außerdem Vorräte eingerichtet werden, die gemeinschaftlich
439 verwaltet werden. Damit keine Spekulanten profitieren, brauchen wir ein Verbot der Spekulation
440 mit solchen Stoffen.

441
442 Tarife werden im Handwerk in der Regel mit den Innungen und den jeweils zuständigen
443 Gewerkschaften ausgehandelt. Diese Tarife gelten aber nur für Betriebe, die Mitglied der jeweiligen
444 Innung sind. Das führt in vielen Branchen deutschlandweit zu einem Flickenteppich. Wir
445 unterstützen bundesweite **Flächentarifverträge im Handwerk**. Sie können dazu beitragen, die
446 Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland anzugleichen. Die Tarifbindung in der
447 sächsischen Wirtschaft ist ohnehin unterdurchschnittlich, im Handwerk ist sie noch einmal

448 geringer. Wenn das Handwerk attraktiv bleiben soll, brauchen wir **mehr allgemeinverbindliche**
449 **Tarifverträge auch im Handwerk.**

450

451 Viele Handwerksbetriebe müssen zusätzliches Personal einstellen, um den stetig wachsenden
452 bürokratischen Aufwand bewältigen zu können. Wir wollen **Bürokratie abbauen** und dafür sorgen,
453 dass **Handwerksbetriebe in Verwaltungsverfahren unterstützt** werden. Die zu dünne
454 Personaldecke und die zu langsame Digitalisierung in den Vergabestellen sind das zentrale
455 Problem. Sobald ausreichende Voraussetzungen in den Behörden geschaffen sind, fristgerecht zu
456 bearbeiten, sollten Fördermittelanträge als bewilligt gelten, wenn die Bewilligungsstelle länger als
457 sechs Wochen zur Prüfung braucht. Außerdem setzen wir uns für eine Umstellung der
458 Prüfungsverfahren auf Stichprobenprüfungen ein. Gleichzeitig sollen deutlich erhöhte Bußgelder für
459 festgestellte Verstöße festgelegt werden. Doch nicht alle Regulierungen sind überflüssige
460 Bürokratie. Märkte brauchen Regeln. Doch auch komplizierte Regelungen und Gesetze können
461 zumindest verständlich an die Handwerksbetriebe vermittelt werden. Dafür wollen wir uns
462 einsetzen. Kostenfreie sowie hochwertige Schulungen in diesem Bereich müssen in angemessener
463 Menge angeboten werden.

464

465 Wir fordern eine **Erhöhung des Meisterbonus auf 2500 Euro**. In der Zukunft sollte er auch an
466 Fach- und Betriebswirte ausgezahlt werden. Eine Meisterausbildung sollte auch ohne
467 Betriebszugehörigkeit möglich sein, deswegen setzen wir uns dafür ein, ein **BAföG-gestütztes**
468 **Meisterstudium** einzurichten. So machen wir die Handwerksberufe attraktiver und setzen Anreize
469 zur Selbständigkeit.

470

471 Besonders die traditionell eher männlich geprägten Handwerksbetriebe in Sachsen wollen wir
472 durch gezielte Angebote dabei unterstützen, Ausbildungen und Beschäftigung auch **für Frauen und**
473 **Menschen mit Migrationsgeschichte attraktiver** zu machen. Bisher ist der Meistertitel noch
474 überwiegend männlich. Knapp 90 % der Meister:innen in Sachsen sind Männer. Um die strukturelle
475 Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt für Handwerker:innen zumindest teilweise
476 auszugleichen, soll der Festbetrag des „Meisterbonus“ für Meisterinnen auf einen Betrag von 3500
477 Euro erhöht werden.

478

479 Sachsen muss auf die **Industrien der Zukunft** setzen. Die Klimakrise erfordert einen raschen
480 Umbau von Industrie und Wirtschaft. Rund 23 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland
481 entstehen in der Industrie. Auf dem Prüfstand stehen die Energie- und Ressourceneffizienz der
482 Produktion genauso wie die der Produkte und deren Verwendung. Wir stehen für einen **sozial**
483 **gerechten Umbau der Industrie**. Wir wollen den Transformationsprozess so organisieren, dass er
484 die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit stärkt, anstatt soziale Ungleichheit weiter zu vertiefen. Wir
485 betrachten den wirtschaftlichen Wandel als Chance für das traditionsreiche Industrieland Sachsen.

486

487 Daher braucht es Investitionen in eine innovative Wirtschaft um vom Wandel durch Digitalisierung
488 und sozial-ökologische Transformation zu profitieren; dabei müssen die Interessen der
489 Beschäftigten im Mittelpunkt stehen. Aktuell stehen viele Investitionsentscheidungen an, die den
490 Kurs der Betriebe für die nächsten Jahrzehnte bestimmen werden. Viele Unternehmen, vor allem
491 die großen Konzerne, nutzen den Umbau zu ihrem Vorteil. Sie verbessern ihre Bilanzen, indem sie
492 bei den Beschäftigten Geld sparen. Wir setzen uns deshalb konsequent für eine **Transformation im**
493 **Sinne der Beschäftigten** ein. Sie kann nur erreicht werden, wenn die **Belegschaften mehr**
494 **mitbestimmen und zu Miteigentümern ihrer Betriebe werden**. Deshalb fordern wir eine Reform
495 des Betriebsverfassungsgesetzes, die es ermöglicht, dass Beschäftigte bei wichtigen
496 Investitionsentscheidungen eines Unternehmens mitentscheiden können.

497

498 Um die Betriebe und deren Beschäftigte bei diesen Investitionen auch finanziell zu unterstützen
499 muss die sächsische **Wirtschaftsförderung** reformiert werden – verständlich, verlässlich und
500 zukunftsfest. Sie muss auf Zukunftsbranchen setzen und dabei auch immer die Interessen der
501 Beschäftigten berücksichtigen. Das bedeutet für uns, **gute Arbeitsbedingungen, anständige**
502 **Löhne und ökologische Nachhaltigkeit** zu Bedingungen einer Förderung machen. Dazu gehört
503 auch eine Verringerung der Arbeitszeit: Wer dank staatlicher Hilfe seine Produktivität steigert,
504 muss es seinen Beschäftigten auch ermöglichen, weniger zu arbeiten.
505

506 Der Umbau kann nur gelingen, wenn er durch die Gesellschaft kontrolliert wird. Deswegen fordern
507 wir: Mit Mitteln des Bundes soll eine **Industriestiftung** entstehen, über die die öffentliche Hand
508 gezielt Anteile an Unternehmen erwirbt. Unverzichtbare Infrastruktur in der Energiewirtschaft kann
509 so geschützt werden – sowohl vor dem Ausverkauf an autoritäre Regime als auch an private
510 Konzerne.
511

512 Um den sozial gerechten und klimaneutralen Umbau der Industrie zu ermöglichen, fordern wir
513 **Finanzhilfen für energieintensive Industriebetriebe**. Ihre jährliche Höhe soll der Differenz
514 zwischen den CO₂-Vermeidungskosten und dem CO₂-Zertifikatspreis entsprechen, insofern
515 Energieeinsparungsmaßnahmen im Unternehmen wirksam wurden. So bleiben Industriebetriebe
516 wettbewerbsfähig, die Arbeitsplätze können geschützt werden. Diese Maßnahmen sind
517 entsprechend auch für kleine und mittelständische Unternehmen umzusetzen.
518

519 Der industrielle Sektor zählt zu den größten Produzenten von Kohlendioxid. Die sich verschärfende
520 Klimakrise macht es unabdingbar, die Industrie so schnell wie möglich sozialverträglich CO₂-neutral
521 umzubauen. **Grüner Strom** muss deshalb in großen Mengen verfügbar gemacht werden. Die
522 Infrastruktur dafür muss bereitgestellt werden, ebenso die für die Nutzung von **grünem**
523 **Wasserstoff**. Die **Forschung im Bereich der Produkt- und Prozessinnovationen** muss finanziell
524 gefördert werden. Die **einheimische Industrie** muss im Prozess der Transformation **vor**
525 **Preisdumping im Außenhandel geschützt** und **finanziell entlastet** werden, um ihre internationale
526 Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. **Grüne Leitmärkte**, also staatliche geschaffene oder geförderte
527 Märkte für klimaneutral produzierte Grundstoffe (wie z.B. Stahl, Beton), müssen für
528 **Planungssicherheit bei langfristig wirksamen Investitions- und Produktentscheidungen** sorgen.
529

530 Diese Maßnahmen werden durch gezielte Investitionen in neue, grüne Technologien zu erhöhter
531 Produktivität führen. Eine Wirtschaftspolitik, die die Produktivität nachhaltig erhöht und
532 Investitionsentscheidungen erleichtert, schafft Beinfreiheit für sowohl Unternehmen als auch
533 Beschäftigte.
534

535 Unsere wirtschaftliche Zukunft hängt von der zuverlässigen Versorgung mit Rohstoffen ab. Wir
536 befürworten einen **natur- und sozialverträglichen Rohstoffabbau** in Sachsen. Dazu werden wir
537 das **Bergrecht** so ausgestalten, dass die Interessen von Mensch und Natur stärker berücksichtigt
538 werden. Ziel ist es, das Bergrecht zu einem **Ressourcenschutzrecht** weiterzuentwickeln. Die
539 heimische Industrie soll mit den notwendigen Rohstoffen versorgt werden, gleichzeitig müssen die
540 Umwelt und die Menschen so weit wie möglich geschont werden. Wenn ein Bergbauvorhaben
541 genehmigt werden soll, muss die ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit eine größere
542 Bedeutung haben als unternehmerische Interessen. Bevor neue Vorkommen erschlossen und
543 abgebaut werden, ist zunächst zu prüfen, ob tatsächlich Bedarf an diesem Rohstoff besteht und ob
544 er möglicherweise auch durch Wiederverwertung zu gewinnen wäre. Wir wollen bei allen künftigen
545 Bergbauvorhaben dafür sorgen, dass die Gemeinden und ihre Einwohner:innen bei den Projekten
546 mitbestimmen dürfen und finanziell am Gewinn beteiligt werden. Den Anwendungsbereich der
547 **Bergschadensvermutung** werden wir ausweiten und eine echte Beweislastumkehr einführen.

548
549 Eine sichere, nachhaltige und verantwortungsvolle Rohstoffversorgung ist von großer Bedeutung
550 für Sachsen, gerade angesichts der starken Rohstoff-Importabhängigkeit des Landes. Das betrifft
551 nicht nur Metalle, die im Technologiebereich dringend benötigt werden, sondern auch viele andere
552 Stoffe, wie z.B. Phosphor.
553
554 Dazu kann und muss die Sekundärrohstoffwirtschaft (verarbeitete Abfälle) beitragen, auch um
555 Energieeffizienz und Klimaschutz zu verbessern. Dies erfordert u.a. Recycling- und
556 Verwertungsprozesse auszuweiten und die Akzeptanz für Recyclingprodukte zu stärken. Auch in
557 öffentlichen Ausschreibungen soll verstärkt Recyclingmaterial nachgefragt werden und
558 Fördermittel an deren Verwendung geknüpft werden.
559 Wir wollen Investitionen in Technologien zur Sekundärrohstoffgewinnung in Sachsen sowie
560 Innovationen insbesondere durch mittelständische bzw. regionale Recycling-Betriebe und Startups
561 fördern.
562
563 Mittels geeigneter, verbraucherfreundlicher Maßnahmen ist der Mehrweganteil bei Verpackungen
564 zu erhöhen und die Menge von Lebensmittelabfällen zu reduzieren.
565 Um Abfälle zu vermeiden und die Wiederverwendbarkeit zu erhöhen, bauen wir den
566 Reparaturbonus aus und ergreifen verbraucherfreundliche Maßnahmen, um den Mehrweganteil bei
567 Verpackungen zu erhöhen. Kommunale "Zero-Waste-Konzepte" (z.B. nach Leipziger Beispiel)
568 unterstützen wir. Um schon bei der jungen Generation das Bewusstsein für die Kreislaufwirtschaft
569 zu stärken, setzen wir auf ein flächendeckendes Angebot an "Umweltpädagogischem Unterricht".
570 Ressourcen- und Energiewirtschaft gehört in das obligatorische Bildungsprogramm unserer
571 Schulen.
572
573 Der anstehende Wandel wird zu einem veränderten Fachkräftebedarf führen. Innerhalb der
574 sächsischen Betriebe ist deshalb eine **vorausschauende Personalstrategie** unverzichtbar. Der
575 Staat darf die vielen kleinen Betriebe Sachsens nicht im Stich lassen: Bei allen Industriestrategien
576 müssen die Personalbedarfsplanungen berücksichtigt werden. Der kommende Umbruch erfordert
577 auch ein vielfaches Umlernen, in relativ kurzer Zeit müssen große Teile der Belegschaften
578 weitergebildet werden. Insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)
579 sollten dabei durch die Bundesagentur für Arbeit finanziell unterstützt werden. Mit
580 **Fachkräftestipendien** können Ausbildungen in Mangelberufen gezielt gefördert werden.
581 **Stipendien für Aus- und Weiterbildungen** sollte es auch für Beschäftigte geben, die sie aus
582 eigener Initiative in Angriff nehmen. Zu einer vorausschauenden Personalstrategie gehört auch,
583 dem Wunsch vieler Menschen zu entsprechen, weniger zu arbeiten: Die Forderungen von
584 Beschäftigten zusammen mit ihren Gewerkschaften, neben der Durchsetzung von Lohnzuwächsen
585 auch die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen. **Wir unterstützen die**
586 **Beschäftigten in ihren Anliegen.**
587
588 Wir wollen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen die Innovationsförderung in
589 **Forschungsclustern** konzentrieren. Ein integrierender Ansatz ist nötig, damit sie digitale
590 Kompetenzen aufbauen und neue Geschäftsfelder erschließen können. Für uns ist die
591 Digitalisierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen entscheidend für die sozial-
592 ökologische Transformation regionaler Wirtschaftskreisläufe. Um das Ziel zu erreichen, wollen wir
593 für kleine Unternehmen den Zugang zu Förderprogrammen stark verbessern: mehr Transparenz,
594 kürzere Verfahren, eindeutige Richtlinien, schnelle Entscheidungen und Limits bei der Förderung
595 von Großunternehmen. Die Linke will zudem die Fördermittel aufstocken und Mängel bei der
596 Vergabe beseitigen. Statt nur beim Angebot, will Die Linke auch über die Wirkung des
597 Mitteleinsatzes steuern. Das heißt für uns, dass Fördermittel nach der Wirksamkeit der geplanten

598 Maßnahmen vergeben werden und gleichzeitig durch begleitend sichergestellt und kontrolliert
599 wird, dass die Fördermittel zweckgemäß und wirksam eingesetzt werden.

600

601 **Strukturwandel**

602

603 Der nötige **Strukturwandel** in den sächsischen Kohleregionen kann nur gelingen, wenn die
604 **Zivilgesellschaft beteiligt** wird. Denn die Menschen vor Ort wissen selbst am besten, was gut für
605 ihre Region ist und wie sie die Zukunft gestalten wollen. Ohne vorherige Beteiligung der
606 Bürgerschaft darf keinem Strukturwandelprojekt mehr eine Förderung zugesagt werden!

607

608 Die Lausitz wird wohl die Region in Deutschland sein, in der die Kohlemeiler zuletzt abgeschaltet
609 werden. Das Lausitzer und das mitteldeutsche Revier eint die Erfahrung des Strukturbruchs in den
610 neunziger Jahren, der mit Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und Deindustrialisierung
611 verbunden war. Gerade wegen dieser schlechten Erfahrungen kann der neue Prozess des
612 Strukturwandels nur gelingen, wenn mit den Menschen offen und ehrlich kommuniziert wird und sie
613 Vertrauen fassen. Auch wenn wir für ein früheres Ausstiegsdatum gekämpft haben, erschüttern
614 erneute Diskussionen um einen vorgezogenen Kohleausstieg 2030 das Vertrauen zum Teil wieder.
615 Es sind die Versäumnisse der von der CDU geführten Landesregierungen in den vergangenen
616 Jahrzehnten, die dafür sorgen, dass viele Menschen noch am Erfolg der Transformation zweifeln.
617 Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der **Kohleausstieg schon deutlich vor dem**
618 **Jahr 2038** gelingt – gemeinsam mit den Menschen in den Revieren. Er ist angesichts der Klimakrise
619 unabdingbar.

620

621 Aus diesem Grund fordern wir einen **Neustart im Strukturwandel** – vor allem in drei Punkten: Wir
622 möchten ihn strategisch stärker auf **Nachhaltigkeit** ausrichten, die **Beteiligung** der Menschen
623 verbessern und die Förderung auf die **kernbetroffenen Regionen** konzentrieren.

624 Landesmaßnahmen zum Strukturwandel wollen wir transparent und vor allem gemeinsam mit den
625 Kommunen und den Menschen in den Revieren entwickeln. Schwerpunkte der Projekte sollen die
626 **Verbesserung der sozialen Daseinsvorsorge** und die **Stärkung des öffentlichen Nah- und**
627 **Fernverkehrs** sein. Dazu gehört auch die Elektrifizierung der Schienenstrecke Dresden – Görlitz,
628 die unbedingt in die Liste der Strukturwandelprojekte des Bundes aufgenommen werden muss.

629 Wir entwickeln ein **Beteiligungskonzept für Kinder und Jugendliche**, weil wir finden, dass die
630 zukünftigen Generationen ein Recht darauf haben, ihre Region mitzugestalten. Wir wollen, dass in
631 den künftigen Förderperioden ab 2027 für jedes Revier ein Mindestanteil bei den
632 Strukturwandelprojekten vorgeschrieben wird, der maßgeblich von oder wenigstens mit Kindern
633 und Jugendlichen entwickelt wird.

634

635 Der Erfolg des Strukturwandels in den Kohlerevieren hängt nicht in erster Linie davon ab, ob neue
636 Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern davon, ob die Regionen attraktiv für Fachkräfte sind.
637 Schon jetzt wird der Strukturwandel behindert, weil es an Fachkräften fehlt und die Bevölkerung
638 schrumpft und altert. Wir wollen **gemeinsam mit dem Land Brandenburg** eine **Fachkräftestrategie**
639 **entwickeln**. Wir wollen Initiativen finanziell und ideell unterstützen, die Menschen zur Rückkehr in
640 die Lausitz zu ermutigen und ihnen damit die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen, Fertigkeiten und
641 Kenntnisse für die weitere Entwicklung der Region einzusetzen. Wir lehnen es bei der
642 **Unternehmensförderung** ab, dass die Kohleunternehmen privilegiert behandelt werden. Wir
643 werden die Förderung stattdessen **auf kleine und mittelständische Unternehmen** ausrichten.

644

645 Durch den Braunkohletagebau sind zahlreiche Probleme entstanden: ein gerstörter
646 Wasserhaushalt, Verfärbung der Spree, unvorhersehbare Bodenabsenkungen. Die
647 Wiederherstellung der Landschaft wird Jahrzehnte dauern, vermutlich sogar bis nach 2100. Wir

648 stellen sicher, dass die Kosten für die Renaturierung transparent gemacht werden und einzig und
649 allein der Verursacher dafür haftet: die EPH-Gruppe und ihre Tochter-Firmen wie LEAG und
650 MIBRAG.

651

652 Energieversorgung

653

654 Wir wollen die Betriebe in Sachsen ebenso wie die Menschen mit **günstiger und klimaschonender**
655 **Energie** versorgen. Zunächst gilt es, Verschwendung zu verhindern und **Energie zu sparen**. Dafür
656 entwickeln wir eine für alle Sektoren spezifische Energieeinsparstrategie. Den verbleibenden
657 Energiebedarf wollen wir möglichst **vollständig mit Energie aus regenerativen Quellen** decken.
658 Vor allem Windenergie- und Dachsolaranlagen eignen sich als Grundlage für eine einheimische,
659 dezentrale Energieversorgung, wenn zugleich die nötigen Speicherkapazitäten geschaffen werden.
660 Dafür ist noch viel zu tun, denn noch immer ist Sachsen eines der Schlusslichter beim Ausbau der
661 erneuerbaren Energien. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Wind- und
662 Solarenergieanlagen deutlich schneller gebaut werden können.

663

664 Das heißt aber nicht, dass wir einen Wildwuchs beim Ausbau der Anlagen zulassen wollen. Die
665 Landes- und Regionalplanung muss den Ausbau endlich wieder steuern! Dazu wollen wir so schnell
666 wie möglich den **Landesentwicklungsplan anpassen** und raumplanerische Vorgaben zum Ausbau
667 von Infrastrukturen der Energiewende öfter als bisher aktualisieren. **Windräder in Wäldern sollen**
668 **seltene Ausnahme bleiben**. Es gibt genügend andere Flächen, die für Anlagen in Frage kommen.
669 Die ohnehin geschädigten Wälder sollten nicht darunter leiden, dass die CDU die Energiewende in
670 Sachsen so lange blockiert hat.

671

672 Wir setzen uns für eine Solardachpflicht für alle Gebäude in Sachsen ein, die neu entstehen.
673 Bestehende Gebäude sollen möglichst nach und nach verpflichtend mit Solarenergieanlagen
674 ausgestattet und/oder als Gründächer gestaltet werden. Öffentliche Gebäude müssen dabei
675 Vorreiter sein. Bei Freiflächenanlagen wollen wir vor allem „**Agri-Photovoltaik-Anlagen**“ fördern
676 und nur die Installation von naturverträglichen Anlagen zulassen. Die Installation von Solaranlagen
677 auf Waldflächen und in gesetzlich geschützten Biotopen werden wir ausschließen. Anlagen auf
678 landwirtschaftlichen Flächen werden wir in ihrer Größe beschränken. Die Energiewende darf nicht
679 dazu führen, dass wir noch mehr unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen und unserer
680 biologischen Vielfalt verlieren!

681

682 Es wird uns nur dann gelingen, Wind- und Solarenergieanlagen im nötigen Umfang auszubauen,
683 wenn wir **die Leute vor Ort einbeziehen**. Wir wollen die Menschen stärker an der Energiewende
684 teilhaben lassen. Mit einem **Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz** werden wir die
685 Voraussetzungen dafür schaffen, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch die
686 Anwohner:innen finanziell profitieren, wenn Anlagen vor Ort errichtet werden.

687

688 Die **Umstellung der Wärmeversorgung** auf eine regenerative Basis wird eine der zentralen sozial-
689 ökologischen Herausforderung in den nächsten Jahren. Statt individuelle Lösungen für jedes Haus
690 streben wir - dort, wo es möglich ist - quartiers- bzw. gemeindeübergreifende Lösungen an.
691 Großwärmepumpen können eine zentrale Rolle der künftigen Wärmeversorgung übernehmen und
692 müssen entsprechend gefördert werden. Die Kommunen müssen bei der Umstellung der
693 Wärmeversorgung finanziell unterstützt werden, damit Heizkosten für alle bezahlbar sind. Zudem
694 wollen wir Ansprechstellen für Unternehmen und Hausbesitzer:innen zur Umstellung der
695 Wärmeversorgung in jeder Gemeinde einrichten.

696

697 Energetische Sanierungen und Umbauten von Gebäuden und Wohnungen dürfen nicht dazu
698 führen, dass Menschen finanziell belastet werden. Wir wollen sozial-gerechte Förderprogramme,
699 die insbesondere Mieter:innen vor Mietpreissteigerungen schützen. Wir werden energetische
700 Sanierungsmaßnahmen dort beschleunigen, wo besonders viele Mieter:innen mit geringen
701 Einkommen leben. Wir treten für die **warmmietenneutrale Sanierung** ein, bei der die Kosten der
702 Maßnahmen nur so weit auf die Mieter:innen umgelegt werden dürfen, wie diese durch die
703 Sanierung bei den Energiekosten sparen. Dies gilt auch für den Austausch alter, fossiler
704 Heizungsanlagen. Der Einbau einer Heizung mit erneuerbarer Energie darf für Mieter:innen und
705 Eigenheimbesitzer:innen nicht teurer sein als der Einbau einer neuen Öl- oder Gasheizung!

706
707 Wir werden so schnell wie möglich einen **Härtefallfonds für Energieschulden** einrichten, die durch
708 die jüngste Energiekrise entstanden sind. **Strom- und Gassperren** wollen wir **abschaffen**.
709 Niemandem darf wegen Energieschulden der Strom abgestellt oder der Rauswurf aus der Wohnung
710 angedroht werden! Stattdessen wollen wir die **staatliche Preiskontrolle für Strom** wiedereinführen
711 und Energieversorger zum Angebot ökologischer Sozialtarife verpflichten.

712
713 Die **Strompreise müssen sinken**. Dies gelingt nur, wenn das Abgabe- und Umlagesystem
714 verändert und ein **neues Strommarktdesign** eingeführt wird, das die Preisvorteile der
715 erneuerbaren Energien an die Verbraucher:innen weitergibt. Dafür werden wir uns gegenüber dem
716 Bund und in der Europäischen Union einsetzen.

717
718 Wir unterstützen den Einsatz von **Wasserstoff** dort, wo diese Technologie ökonomisch und
719 ökologisch sinnvoll ist. Bei Autos oder Heizungsanlagen ist dies in der Regel nicht der Fall. Die
720 dazugehörige Infrastruktur gehört in öffentliche Hand. Wenn Wasserstoff eingesetzt wird, ist
721 langfristig nur der Einsatz von grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien vernünftig. Wir
722 wollen dabei den Wasserstoff, den wir für unsere Industrien benötigen, möglichst vor Ort erzeugen,
723 um unsere Abhängigkeit von Importen zu verringern. Dabei müssen jedoch auch die
724 Umweltbelastungen in den Blick genommen werden, die mit der Herstellung von Wasserstoff
725 verbunden sind. Das gilt insbesondere für Regionen, denen Wassermangel droht. Infrastruktur für
726 Erdgas darf nur dann neu- oder ausgebaut werden, wenn konkret dargelegt wird, unter welchen
727 Bedingungen die Anlagen in absehbarer Zeit für den Einsatz von Wasserstoff umgerüstet werden
728 können.

729
730 Die jüngste Energiekrise hat einmal mehr deutlich gezeigt, wie abhängig Deutschland in seiner
731 Energieversorgung vom Ausland und vom Profitstreben privater Konzerne ist. Deswegen wollen wir
732 unsere Energie vor allem dezentral und regenerativ in Sachsen selbst erzeugen, aber auch die
733 dafür notwendige **Infrastruktur in öffentlicher Hand** behalten. Nur so können wir sicherstellen,
734 dass die Gesellschaft die Energiepreise und die Nachhaltigkeit der Produktion kontrolliert.
735 **Einheimische Energieerzeugung** heißt zugleich: Arbeitsplätze in Sachsen. Wir werden eine
736 **sächsische Energiegesellschaft** gründen, mit der wir die Energiewende im Freistaat sozial gerecht
737 voranbringen. Die Gründung regionaler Energieagenturen werden wir unterstützen.

738
739 **Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Naturschutz**

740
741 „Die Agrarwirtschaft produziert Nahrungsmittel und nachwachsende Rohstoffe. Die Landwirtinnen
742 und Landwirte sind für Sachsen, insbesondere für den ländlichen Raum, unverzichtbar. Sozial-,
743 Umwelt- und Tierschutzstandards in der Agrarwirtschaft sollen Rahmen und nicht Hemmnis der
744 Entwicklung sein. Faire globale Handelsbeziehungen und eine Agrarwirtschaft im Einklang mit
745 natürlichen Ressourcen und funktionsfähigen Ökosystemen sind deshalb eine
746 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

747 **Wir wollen eine strukturreiche, vielfältige Landwirtschaft.** Landwirtinnen und Landwirte sollen
748 stärker von regionalen Wirtschaftskreisläufen profitieren. Ein größerer Teil ihrer Produkte sollte
749 direkt im Hof nebenan oder Supermärkten der Region verkauft oder frisch in Kita-, Schul- oder
750 Krankenhausküchen zu gesundem Essen verarbeitet werden. Stabile Lieferbeziehungen stärken die
751 Bäuerinnen und Bauern, erhöhen die regionale Identität und vermeiden Transporte, die Kosten
752 verursachen und dem Klima schaden.

753
754 In grünen Berufen verdient man immer noch unterdurchschnittlich. Mit Milch- und Fleischpreisen
755 auf Ramschniveau wird ein guter Lohn unerreichbar bleiben. Deshalb muss die Marktdominanz der
756 Lebensmittelriesen wie Aldi und Rewe, der Mega-Molkereien und der großen Schlachthöfe
757 reduziert werden, um die **Verhandlungsmacht der Bäuer:innen zu stärken**. Wir wollen dagegen
758 regionale, genossenschaftlich organisierte Erzeugergemeinschaften und
759 Selbstversorgungsstrukturen wie die solidarische Landwirtschaft – auch in der öffentlichen
760 Versorgung – fördern, sie auf dezentrale Verarbeitung und Eigenvermarktung setzen. Die Vorgabe
761 von **Mindesterzeugerpreisen** beispielsweise für Milch und Fleisch wollen wir unterstützen.
762 Wir wollen die **Lebensmittelverschwendung beenden**, wie sie bislang leider in allen Unternehmen
763 entlang der Lieferkette praktiziert wird. Dort setzen wir an: Wir wollen von Frankreich lernen und es
764 in Sachsen gesetzlich untersagen, Lebensmittel im Einzelhandel wegzuworfen. Stattdessen werden
765 wir die Pflicht einführen, unverkaufte Produkte zu spenden, in der Landwirtschaft zu nutzen oder
766 zu Tierfutter zu verarbeiten.

767
768 Für den weltweiten Fleischkonsum werden immer noch tropische Wälder abgeholzt, die als grüne
769 Lunge unseres Planeten unverzichtbar sind. Auch hierzulande führt die Fleischproduktion zu
770 belasteten Böden und Gewässern oder schlechten Zuständen in manchen Ställen und
771 Schlachthöfen. Der starke Einsatz von Medikamenten, besonders von Antibiotika, bei der Haltung
772 von Nutztieren gefährdet die menschliche Gesundheit. Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen!
773 Es braucht eine **bodengebundene Tierhaltung**, bei der ausreichend Fläche zur Verfügung stehen
774 muss, um das Futter zu erzeugen und die Gülle auszubringen.

775
776 Die industrialisierte Nutztierhaltung führt millionenfach zu schwerem Tierleid. Zu viele Tiere leben
777 auf engstem Raum, können sich nicht bewegen und haben keinen Zugang zum Freien und zu
778 Tageslicht. Zudem werden vielfach ohne Betäubung Amputationen durchgeführt. Das ist ethisch
779 und tierschutzrechtlich nicht hinnehmbar. Solche Zustände akzeptieren wir nicht länger! Eine
780 Transformation der Agrarwirtschaft ist nötig, die Kosten dafür dürfen aber keinesfalls allein den
781 Landwirt:innen und den Verbraucher:innen aufgebürdet werden. Wir setzen uns dafür ein, die
782 Landesförderung für **tiergerechte Haltungssysteme** auf alle Tierarten und Haltungsformen
783 auszudehnen. Lebendtiertransporte wollen wir einschränken, die Kontrollen verstärken und
784 Schlachtungen dezentral ermöglichen. Wir wollen außerdem weg von Qual- und
785 Hochleistungszuchten hin zu robusten Mehrnutzungsrassen.

786
787 Die Landwirtschaft leidet immer öfter unter Hitze und Dürre, deshalb liegt Klimaschutz in ihrem
788 ureigenen Interesse. Dazu wollen wir den Einsatz von Mineraldünger und Pflanzenschutzmitteln auf
789 dem Feld verringern und **boden- wie wasserschonende Techniken fördern**. Wir plädieren aber
790 auch für innovative, verbundene Landnutzungsformen wie die Bewirtschaftung wiedervernässter
791 Moore (Paludikulturen), die Erzeugung von Strom auf Agrarflächen (Agri-Photovoltaik) und die
792 Kombination von Bäumen und Sträuchern mit Ackerflächen (Agroforstwirtschaft). Diese Methoden
793 verbessern die Klimabilanz der Agrarwirtschaft und wirken ökologisch mehrfach positiv,
794 erwirtschaften aber zugleich auch zusätzliche Einnahmen für die Betriebe.
795 Die Forstwirtschaft trifft der Klimawandel ebenfalls hart. Trockenheit, Waldbrände und
796 Schädlingsbefall setzen dem Wald zu. Das Ökosystem Wald kann nur langfristig stabilisiert werden,

797 wenn zügig der **Umbau zu naturnahen, strukturreichen Mischwäldern** angegangen wird, die sich
798 durch standortgerechte, altersgemischte Baumarten und einen artenreichen Wildbestand
799 auszeichnen. Diese Jahrhundertaufgabe sprengt kleinteilige Eigentumsstrukturen. Deshalb ist die
800 Zusammenarbeit in Forstbetriebsgemeinschaften zu fördern. Waldrodungen zur Errichtung von
801 Freiflächen-Photovoltaikanlagen lehnen wir ab.

802
803 Auch nach der Verlängerung der Zulassung von Glyphosat durch die EU halten wir an unserem Ziel
804 fest: Ganz **Sachsen soll glyphosاتفrei werden!** Wir wollen den Einsatz dieses hochgiftigen
805 Totalherbizids verbieten – auf privaten, staatlichen, kommunalen und landwirtschaftlichen Flächen!
806 Bis dahin gilt es, die bestehenden Beschränkungen der Anwendung zu erweitern und freiwillige
807 kommunale oder privatwirtschaftliche Initiativen zur pestizidfreien Flächenbewirtschaftung zu
808 fördern.

809
810 Neuerlich wird in der EU über neue Gentechnikverfahren debattiert: mittels der Genschere
811 CRISPR/Cas werden Manipulationen am Erbgut von Pflanzen und Tieren vorgenommen. Global
812 agierende Agrochemiekonzerne drängen immer stärker auf einen erleichterten Marktzugang. Für
813 uns steht fest: Gentechnik erlöst uns nicht von den weltweiten Ernährungsproblemen. Für den
814 Hunger sind die ungerechte Verteilung von Reichtum, Kriege und der unfaire Welthandel
815 verantwortlich. Die sogenannte „Grüne Gentechnik“ bringt dagegen die Biodiversität in Gefahr.
816 Außerdem macht sie Produzenten auf verhängnisvolle Weise abhängig von Konzernen. Wir lehnen
817 die sogenannten „genomischen Techniken“ genauso strikt ab wie Patente auf Saatgut, Pflanzen,
818 Tiere oder anderes Leben. Die EU plant, dass ein Großteil der gentechnisch veränderten
819 Organismen (GVO) nicht mehr gekennzeichnet werden muss – das wollen wir verhindern! Das
820 Vorsorgeprinzip muss Vorrang vor dem Innovationsprinzip erhalten. Deshalb ist es wichtig, dass
821 Sachsen endlich dem Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen in Europa“ beitrifft und verbindlich
822 erklärt, dass es in Sachsen auch künftig **keine „grüne Gentechnik“ auf dem Acker und keine**
823 **CRISPR-Tiere im Stall** geben wird.

824
825 Boden ist ein begrenztes und deshalb begehrtes Gut – knapper werdende Flächen lassen die
826 Preise explodieren. Deshalb fordern wir für Sachsen ein **Agrarstrukturgesetz**, das zum Einen den
827 Anstieg der Pacht- und Kaufpreise von Flächen dämpft und zum Anderen die Flächenkonzentration
828 von Agrarbetrieben begrenzt. Damit die Eigentumsvielfalt an Boden in Sachsen erhalten bleibt,
829 müssen außerlandwirtschaftliche Investoren zurückgedrängt und Anteilskäufe an Betrieben
830 angezeigt werden.

831
832 Boden in der Landwirtschaft wird auch deshalb immer knapper, weil immer mehr Flächen für
833 Verkehr, Siedlungsbau oder Rohstoffgewinnung in Anspruch genommen, zuletzt knapp 6 Hektar
834 pro Tag. Dabei verlieren die Landwirtschaft und der Naturschutz gleichermaßen. Dieser Trend
835 muss durchbrochen werden. Sachsenweit wollen wir den Flächenverbrauch verringern, indem wir
836 das Flächenziel bei der **Bodenversiegelung schrittweise auf netto Null** begrenzen. Dieses Ziel
837 lässt sich nur erreichen, wenn zunächst die Datenlage verbessert wird, um bewerten zu können,
838 wie viele und welche Flächen neu in Anspruch genommen und versiegelt werden und welches
839 Potenzial es bei der Innenentwicklung gibt. Erst aus diesen Daten kann ein wirksames
840 Handlungsprogramm abgeleitet werden, mit dem sich die Inanspruchnahme von Flächen in
841 Sachsen reduzieren lässt. Die Einhaltung muss danach regelmäßig kontrolliert werden.“

842
843 Die Artenvielfalt in unserer Natur, die genetische Vielfalt und die Vielfalt des Ökosystems nimmt
844 immer weiter ab. Über zwei Drittel der europarechtlich geschützten Arten in Sachsen sind in einem
845 ungünstigen oder schlechten Erhaltungszustand. Zudem sind knapp 70 Prozent der Lebensräume
846 in einem schlechten bis unzureichenden Erhaltungszustand. Kein Wunder: Zwischen 2000 und

847 2022 wurden 355 Anträge auf Herauslösung von Flächen aus Landschaftsschutzgebieten in
848 Sachsen genehmigt. Dies betraf eine Fläche von insgesamt 1028 Hektar. Die bisherigen
849 Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen NATURA2000-Richtlinie sind ins Leere gelaufen. Der
850 bisherige Negativtrend setzt sich fort. Für mehr als zwei Drittel der Europäischen
851 Vogelschutzgebiete (Special Protection Areas - SPA) wurden noch immer keine konkreten
852 Maßnahmen beschlossen, um die Schutzziele zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der
853 wildlebenden Tiere und Pflanzen zu erreichen. Zudem gibt es noch immer kein flächendeckend
854 engmaschiges, wirksames Biotopverbundnetz und kein kommunales Vorkaufsrecht im Wald-,
855 Wasser- und Naturschutzrecht. Das müssen wir ändern. Sachsen hat derzeit 1,1 % seiner
856 Landesfläche als Prozessschutzfläche ausgewiesen, davon aber nur 0,7 % als Wildnisfläche. Damit
857 bleibt Sachsen klar hinter den Zielen der Nationalen Biodiversitätsstrategie zurück. Wir wollen den
858 Anteil der sächsischen Wildnisfläche entsprechend der Nationalen Biodiversitätsstrategie auf 2,0 %
859 erhöhen.

860 Wir wollen die Umweltverwaltung stärken und insbesondere die fachliche Qualifikation wieder
861 stärker berücksichtigen. Mitwirkungs- und Informationsrechte der Umweltverbände und der
862 Öffentlichkeit wollen wir stärken.

863
864 Wir streben Naturschutz in allen Regionen Sachsens an. Die Ziele von Nationalparks und
865 Naturschutzgebieten müssen erreicht werden. Die Stadtnatur wollen wir erhalten-und ausbauen,
866 Blühstreifen in Städten und Dörfern einrichten und Außengelände öffentlicher Einrichtungen sowie
867 Schul- und Kitagelände naturnah gestalten. Wir werden ein Programm zur Wiederbegrünung und
868 Renaturierung von Gemeindeflächen im Freistaat organisatorisch und finanziell unterstützen.

869

870 Klima

871

872 In den vergangenen Jahren haben auch die Sachsen immer häufiger Unwetter,
873 Überschwemmungen und Perioden extremer Hitze und Dürre erlebt. Den allermeisten Menschen ist
874 klar: **Klimaschutz und Klimaanpassung sind das Gebot der Stunde**, wenn wir ein lebenswertes
875 Sachsen erhalten wollen. Allzu oft wird in diesem Zusammenhang behauptet, wir säßen alle im
876 selben Boot. Tatsächlich herrscht auch in dieser Frage Ungleichheit: In Deutschland emittieren die
877 reichsten 10 Prozent genauso viel Kohlendioxid wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung.
878 Und der CO₂-Anteil der Reichen steigt weiter. Auch die Klimafolgen sind nicht gleich verteilt:
879 Während sich die einen in ihrem Pool abkühlen, können sich andere in engen Wohnungen nicht vor
880 der extremen Hitze schützen. Gerade für ältere Menschen ist das ein erhebliches Risiko. So wichtig
881 Klimaschutzmaßnahmen sind – sie wirken sich auf verschiedene Menschen unterschiedlich aus.
882 Deshalb setzen wir uns für eine Klimapolitik ein, die Generationen- und Geschlechterfragen
883 berücksichtigt.

884

885 Wir kämpfen für einen **Klimaschutz, der die Menschen nicht moralisierend bevormundet oder**
886 **einseitig finanziell belastet**. Die nötigen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung
887 müssen die Lebensqualität der großen Mehrheit der Bevölkerung verbessern und nicht
888 verschlechtern.

889

890 Wir werden ein **Klimaschutzgesetz** auf den Weg bringen, in dem wir sozial gerechte
891 Klimaschutzmaßnahmen und CO₂-Reduktionsziele in allen Sektoren verpflichtend festschreiben.
892 Wir halten an dem Ziel des Pariser Klimaabkommens fest, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad
893 zu begrenzen und das bis dahin verbliebene CO₂-Budget nicht zu überschreiten. Dazu müssen in
894 allen Bereichen die Bemühungen um den Klimaschutz verstärkt werden, sei es im Energie- oder
895 Verkehrsbereich, im Gebäudesektor, in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Wir wollen

896 regelmäßig überprüfen, ob die Ziele eingehalten werden. Bei Verfehlungen müssen die Sektoren zu
897 Sofortmaßnahmeprogrammen verpflichtet werden.

898

899 Wir spüren die Folgen der Erderhitzung schon heute: Immer häufiger erleben wir extreme
900 Wetterereignisse wie Starkregen, aber auch Dürren und die mit ihnen verbundenen Ernteaufschläge.
901 Diesen Ereignissen müssen wir schon jetzt durch Klimaanpassung begegnen. Mit einem
902 sächsischen **Klimawandelanpassungsgesetz** wollen wir Anpassungsstrategien für alle Sektoren
903 verpflichtend festschreiben und zugleich die sozialen Folgen der Klimaveränderungen abmildern.
904 Wir verfolgen dabei eine „**Vision Zero**“: Kein Mensch darf mehr aufgrund von Klimafolgen sterben,
905 etwa durch extreme Hitze oder Kälte. Um dies Ziel zu erreichen, sind regelmäßige Risikoanalysen
906 unverzichtbar, die ermitteln, welche Gruppen oder Regionen besonders stark vom Klimawandel
907 betroffen sein werden. Aus den Ergebnissen der Studien müssen Aktionspläne abgeleitet werden,
908 um den negativen Folgen entgegenzuwirken. Um besser auf Extremwetterereignisse vorbereitet zu
909 sein, wollen wir die Präventionsmaßnahmen erweitern und die Frühwarnsysteme verbessern. Auf
910 europäischer Ebene wollen wir die Förderung für Maßnahmen zur Klimaanpassung erhöhen.

911

912 Gerade für ältere Menschen und die Jüngsten unter uns wird Hitzeschutz in den Städten
913 notwendig – dabei setzen wir auf den Ausbau von blau-grüner Infrastruktur: Fassadenbegrünung,
914 Stadtumbau nach dem Motto „Bäume statt Beton“ und Wasserrückhaltemaßnahmen. Wir wollen
915 Kommunen dabei unterstützen, um sozial ungleich verteilte Umweltbelastungen gezielt zu
916 reduzieren.

917

918 Die **öffentliche Verwaltung** muss Vorbild werden, wenn es darum geht, den Klimaschutz
919 voranzutreiben und präventiv Maßnahmen zur Klimaanpassung zu verwirklichen. Wir wollen die
920 Kommunen mit den finanziellen Mitteln ausstatten, die dazu nötig sind. In möglichst allen
921 sächsischen Gemeinden, mindestens jedoch in jedem Landkreis, werden wir
922 Klimaschutzmanager:innen einsetzen, die die Gemeinden vor Ort bei entsprechenden Planungen
923 und Maßnahmen unterstützen und als Ansprechpartner:innen für die Bevölkerung dienen.

924

925 Um die dauerhafte Versorgung mit sauberem Trinkwasser sicherzustellen, braucht es ambitionierte
926 Konzepte für eine ressourcenschonende und resiliente Wasserbewirtschaftung. Von zentraler
927 Bedeutung sind dabei neuartige Wassersysteme, die die Nutzung von Betriebswasser und die
928 Rückführung von getrennten Abwasserströmen zur weiteren Nutzung ermöglichen. Wir wollen
929 daher innovative Wasserinfrastrukturlösungen fördern und die Kooperation zwischen Unternehmen
930 der Siedlungswasserwirtschaft und Stadtentwicklung bzw. Regionalplanung unterstützen.
931 Damit bei der Planung und Verwirklichung großer Industrieprojekte die lokale und regionale
932 Versorgung mit Wasser geschützt wird, brauchen wir eine Priorisierung der Wasserversorgung in
933 Krisenzeiten. Die nachhaltige Wasserversorgung und damit die dauerhafte Versorgung der
934 Bevölkerung mit Trinkwasser hat oberste Priorität und darf dabei nicht gefährdet werden.
935 Im Freistaat Sachsen wurde lange eine Politik verfolgt, die auf überdimensionierte, zentrale
936 Abwasseranlagen in möglichst großen Zweckverbänden setzte. Damit verteilen sich die relativ
937 hohen Fixkosten solcher Systeme, die auch in ihrer Unterhaltung sehr teuer sind, auf wenige
938 Abnehmer. Die Linke setzt sich deshalb für die Förderung dezentraler Entsorgungskonzepte ein.
939 Die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung weiterhin in der öffentlichen Hand, also bei
940 Kommunen und Zweckverbänden zu belassen, ist ein wichtiges Ziel. Die Privatisierung der Aufgabe
941 selbst lehnen wir genauso ab wie den privaten Betrieb über Betriebsmodelle.

942

943 Die Abwasserbehandlung der Zukunft muss den Schutz von Flüssen, Seen sowie angrenzenden
944 sensiblen Ökosystemen gewährleisten. In Sachsen erreichten bei der letzten Erhebung im Jahr
945 2021 nicht einmal sieben Prozent der Fließgewässer einen guten ökologischen Zustand. Eine

946 Hauptursache für den schlechten Zustand der Gewässer ist die Einleitung von unbehandeltem oder
947 unzureichend behandeltem Abwasser.

948 Mikroschadstoffe wie Arzneimittel, Kosmetika, Pestizide und sonstige Chemikalien sollen nicht
949 weiter ungeklärt in die Gewässer geleitet werden. Deshalb setzt sich Die Linke dafür ein, eine vierte
950 Reinigungsstufe für Kläranlagen einzuführen und die produzierende Industrie nach dem
951 Verursacherprinzip an der Finanzierung zu beteiligen.

952

953 **Tourismus und Gastronomie**

954

955 Sachsen ist ein Land mit bezaubernden Landschaften und unzähligen Kulturschätzen. Millionen
956 Gäste aus dem In- und Ausland kommen jedes Jahr zu uns. Der Tourismus hat dadurch auch eine
957 große wirtschaftlich Bedeutung, besonders für die Kommunen. Gerade in strukturschwachen
958 Regionen bietet er eine Chance für ökonomische Entwicklung. Doch viele touristische und
959 gastronomische Betriebe stecken in Schwierigkeiten. Die Krise durch die Corona-Pandemie ist
960 gerade erst überwunden, nun müssen sie mit steigenden Kosten kämpfen, besonders für Energie.
961 Auch der Personalmangel ist ein wachsendes Problem. Wir als Linke wollen den **Tourismus**
962 **stärken**. Dabei denken wir nicht nur an die Gäste, die aus der Ferne zu uns kommen, sondern auch
963 an die sächsischen Familien, die im Freistaat Erholung suchen. Grundbedingung dafür, dass der
964 Tourismus wachsen kann, ist aus unserer Sicht der **Ausbau des öffentlichen Nah- und**
965 **Fernverkehrs**, der barrierefreie und attraktive Verbindungen bieten muss.

966

967 Die Linke setzt sich dafür ein, **Urlaub auch für Menschen mit geringem Einkommen** möglich zu
968 machen. Wir wollen **Tourismuseinrichtungen** mit Fördermitteln belohnen, wenn sie ein Kontingent
969 an Übernachtungsplätzen oder Freizeitangeboten für sozial Bedürftige zur Verfügung stellen. Auf
970 diese Weise können Urlaubs- und Erholungsplätze durch Ämter, aber auch durch Träger:innen der
971 Familienarbeit gezielt an Menschen vergeben werden, die sich solche Angebote sonst nicht leisten
972 könnten.

973

974 Wir wollen den **Tagestourismus ausbauen**. Bisher werden staatliche Fördermittel vor allem anhand
975 von Übernachtungs- und Bettenzahlen vergeben. An dieser Stelle muss die Tourismusstrategie
976 geändert werden.

977

978 Um den **Fachkräftemangel** in den Griff zu bekommen, braucht es praktische Modellversuche. Wir
979 setzen uns dafür ein, touristische und gastronomische Einrichtungen beim Erproben neuer, auch
980 **gemeinsamer Beschäftigungsmodelle** zu unterstützen. Kreative Lösungen müssen gefunden
981 werden, um attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und touristische Einrichtungen so zu erhalten. Wo
982 der Markt touristische Einrichtungen nicht hervorbringen kann, sollen Landkreise oder Gemeinden
983 solche Einrichtungen auch selbst betreiben können. Sie könnten auf Fördermittel zurückgreifen, die
984 von der Europäischen Union zur Entwicklung ländlicher Regionen vergeben werden.

985

986 Aus unserer Sicht ist **überregionale Zusammenarbeit** entscheidend. Die Behörden dürfen einer
987 solchen Kooperation keine Hindernisse mehr in den Weg legen. Regionen wie die Lausitz oder das
988 Erzgebirge können auf diese Weise voneinander profitieren. Der Landestourismusverband kann
989 diese Prozesse koordinieren.

990

991 Wir fordern, dass die **Nachhaltigkeit** wegen ihrer großen Bedeutung für die Zukunft noch mehr in
992 den Mittelpunkt gestellt wird. Touristische und gastronomische Einrichtungen sollen Fördergelder
993 erhalten, wenn sie ihren Energieverbrauch reduzieren, weniger Abfall produzieren oder
994 wassersparende Komponenten einbauen. Der Rückstand im Bereich der Investitionen kann so

995 vermindert und die Ziele der Nachhaltigkeit erreicht werden. Unterstützung sollte den Betrieben
996 auch dabei gewährt werden, die Vorteile der **Digitalisierung** für sich zu nutzen.

997
998 Um **National- und Naturparks** zu schützen, setzt sich Die Linke dafür ein, die Besucherströme
999 digital zu steuern. Dabei müssen Einheimische, aber auch Besucher:innen gleichermaßen die
1000 Möglichkeit haben, die Gebiete zu besuchen. Langzeitgästen sollten im Sinne der regionalen
1001 Tourismusförderung größere Kontingente zugesprochen werden als Tagestourist:innen.

1002
1003 Sachsen sollte ein Zertifikat an diejenigen touristischen Einrichtungen verteilen, die die Daten ihrer
1004 Kund:innen besonders gut schützen. Dieses Zertifikat sollen Einrichtungen erhalten, die nur die
1005 nötigsten Daten erfassen und diese grundsätzlich auf Plattformen bearbeiten und speichern, die
1006 als sicher eingestuft werden können. Dazu sind die Buchungssysteme zu überprüfen.

1007
1008 **Schlaglicht: Osten**

1009
1010 Trotz aller Jubelfeiern und Sonntagsreden ist es nicht zu übersehen: Viele Menschen in
1011 Ostdeutschland, besonders in Sachsen, sind 34 Jahre nach der Vereinigung enttäuscht,
1012 unzufrieden oder sogar wütend. Mehr als die Hälfte der Menschen in Sachsen hat noch immer das
1013 Gefühl, dass Ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse sind. Nicht einmal ein Drittel
1014 findet, dass die Leistungen der Ostdeutschen angemessen gewürdigt werden. Jüngste Umfragen
1015 zeigen, dass die Mehrheit der Ostdeutschen unzufrieden mit der Demokratie ist, so wie sie derzeit
1016 in Deutschland funktioniert. Rechte Demagogen nutzen diesen Frust und lenken ihn auf
1017 Sündenböcke, um sich selbst politische Macht zu verschaffen.

1018
1019 Aber wir sehen auch Zeichen der Hoffnung: Lange wurden jene, die auf Fehler und
1020 Ungerechtigkeiten im Prozess der deutschen Vereinigung hinwiesen, als Ewiggestrige
1021 verunglimpft, die die DDR wiederhaben wollten. Von den Ostdeutschen wurde verlangt, sie
1022 müssten sich schnellstmöglich in jeder Hinsicht den Westdeutschen anpassen und ihre eigene
1023 Geschichte und Identität vergessen. Damit ist endlich Schluss. **Selbstbewusste Ostdeutsche**
1024 verschaffen ihrer Perspektive in der öffentlichen Debatte Gehör. Sie fragen, warum die Chance
1025 nicht genutzt wurde, die beiden deutschen Staaten auf gleichberechtigte Weise mit einer
1026 gemeinsamen, neuen Verfassung zu vereinigen. Sie verweisen auf den von der Treuhand
1027 organisierten Ausverkauf des Volksvermögens, die verheerende Deindustrialisierung
1028 Ostdeutschlands und die folgende Massenarbeitslosigkeit, die das Leben von Millionen Menschen
1029 zerstört und Wunden geschlagen hat, die bei vielen bis heute schmerzen. Sie kritisieren zurecht,
1030 dass der sogenannte „Elitenwechsel“ nach 1990 nicht selten zweitklassige Westdeutsche in Ämter
1031 hievte, während die Karrieren von Ostdeutschen zerstört und ihre Lebensleistungen entwertet
1032 wurden. Wir stehen an der Seite dieser selbstbewussten Ostdeutschen. Wir fordern, dass das
1033 **Treuhand-Unrecht endlich durch eine staatliche Kommission kritisch aufgearbeitet** wird.

1034
1035 Ohne Zweifel geht es den meisten Menschen in Sachsen heute materiell besser als vor drei
1036 Jahrzehnten. Sie können stolz darauf sein, was sie seit der Vereinigung in Sachsen gemeinsam
1037 aufgebaut haben. Dennoch bestehen nach wie vor große Ungerechtigkeiten im Verhältnis zwischen
1038 Ost und West. Dank der Niedriglohnpolitik der dauerregierenden CDU liegt der Medianlohn in
1039 Sachsen noch immer 600 Euro unter dem des Bundesdurchschnitts. Fast jeder fünfte sächsische
1040 Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnbereich. Hungerlöhne bedeuten aber auch Armutsrenten. Der
1041 jüngste sächsische Sozialbericht verrät zudem, dass das durchschnittliche Geldvermögen der
1042 sächsischen Haushalte 17000 Euro niedriger als der Bundesdurchschnitt, das Immobilienvermögen
1043 sogar nicht einmal halb so groß ist. Fast jeder fünfte Sachse besitzt überhaupt kein Vermögen!
1044 Anders als im Westen werden viele im Osten nichts erben. Für berechtigten Ärger sorgt auch, dass

1045 Ostdeutsche – wie vom „Elitenmonitor“ der Bundesregierung nachgewiesen – auch 34 Jahre nach
1046 der Vereinigung in Spitzenpositionen noch immer deutlich unterrepräsentiert sind, besonders in
1047 Wirtschaft, Justiz und Wissenschaft.

1048

1049 Für uns als sächsische LINKE ist klar: Die Unzufriedenheit der Ostdeutschen lässt sich nicht durch
1050 Gesprächskreise beseitigen, sondern nur dadurch, dass **die bestehenden Ungleichheiten**
1051 **abgebaut** werden. Überall dort, wo der Staat selbst bestimmen kann, in Politik und Verwaltung, in
1052 Justiz und Wissenschaft, muss endlich eine angemessene Beteiligung von Ostdeutschen an den
1053 Führungsaufgaben durchgesetzt werden. Ostdeutschland und Sachsen müssen auch bei der
1054 Ansiedlung von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen gerecht berücksichtigt werden.
1055 Das geplante Zukunftszentrum für Deutsche Einheit in Halle darf nicht zum Trostpflaster für die
1056 Ostdeutschen werden, sondern muss ihren Ansichten und Interessen Gehör verschaffen. Wir
1057 wollen, dass **im Osten endlich die gleichen Löhne** gezahlt werden wie im Westen. Deshalb
1058 kämpfen wir für ein **Vergabegesetz**, das Tariflöhne und gute Arbeitsbedingungen zur Bedingung
1059 für öffentliche Aufträge macht. Wir setzen uns dafür ein, dass Tarife in Ost und West angeglichen
1060 werden. Gerade in Sachsen brauchen wir aber zunächst dringend mehr Tarifbindung und mehr
1061 Mitbestimmung in den Betrieben, um die Lage der Beschäftigten zu verbessern. In diesem Kampf
1062 stehen wir an der Seite der Gewerkschaften. Die Sächsinen und Sachsen arbeiten aktuell im
1063 Bundesschnitt schon mehr als alle anderen. Deshalb lehnen wir die Forderungen der CDU strikt ab,
1064 dass alle immer länger arbeiten sollen.

1065

1066 Gegen den Widerstand der Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat die Landesregierung es
1067 abgelehnt, dem „Härtefallfonds“ für Rentnerinnen und Rentner beizutreten, deren Ansprüche durch
1068 das Rentenunrecht der Vereinigung missachtet worden sind. Wir kämpfen dafür, nicht nur bei
1069 Härtefällen zu helfen, sondern einen **Gerechtigkeitsfonds** für alle Betroffenen aufzulegen, der das
1070 Rentenunrecht endlich vollständig ausgleicht. Wegen der niedrigen Löhne droht in Sachsen
1071 besonders vielen Menschen die Altersarmut. Wir fordern eine Mindestrente von 1200 Euro, um allen
1072 ein würdiges Leben zu ermöglichen.

1073

1074 Wir als sächsische LINKE setzen uns für die berechtigten Interessen der Ostdeutschen ein, ohne
1075 sie gegen andere Benachteiligte, etwa zugewanderte Menschen, auszuspielen. Und wir starren
1076 nicht in die Vergangenheit, sondern wollen einen **Aufbruch des Ostens in die Zukunft**. Die
1077 Ostdeutschen besitzen viele Erfahrungen und Kenntnisse, die sie dabei einbringen können: Wir
1078 fordern Medizinische Versorgungszentren nach dem Vorbild der **Polikliniken**, um die
1079 Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen zu sichern. Die Berufsausbildung mit Abitur wäre
1080 ein Weg, den Bedarf an Fachkräften besser zu decken. Wir wollen durch längeres gemeinsames
1081 Lernen an **Gemeinschaftsschulen** dafür sorgen, dass die soziale Spaltung unserer Gesellschaft ein
1082 Ende findet.

1083

1084 Wir stehen vor großen Umbrüchen, hervorgerufen durch den Klimawandel, den Ausstieg aus der
1085 fossilen Energie, den klimaneutralen Umbau der Industrie und der stetig fortschreitenden
1086 Digitalisierung in nahezu allen Lebensbereichen. Die Ostdeutschen haben schon einmal eine
1087 rücksichtslose, neoliberale Transformation der Wirtschaft erlebt. Viele blicken deshalb auf
1088 Veränderungen mit Skepsis. Wir werden dafür sorgen, dass Menschen in **Sachsen zu**
1089 **Gewinner:innen des Wandels** werden. Sachsen hat hierfür die besten Voraussetzungen: eine
1090 große industrielle Tradition, renommierte Universitäten und bestens ausgebildete Beschäftigte.
1091 Sachsen hat das Potential zum Vorreiter in Deutschland zu werden. Dafür brauchen wir Offenheit
1092 für moderne Technologien, vielfältige Lebensformen und Menschen, die zu uns nach Sachsen
1093 kommen wollen, um mit uns an der Zukunft zu arbeiten. Auch deshalb ist eine starke LINKE für
1094 Sachsen wichtig.

1095
1096

1097 **II. Soziale Daseinsvorsorge**

1098

1099 Überall hört man, unsere Gesellschaft sei gespalten. Unter der immer hitzigeren Polarisierung leide
1100 auch die Demokratie. Doch über die wahren Gründe für diese Spaltung sprechen die Regierenden
1101 in Berlin und Dresden nicht. Sie verschärfen das Problem sogar noch durch ihre chaotische und
1102 verfehlte Politik. Die Linke will das Grundproblem beseitigen: die ständig wachsende soziale
1103 Ungleichheit und Unsicherheit in unserem Land. Sogar in den vielen Krisen der vergangenen Jahre
1104 haben Konzerne Rekordgewinne gemacht, sind die Vermögenden noch reicher geworden.
1105 Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen hingegen macht die Teuerung in allen Bereichen
1106 wütend. Von rechts wird der Frust ausgebeutet und in erbitterte Kulturkämpfe umgelenkt, die das
1107 Leben der Menschen nicht besser machen, die gesellschaftliche Stimmung aber schlechter. Die
1108 Linke hat eine andere Antwort: **Solidarität**. Statt verschiedene Gruppen gegeneinander
1109 auszuspielen, treten wir **für einen aktiven, leistungsfähigen Staat** ein, der die Aufgaben der
1110 sozialen **Daseinsfürsorge** für alle Menschen erfüllt, für **soziale Sicherheit** und **soziale**
1111 **Gerechtigkeit** sorgt.

1112

1113 Um Menschen unterstützen zu können, die Hilfe brauchen, und in die Infrastruktur und die
1114 Industrien der Zukunft zu investieren, muss der Staat finanziell handlungsfähig sein. Doch mit der
1115 sogenannten „Schuldenbremse“ hat er sich selbst gefesselt. Wir wollen im Bund wie in Sachsen
1116 diese **Investitionsbremse abschaffen** oder zumindest grundlegend reformieren.
1117 Ob eine Demokratie praktisch funktioniert, erweist sich zuerst auf der Ebene der Städte und Dörfer.
1118 Umso schlimmer, dass die Kommunen in Sachsen seit Jahren von der Staatsregierung nicht die
1119 Mittel bekommen, die nötig wären, um alle ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir wollen die **Kommunen**
1120 **ausreichend finanzieren** und durch **Bürgerbudgets** dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort aktiv
1121 mitentscheiden können, wofür die Kommune Geld ausgibt.

1122

1123 Die Menschen in Sachsen haben Angst um ihre gesundheitliche Versorgung. Besonders in den
1124 ländlichen Regionen müssen Krankenhäuser schließen und es fehlt an Haus- und Facharztpraxen.
1125 Wir wollen **alle Krankenhausstandorte erhalten**, auch durch **Polikliniken** mit Notfallaufnahme und
1126 24-Stunden-Betrieb. Wir wollen **Krankenhäuser in die öffentliche Hand** zurückführen, denn
1127 **Gesundheit ist keine Ware!** Die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten erleichtern wir durch
1128 Entbürokratisierung, Digitalisierung und **bessere Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im**
1129 **Gesundheitswesen**. Darüber hinaus wollen wir **pflegende Angehörige unterstützen und**
1130 **Eigenanteile begrenzen**. Langfristig brauchen wir eine **Pflegevollversicherung und**
1131 **Krankenversicherung für alle, in die auch alle einzahlen**.

1132

1133 Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit ihren Schwächeren umgeht. **Inklusion** ist
1134 für uns kein Randthema, sondern ein zentrales Anliegen. Wir wollen **die UN-**
1135 **Behindertenrechtskonvention in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen politischen**
1136 **Ebenen umsetzen**. Die Inklusion in Kita, Schule und Arbeitswelt muss verwirklicht, Barrierefreiheit
1137 im öffentlichen Raum garantiert werden. Das kommt auch älteren Menschen zugute. Sie brauchen
1138 aber nicht nur Schutz, sie sollen auch ihre Interessen selbst vertreten können. Deshalb fordern wir
1139 ein **Seniorenmitbestimmungsgesetz**. Das Rentenunrecht, das im Osten vielfach zu Armutsrenten
1140 führt, muss beseitigt werden. In einem ersten Schritt wollen wir dafür sorgen, dass Sachsen endlich
1141 dem **Härtefallfonds** für Menschen beiträgt, deren Rentenansprüche bei der Vereinigung nicht
1142 anerkannt wurden. In vielen Bereichen, so etwa beim Wohnen, müssen wir uns auf eine alternde
1143 Gesellschaft einstellen. Das darf jedoch nicht bedeuten, dass wir die Kinder und Jugendlichen
1144 vergessen. Im Gegenteil: Sachsen muss attraktiv für junge Menschen werden! Wir wollen

1145 **Jugendhilfe und Jugendarbeit nicht kürzen, sondern stärken.** Wir kämpfen zugleich dagegen,
1146 dass junge Leute aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. **Keine Jugendkultur ist illegal!** Um
1147 Kinder aus der Armut zu holen, brauchen wir **eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen**
1148 **verdient.**

1149
1150 Beim Thema Wohnen unterscheiden sich die Probleme in Sachsen stark zwischen den Großstädten
1151 und dem ländlichen Raum. Damit in Dresden und Leipzig endlich wieder bezahlbare Wohnungen zu
1152 finden sind, wollen wir eine **wirksame Mietpreisbremse einführen**, die **Zweckentfremdung von**
1153 **Wohnungen verbieten** und eine **Landeswohnungsbaugesellschaft** gründen, die
1154 **Sozialwohnungsbau in großem Maßstab** fördert. Der ländliche Raum hat eher mit Abwanderung
1155 und Leerstand zu kämpfen. Wir wollen Bau und Sanierung von altersgerechten und
1156 familienfreundlichen Wohnungen fördern. Um das Leben in kleineren Städten und Dörfern wieder
1157 attraktiv zu machen, wollen wir den **Öffentlichen Nahverkehr ausbauen** und
1158 **Mindestbedienstandards einführen.** Wir fordern, dass der Preis des **Deutschlandtickets** fünf
1159 Jahre lang nicht steigt und dass es sachsenweit als **Sozialticket** zum halben Preis angeboten wird.
1160 Schulkinder, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos den
1161 ÖPNV nutzen dürfen.

1162
1163 Zur sozialen Daseinsfürsorge gehört auch der **Schutz der Menschen vor Gefahren.** Wir wollen die
1164 Mittel für Verbraucherschutz erhöhen. Den Bevölkerungsschutz stärken wir u.a. durch
1165 Standortfeuerwehren. Ehrenamtlich Engagierte, etwa in Freiwilligen Feuerwehren, sollen durch
1166 Bildungsurlaub und Rentenpunkte für ihre Arbeit belohnt werden. Süchtige brauchen Hilfe, nicht
1167 Strafe – deswegen lehnen wir ihre Kriminalisierung ab und fordern stattdessen mehr Mittel und
1168 Räume für Prävention und Therapie. Wir fordern, dass der Freistaat den Tierschutz endlich
1169 ausreichend finanziert, um Tierleid und Gefahren für Menschen zu vermeiden.

1170
1171 **Öffentliche Infrastruktur**

1172
1173 **Wir wollen umsteuern und umverteilen gegen soziale Ungerechtigkeit!** Während Banken und
1174 Konzerne auch in der Krise Gewinne in Milliardenhöhe einstreichen, wächst auch in Sachsen der
1175 Abstand zwischen Arm und Reich. Mehreren hundert Einkommensmillionären stehen
1176 Hunderttausende gegenüber, die im Niedriglohnbereich arbeiten. In manchen Landkreisen sind das
1177 fast die Hälfte der Beschäftigten. Viele, die arbeiten, können nichts sparen – einige erben
1178 Reichtümer, ohne etwas dafür zu leisten. Die Vermögensverteilung in Deutschland ist ein Skandal:
1179 Die reichsten 10 % besitzen mehr als zwei Drittel des Privatvermögens, während die ärmere Hälfte
1180 der Bevölkerung gerade einmal gut 1 % besitzt – wenn sie überhaupt etwas besitzt und nicht
1181 vielmehr verschuldet ist. Der Sparkassenverband befürchtet, dass bald 60 % aller Haushalte in
1182 Deutschland gezwungen sein könnten, ihr gesamtes Monatseinkommen für die Lebenserhaltung
1183 auszugeben. 2021 war es noch 15%. Das hieße, dass mehr als die Hälfte der Deutschen nicht mehr
1184 sparen und damit Rücklagen oder Vermögen bilden kann. Diese Menschen leben buchstäblich von
1185 der Hand in den Mund und müssen sich Monat für Monat vor unvorhergesehenen Ausgaben
1186 fürchten. So eine krasse Ungleichheit hält kein demokratisches Gemeinwesen dauerhaft aus.
1187 Deshalb wollen wir **umsteuern und endlich von Oben nach Unten umverteilen. Menschen mit**
1188 **geringen und mittleren Einkommen wollen wir entlasten – Konzerne, Großverdiener und**
1189 **Vermögende hingegen endlich gerecht besteuern.**

1190
1191 Es ist die jahrzehntelange neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die für die wachsende
1192 Ungleichheit verantwortlich ist, aber auch dafür, dass die öffentliche Infrastruktur vernachlässigt
1193 wurde. Im Zeichen der „schwarzen Null“ wurden auf allen Ebenen „Schuldenbremsen“ eingeführt,
1194 die sich jetzt als Investitionsbremsen erweisen. In Zeiten niedriger Zinsen und vergleichsweise

1195 hoher Steuereinnahmen verzichtete der Staat darauf, sich Geld zu leihen, um es für sinnvolle
1196 Zukunftsinvestitionen zu nutzen. Kitas, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser und Wohnungen
1197 wurden nicht saniert oder neu errichtet, der Ausbau von Breitband-, Energie- und Wärmenetzen
1198 verschleppt. Welch volkswirtschaftlicher Wahnsinn! Nun, da die Zinsen wieder steigen und die
1199 Steuereinnahmen zurückgehen, stehen wir vor einem riesigen Investitionsstau im Bereich der
1200 öffentlichen Einrichtungen. Auch für die dringend nötigen Investitionen in den Klimaschutz fehlt das
1201 Geld. Weit schlimmer, als Kredite aufzunehmen, die sich tilgen lassen, weil sie sich auszahlen, ist
1202 es, unseren Kindern ein Land mit veralteter und verrotteter Infrastruktur zu hinterlassen. Auch hier
1203 muss zum Nutzen der volkswirtschaftlichen Entwicklung dringend umgesteuert werden: Die
1204 „Schuldenbremsen“ im Bund und in Sachsen müssen gelöst werden, damit endlich vernünftig in die
1205 Zukunft investiert werden kann. Zu den dafür erforderlichen Verfassungsänderungen sind wir
1206 bereit. Außerdem ist eine deutliche Verlängerung der Tilgungsfristen nötig.

1207
1208 Für starke und zukunftsfähige öffentliche Infrastrukturen braucht es einen **leistungsstarken und**
1209 **zukunftsfähigen Öffentlichen Dienst** in Sachsen. Der **Öffentliche Dienst** umfasst die Verwaltung
1210 und die staatliche Daseinsfürsorge auf allen Ebenen in Sachsen. Von ihm hängt nicht nur in starkem
1211 Maße unsere Lebensqualität ab, er ist auch dafür unverzichtbar, dass unser Rechtsstaat und
1212 unsere Demokratie funktionieren. Wir wollen, dass er sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und
1213 Bürger versteht. Es muss darum gehen, ihren Anliegen und Bedürfnissen gerecht zu werden. Wir
1214 brauchen im Öffentlichen Dienst eine **Kultur des Ermöglichens**. Den Menschen soll nicht gesagt
1215 werden, was angeblich nicht geht, sondern gezeigt werden, wie es gehen kann.

1216
1217 Damit der Öffentliche Dienst seine Aufgaben erfüllen kann, muss die Politik die personellen,
1218 sachlichen und finanziellen Bedingungen dafür schaffen. Nur wenn die Beschäftigten im
1219 Öffentlichen Dienst motiviert und ausreichend ausgestattet sind, werden sie gute Arbeit für die
1220 Menschen in Sachsen leisten. Zurecht erwarten die Beschäftigten **gute Arbeitsbedingungen und**
1221 **Löhne**. Wir unterstützen die entsprechenden Forderungen der Gewerkschaften. Die Ergebnisse der
1222 Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst sind zeit- und wirkungsgleich für die Landesbeamtinnen
1223 und Landesbeamten umzusetzen. Es muss ein **modernes Personalvertretungsgesetz** auf den Weg
1224 gebracht werden, das die Personalvertretungen im Öffentlichen Dienst und ihre
1225 Mitbestimmungsrechte deutlich stärkt. Das Beförderungssystem muss fairer und
1226 geschlechtergerecht gestaltet werden. Alle Beförderungsmöglichkeiten sollten ausgeschöpft
1227 werden, um die Arbeit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wertzuschätzen und ihnen
1228 Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung zu bieten.

1229
1230 Nötig sind aber auch ausreichende **Möglichkeiten sich weiterzubilden**. Die Bediensteten
1231 verdienen mehr Zeit für ihre Qualifizierung und bessere Entwicklungschancen. Um Ausbildungs-
1232 und Arbeitsstätten gerade im ländlichen Raum attraktiv zu machen, müssen auch die weichen
1233 Standortfaktoren gesichert werden: so insbesondere die Kinderbetreuung, die Bildung, der
1234 Öffentliche Nahverkehr, die Kultur, die medizinische Versorgung und die digitale Infrastruktur. Es
1235 muss mehr Flexibilität dabei geben, Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zu integrieren. Auch
1236 im Öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen muss es mehr Menschen mit Migrationsgeschichte
1237 ermöglicht werden, eine Ausbildung zu machen und eine berufliche Perspektive zu finden. Leider
1238 sind die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zunehmend mit Unverständnis, Hass und sogar
1239 Gewalt in ihrem Dienst für die Bürgerinnen und Bürger konfrontiert, so etwa durch sogenannte
1240 „Reichsbürger“. Wir müssen sie darum noch **besser unterstützen und gegen Anfeindungen und**
1241 **Übergriffe schützen**.

1242
1243 Der Freistaat Sachsen steht vor der Herausforderung, dass bis zum Jahre 2030 mehr als 40000
1244 Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst ausscheiden werden. Es ist dringend erforderlich, neue

1245 Fachkräfte für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen, ihn zu verjüngen und eine verbesserte
1246 Verwaltungskultur zu etablieren. Wir schlagen eine **Kommission zur Ermittlung des künftigen**
1247 **Personalbedarfs bis 2040** vor, die, wenn sie erfolgreich sein soll, spätestens im Jahre 2026 ihre
1248 Arbeit aufnehmen muss. Alle Staatsministerien und weitere sächsischen Behörden müssen die
1249 vorhandenen Personalentwicklungskonzepte evaluieren und sie endlich wirklichkeitsnah an die
1250 Entwicklung der Bevölkerung anpassen. Die Arbeitswelt wandelt sich, so etwa durch **neue**
1251 **Arbeitsformen und ein verändertes Selbstverständnis junger Beschäftigter** – dieser Entwicklung
1252 kann und darf sich auch der Öffentliche Dienst nicht verschließen. Das Verhältnis von Führung und
1253 Zusammenarbeit muss neu gedacht werden: Wir brauchen **weniger Hierarchie**, dafür mehr
1254 Kooperation auf Augenhöhe und Eigenverantwortung. Führungskräfte müssen sich als Vorbild und
1255 Stütze in den anstehenden Veränderungsprozessen verstehen. Deutlich ausgebaut werden sollte
1256 im nächsten Staatshaushalt der „Personalpool Demografie“ bei der Staatskanzlei, der es
1257 ermöglicht, flexibel und zeitlich begrenzt Stellen bei Ministerien zu schaffen, um Wissenstransfer
1258 zu ermöglichen oder besondere Aufgaben zu bewältigen.

1259
1260 Die in verschiedenen Staatsministerien angestoßenen **Ausbildungsoffensiven** müssen gebündelt
1261 und verstärkt werden. Wir als Linke wollen, dass die Zuständigkeit für die staatlichen
1262 Ausbildungsstandorte und Ausbildungseinrichtungen in Sachsen zentralisiert und beim
1263 Innenministerium oder der Staatskanzlei angebunden wird. **Der Freistaat Sachsen muss viel mehr**
1264 **als bisher in seine Auszubildenden investieren!** Es kann nicht sein, dass nicht genügend
1265 Wohnheimplätze zur Verfügung stehen oder Auszubildende monatelang warten müssen, bis ihnen
1266 die verauslagten Wohnkosten erstattet werden. Dass noch immer nicht in allem Wohnheimen W-
1267 LAN zur Verfügung steht, ist ein Armutszeugnis. Ein Azubi-Ticket macht nur dann Sinn, wenn man
1268 es auch nutzen kann, weil eine Verbindung mit dem Öffentlichen Nahverkehr zu den
1269 Ausbildungsstandorten besteht. Deshalb müssen für entlegene, mit öffentlichen Verkehrsmitteln
1270 nur schwer oder gar nicht erreichbare Ausbildungsstandorte, wie z.B. Bobritzsch, Rothenburg und
1271 Schneeberg, individuelle **Azubi-Shuttle-Verbindungen** geschaffen und mit den Trägern des
1272 Öffentlichen Personennahverkehrs vereinbart werden.

1273
1274 Der **Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID)** und weitere verantwortliche
1275 Organisationseinheiten im IT-Bereich des Freistaates Sachsen sind als leistungsfähige Dienstleister
1276 weiter auszubauen. Dabei sollen möglichst alle Beschäftigten bei Umstellungsprozessen nach den
1277 Methoden des Change Management mitgenommen werden – das bedeutet: informieren,
1278 qualifizieren, Support anbieten. Notwendig sind in allen Staatsministerien und Fachbehörden
1279 einheitliche Hard- und Software sowie IT-Sicherheitsstandards. Bereits vorhandene
1280 behördenspezifische Insellösungen müssen nach Möglichkeit wieder abgeschafft werden.

1281 Kommunen

1282
1283
1284 Die Städte und Gemeinden sind die kleinsten Zellen der Demokratie. In ihnen können die Menschen
1285 die Demokratie unmittelbar erleben und mitgestalten – wenigstens sollte es eigentlich so sein.
1286 Tatsächlich werden die Kommunen in Sachsen seit Langem nicht ausreichend finanziert. Sie sind
1287 kaum noch in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, geschweige denn die sogenannten
1288 „freiwilligen“ Aufgaben, die tatsächlich oft unverzichtbar sind, zum Beispiel in den Bereichen
1289 Wohnen, Soziales und Kultur. **Daher müssen die Finanzbeziehungen zwischen Freistaat und**
1290 **Kommunen eine völlig neue Grundlage erhalten:** Sie müssen sich zukünftig am Bedarf der
1291 Kommunen orientieren und regionale Besonderheiten berücksichtigen. Denn die Kommunen
1292 unterscheiden sich in Größe, Bevölkerung und wirtschaftlicher Kraft. Die kommunale
1293 Selbstverwaltung muss als gelebte Demokratie vor Ort wieder möglich und erfahrbar werden.
1294 Deshalb wollen wir durch eine **Selbstverwaltungspauschale**, die nicht für Pflichtaufgaben

1295 verwendet werden darf, die kommunale Autonomie wiederherstellen. Die Menschen müssen die
1296 Entscheidungen für ihre Heimatorte endlich selbst treffen können. Dazu wollen wir die Kommunen
1297 auch ermutigen, **Bürger:innenhaushalte und Bürger:innenbudgets** einzuführen, durch die
1298 Menschen selbst über die Verteilung von Geldern entscheiden können. Wer mitentscheiden darf,
1299 fühlt sich dem Gemeinwesen stärker verbunden. Demokratische Entscheidungen werden breiter
1300 akzeptiert und sind dadurch dauerhaft tragfähig. Wir wollen die Repräsentanz von Frauen in der
1301 Kommunalpolitik stärken. Bislang sind gerade einmal 11% der Bürgermeister:innen Frauen. Das
1302 Gleichstellungsgesetz und das Sächsische Inklusionsgesetz soll auch auf kommunaler Ebene
1303 wirksam sein.

1304
1305 Wir wollen die Kommunen in die Lage versetzen, eigenständig Politik betreiben zu können, statt nur
1306 den Mangel zu verwalten. Das gilt insbesondere für die **kommunale Sozialpolitik**. Dazu wollen wir
1307 Landeszuschüsse für kommunale Beschäftigungsprogramme und Sozialprojekte erhöhen. Wir
1308 fordern die Einrichtung eines **landesweiten Netzes von Sozialberatungsstellen**, die Bürger:innen
1309 begleiten, wenn sie Sozialleistungen beantragen und Unterstützungsangebote suchen. In
1310 Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und bürgerschaftlichen Initiativen
1311 sollen lokale Strategien erarbeitet und umgesetzt werden, um die Armut zu bekämpfen und die
1312 soziale Teilhabe zu fördern.

1313
1314 **Die Förderlandschaft in Sachsen muss grundlegend umgestaltet werden:** Wir wollen weg von
1315 den unzähligen Förderprogrammen mit ihren Eigenmittelvorschriften und Zweckbindungen, die
1316 einen enormen bürokratischen Aufwand verursachen – hin zu einer kooperativen
1317 Aufgabenerfüllung. Dabei muss gelten: Was ich bestelle, bezahle ich. Was wir gemeinsam wollen,
1318 bezahlen wir gemeinsam. Was uns wichtig ist, entscheiden wir mit Blick auf die Bedeutung der
1319 Aufgaben und nicht danach, welche Förderprogramme gerade verfügbar sind.

1320
1321 Die Kommunen sollen bei Nachhaltigkeit und Klimaschutz Vorbilder sein und vorangehen können.
1322 Daher fordern wir ein **verändertes Vergabegesetz**, das es erlaubt, kleine Aufträge regional zu
1323 vergeben. Einen Entwurf für ein modernes Vergabegesetz hat die Linksfraktion im Sächsischen
1324 Landtag bereits 2022 eingebracht. Es soll künftig dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge nur noch
1325 an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten anständig behandeln und bezahlen. Außerdem
1326 sollen soziales und kulturelles Engagement sowie Engagement im Bevölkerungsschutz ebenso
1327 berücksichtigt werden wie soziale, ökologische und finanzielle Folgewirkungen. Wir wollen, **dass**
1328 **alle sächsischen Kommunen bis 2030 klimaneutral werden**. Dafür benötigen wir verpflichtende
1329 Konzepte zur Verringerung des Energieverbrauchs, ökologisch nachhaltige Haushaltsplanung
1330 (Green Budgeting) sowie die offene Beteiligung der Bürger:innen durch Klimaräte. Nur mit den
1331 Menschen, nicht über ihre Köpfe hinweg, kann der Klimaschutz gelingen. Außerdem soll der
1332 Freistaat nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz eine **Landeszentrale für Umweltaufklärung**
1333 schaffen.

1334
1335 Wir bleiben dabei: **Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge gehören vollständig in öffentliche**
1336 **Hand, allen voran in die der Kommunen!** Wir kämpfen gegen weitere Privatisierungen. Wir lehnen
1337 es ab, wenn kommunales Eigentum verscherbelt werden soll, um Haushaltslöcher zu stopfen. In
1338 Bereichen wie dem Wohnen und der Gesundheit darf es nicht darum gehen, Profite zu maximieren.
1339 **Unser Leitbild sind kommunale Eigenbetriebe**, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen und unter
1340 direkter Kontrolle der demokratisch gewählten Gemeindevertreter:innen stehen. **Ausgliederungen,**
1341 **auch als hundertprozentige Tochterunternehmen, lehnen wir ab.** Sie verschlechtern oft nur die
1342 Arbeitsbedingungen und die Leistungen. Eine Alternative stellt für uns nur das Modell der
1343 Genossenschaft dar, an der die Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind.

1344 Das Leben der Menschen spielt sich vor Ort in den Städten, Dörfern und Landkreisen ab. Dort
1345 finden sie Heimat. Sie erfahren gesellschaftlichen Zusammenhalt oder eben auch nicht. In den
1346 Kommunen zeigen sich die sozialen Konflikte zuerst. Um die Institutionen der sozialen Versorgung
1347 insbesondere im ländlichen Raum langfristig zu sichern, bedarf es einer **besseren Vernetzung aller**
1348 **Akteurinnen und Akteure vor Ort**. Das beginnt beim zivilgesellschaftlichen Engagement und reicht
1349 bis zu den gemeinnützigen und regional verankerten privaten Leistungserbringern und
1350 Kostenträgern. Durch gemeinsames Handeln über Strukturen hinweg muss die Versorgung
1351 sichergestellt werden: so beim Wohnen, der Mobilität, den sozialen Diensten, der Pflege, der
1352 Medizin, den generationsübergreifenden Treffpunkten und denen für Kinder und Jugendliche, den
1353 Angeboten der Rechtspflege und in vielen anderen Bereichen mehr.

1354
1355 Um dies abzusichern, müssen zukünftig **Sozialräume** definiert werden. In diesen Sozialräumen
1356 muss Verantwortung gebündelt werden. So können die Spielräume für das Handeln vor Ort
1357 erweitert werden. Finanziell sichergestellt wird dies durch **Sozialraumbudgets**. Die demokratischen
1358 Gremien der Landkreise, kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte sollen entscheiden
1359 dürfen, wie diese Mittel verwendet werden. Auf diesem Weg können die kommunalen
1360 Gebietskörperschaften besser als bisher auf regionale und lokale Defizite reagieren, insbesondere
1361 bei der sozialen Daseinsvorsorge. Die Mittel für die Sozialraumbudgets müssen dauerhaft
1362 garantiert und über den kommunalen Finanzausgleich verteilt werden.

1363
1364 **Die Infrastruktur in Dörfern und kleinen Städten muss gesichert werden!** Deshalb wollen wir,
1365 dass bestehende Läden und andere Einrichtungen gefördert werden. In kleinen Orten ist es für sie
1366 schwer, allein durch kommerziellen Erfolg zu überleben. Aber sie haben es verdient, vom Freistaat
1367 unterstützt zu werden, wenn sie weitere Aufgaben zugunsten des Gemeinwohls übernehmen: so
1368 etwa, wenn sie Produkte von regionalen Erzeuger:innen vermarkten, wenn sie Räumlichkeiten
1369 kostenfrei als Treffpunkt für die Ortsgemeinschaft oder für kulturelle Veranstaltungen zur
1370 Verfügung stellen, oder wenn sie als Mittler zu Verwaltung für all jene fungieren, die
1371 Behördengänge nicht ohne Weiteres online erledigen können. Nur lebendige Dörfer und Städte mit
1372 funktionierender Infrastruktur können ihre Einwohnerschaft halten und attraktiv für neue Menschen
1373 werden.

1374
1375 Die Kommune, wie wir sie wollen, ist selbstbestimmt in ihrem Handeln. Sie wird von ihren
1376 Bürgerinnen und Bürgern gestaltet, die dabei von der Verwaltung nicht behindert, sondern
1377 unterstützt werden. Die kleinste Zelle unserer Gesellschaft muss wieder den Menschen gehören,
1378 die in ihr leben!

1379
1380 **Gesundheit**

1381
1382 Seit Jahrzehnten wird das Gesundheitswesen unter Druck gesetzt, Profite zu machen. Wir aber
1383 sagen: **Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Recht – Menschen müssen über Profiten stehen!**
1384 Die medizinische Versorgung ist keineswegs besser geworden, seitdem sie den Gesetzen des
1385 Marktes überlassen wurde – im Gegenteil: In der Pflege fehlt es an Personal, Facharzttermine sind
1386 Mangelware, viele Menschen finden keinen Hausarzt mehr. Der Weg zum nächsten Krankenhaus
1387 wird immer länger, weil Kliniken aus Kostengründen geschlossen werden, obwohl die Menschen
1388 vor Ort sie dringend brauchen.

1389
1390 Die Lösung dieser Probleme sehen wir in einer **sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung**,
1391 die die Patient:innen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt, nicht den Profit. Daher wollen
1392 wir **alle Krankenhausstandorte in Sachsen erhalten**, wenn auch zum Teil mit verändertem
1393 Leistungsangebot, z.B. als 24-Stunden-Notfall-Poliklinik. Ersatzlose Schließungen lehnen wir ab, da

1394 in Sachsen bereits seit 1990 etwa ein Drittel der damals vorhandenen 112 Kliniken dichtgemacht
1395 wurden und weitere Schließungen die grundlegende medizinische Versorgung gefährden würden.
1396 **Polikliniken, ob mit Notaufnahme oder ohne, sind für uns im Osten eine bekannte Alternative,**
1397 **die stationäre und ambulante Versorgung intelligent verbindet.** Sie können zwar Krankenhäuser
1398 nicht völlig ersetzen, aber dennoch einen wertvollen Beitrag zur regionalen Gesundheitsversorgung
1399 leisten und den Mangel an Haus- und Fachärzten kompensieren. Wenn die Grundversorgung durch
1400 Krankenhäuser und Polikliniken in allen Regionen Sachsens gesichert ist, halten wir es für sinnvoll,
1401 Spezial- und Maximalversorgung an wenigen Standorten zu konzentrieren, die eine besonders
1402 hohe Qualität bieten.

1403
1404 Ob Kleinstadtkrankenhaus oder Universitätsklinik mit Maximalversorgung: **Der Freistaat muss**
1405 **endlich seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, Investitionen in die Modernisierung der**
1406 **Krankenhäuser ausreichend zu finanzieren.** Wir fordern eine konkrete gesetzliche Regelung der
1407 Investitionskostenzuschüsse. Zusätzlich wollen wir den Krankenhäusern **Zuschüsse für den**
1408 **Ausbau der Digitalisierung** gewähren. **Verboten werden sollen finanzielle Ausschüttungen aus**
1409 **dem Betrieb von Kliniken.** Ein Krankenhaus soll kostendeckend wirtschaften, gute
1410 Arbeitsbedingungen für seine Beschäftigten bieten und Patient:innen bestmöglich versorgen, aber
1411 nicht Aktionär:innen Dividenden einbringen oder Löcher in den Haushalten von Landkreisen
1412 stopfen!

1413
1414 Uns ist bewusst, dass dies die privaten Krankenhauskonzerne abschrecken wird – und das ist auch
1415 gut so! Denn die Linke macht sich dafür stark, die Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand
1416 zurückzuführen. Kommunen und Landkreise, die diesen Schritt zur **Rekommunalisierung** gehen
1417 wollen, sollen durch einen **Rekommunalisierungsfonds** in Höhe von mindestens 100 Millionen Euro
1418 vom Freistaat unterstützt werden. Zusätzlich setzen wir uns für finanzielle Unterstützung durch
1419 den Bund ein.

1420
1421 Das bisherige Finanzierungssystem der Fallpauschalen setzt Fehlanreize und ist gescheitert. Wir
1422 begrüßen es daher, dass der Bundesgesundheitsminister nun endlich teilweise von ihnen abrückt,
1423 obwohl er vor 20 Jahren an ihrer Einführung beteiligt war. Doch wir fordern mehr: **Wir wollen**
1424 **individuelle, bedarfsgerechte und kostendeckende Budgets,** die jährlich zwischen den einzelnen
1425 Krankenhäusern und den Krankenkassen vereinbart werden. **Das ist finanzierbar, wenn die**
1426 **Krankenversicherung endlich solidarisch organisiert wird, sodass gilt: Eine für Alle!** Wir wollen
1427 die Zweiklassenmedizin überwinden und alle Menschen in die gesetzliche Krankenversicherung
1428 aufnehmen. Außerdem setzen wir uns für eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze ein.
1429 Die bewirkt, dass nur auf Einkommen bis zu einer bestimmten Obergrenze Beiträge abgeführt
1430 werden müssen. Alles darüber bleibt beitragsfrei. Das finden wir ungerecht, denn wer ein sehr
1431 hohes Einkommen erzielt, kann auch stärker zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen.

1432
1433 Mängel gibt es in Sachsen nicht nur bei der stationären Versorgung, sondern auch bei der
1434 ambulanten Versorgung mit Haus-, Fach- und Zahnarztpraxen, besonders im ländlichen Raum. Seit
1435 2019 hat sich die Zahl der unbesetzten Hausarztstellen fast verdoppelt. Einige Maßnahmen wurden
1436 schon ergriffen. So ist es richtig, dass die Zahl der Studienplätze für Medizin erhöht und eine
1437 Landarztquote eingeführt wurde. Doch dies wirkt erst langfristig, wirksame Lösungen werden
1438 schon jetzt benötigt. Dringlich ist eine umfassende **Digitalisierung der Praxen,** die vom Freistaat
1439 finanziell unterstützt werden muss. In allen Bereichen der medizinischen Versorgung ist eine
1440 **Entbürokratisierung** nötig. Die Beschäftigten in den Gesundheitsberufen sollten weniger Zeit für
1441 Formulare aufwenden müssen, um mehr Zeit für ihre Patientinnen und Patienten zu haben.
1442 Weiterhin muss das Herstellen von Barrierefreiheit in den Praxen besser unterstützt werden.
1443 **Innovative Praxismodelle** wie Gemeinschaftspraxen, Praxismgemeinschaften, rollende Arztpraxen

1444 oder Gemeindeschwestern und -pfleger sind stärker zu fördern. Viele Ärzt:innen wollen in Teilzeit
1445 arbeiten, um Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können. Um die Niederlassung
1446 von Ärztinnen und Ärzten zu fördern, sind die sogenannten „**weichen Standortfaktoren**“ von
1447 großer Bedeutung: Überall in Sachsen müssen die Kinderbetreuung, der öffentliche Nahverkehr
1448 und die kulturellen Angebote gesichert werden. Wir wollen die **Anerkennung der Abschlüsse in**
1449 **Sachsen lebender ausländischer Ärzt:innen erleichtern und beschleunigen.**

1450
1451 Oft wird vergessen, dass eine Arztpraxis mehr ist als nur der Arzt oder die Ärztin. **Die Arbeit der**
1452 **Medizinischen Fachangestellten (MFA) muss aufgewertet und das Berufsbild durch**
1453 **Weiterbildung und Akademisierung gestärkt werden.** Entsprechende Studiengänge sollten
1454 eingerichtet, Hausbesuche durch Medizinische Fachangestellte gefördert werden.
1455

1456 Wir stehen für die **Umsetzung des nationalen Gesundheitsziels „Gesund rund um die Geburt“.**
1457 Dabei sollen Schwangere, Mütter und Neugeborene umfassend und ganzheitlich betreut und
1458 versorgt werden. Dazu gehören Maßnahmen der Prävention und Früherkennung, die
1459 interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Gesundheitsberufe sowie Information und
1460 Aufklärung. Besonders wichtig ist es dabei für uns, dass für die Menschen in Sachsen
1461 **flächendeckend und wohnortnah Geburtskliniken und -zentren sowie freiberufliche Hebammen**
1462 zur Verfügung stehen und somit die **Wahlfreiheit des Geburtsorts** sichergestellt wird. Denn die
1463 Versorgungslage in Sachsen ist auch hier leider zunehmend prekär. Eine Möglichkeit Schwangere,
1464 Mütter, Neugeborene und deren Familien, aber auch die Kliniken zu entlasten, sehen wir in der
1465 flächendeckenden Einrichtung **hebammengeleiteter Kreißsäle. Die Ausbildung der Hebammen ist**
1466 **zu verbessern**, indem mehr Studienplätze und zusätzliche Angebote der Weiterbildung geschaffen
1467 werden. Weiterhin setzen wir uns für die **Einrichtung einer Landesarbeitsgruppe**
1468 **„Hebammenversorgung“** ein, in der Hebammen und Landespolitik gemeinsam an der
1469 Verbesserung der geburtshilflichen Versorgung arbeiten.
1470

1471 **Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), neben stationärer und ambulanter Versorgung die**
1472 **dritte Säule des Gesundheitssystems in Deutschland, muss wieder gestärkt werden**, nachdem
1473 er jahrzehntelang vernachlässigt, ausgedünnt und kaputtgespart wurde. Denn er erfüllt – wie sich
1474 gerade erst während der Corona-Pandemie gezeigt hat – wichtige Aufgaben, u.a. im Bereich der
1475 gesundheitlichen Aufklärung und Beratung, beim Infektionsschutz sowie bei der Prävention. Um die
1476 Zusammenarbeit der lokalen Gesundheitsämter bei diesen Aufgaben zu koordinieren, benötigt
1477 Sachsen endlich ein **Landesgesundheitsamt.**
1478

1479 Wir wollen auch die **psychosoziale und psychiatrische Versorgung verbessern.** Die Zahl der
1480 psychischen Erkrankungen ist in den vergangenen Jahren auch in Sachsen stark gestiegen – die
1481 Zahl der Therapieplätze aber nicht. Psychische Erkrankungen sind nicht nur ein individuelles,
1482 sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Sie werden durch prekäre und überlastende
1483 Arbeitsverhältnisse, Armut, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen verstärkt. Auch die gesamte
1484 Gesellschaft leidet, wenn Menschen dauerhaft krank werden und nur noch eingeschränkt oder gar
1485 nicht mehr arbeiten können – gerade in sozialen Berufen, wo die psychische Belastung besonders
1486 hoch ist. Obwohl Prävention sowie frühzeitige Intervention und Behandlung wichtig sind, um
1487 komplizierte Krankheitsverläufe zu verhindern, warten Betroffene oft lange auf einen
1488 kassenärztlichen Behandlungs- oder Therapieplatz, besonders im ländlichen Raum.
1489 Der **Dritte Landespsychiatrieplan** soll schnellstmöglich erscheinen und auch Antworten auf
1490 aktuelle Herausforderungen geben, etwa auf die Fragen, wie die Folgen der Corona-Pandemie
1491 bewältigt und Geflüchtete versorgt werden können. Wir setzen uns für eine **gewaltfreie,**
1492 **gemeindenah psychiatrische und psychosoziale Versorgung und eine funktionierende**
1493 **Krisenintervention** ein. Zur besseren Koordination wollen wir eine **„Landesfachstelle**

1494 **Sozial-/Gemeindepsychiatrie** einsetzen. **Innovative Behandlungskonzepte** sollen mit
1495 Modellprojekten gefördert werden. Wir möchten, dass **Genesungsbegleiter:innen** während der
1496 Behandlung eine größere Rolle spielen. Ihre Ausbildung wollen wir vorantreiben und finanziell
1497 absichern.

1498 Bei Legalisierung von Cannabis durch den Bundesgesetzgeber, wollen wir entsprechende
1499 **Kapazitäten der Suchthilfe ausbauen und spezielle Präventionsangebote insbesondere für**
1500 **Kinder und Jugendliche schaffen.**

1501
1502 Es gibt derzeit eine große Nachfrage nach Kuren, verstärkt wohl durch die Corona-Pandemie und
1503 ihre Folgen. **Kur- und Rehabilitationseinrichtungen müssen durch den Freistaat unterstützt**
1504 **werden, um Angebote zu erhalten und Kapazitäten auszubauen.**

1505
1506 Die Erderhitzung sorgt dafür, dass auch in Sachsen außergewöhnliche Wetterereignisse
1507 wahrscheinlicher werden. Jährlich sterben in Deutschland mehrere Tausend Menschen an den
1508 Folgen extremer Hitze. Der Freistaat soll sich durch einen **Landeshitzeschutzplan** besser darauf
1509 vorbereiten und Maßnahmen planen, die die Bevölkerung vor extremer Hitze schützen.

1510
1511 Die Gesundheitsversorgung für trans- und intergeschlechtliche Personen muss gesichert werden.
1512 Dazu wollen wir ein **Kompetenzzentrum für Gendermedizin** aufbauen, das zu einer
1513 geschlechtersensiblen Ausbildung, Lehre und Forschung in diesem Bereich beiträgt, und mehr
1514 Angebote der Aus- und Weiterbildung für die Heilberufe schaffen.

1515
1516 Alle Schwangeren sollen bei Bedarf ungehinderten und barrierearmen Zugang zu einer
1517 wohnortnahen und weltanschaulich neutralen **Schwangerschaftskonfliktberatung** haben. Im Falle
1518 der Entscheidung für einen Abbruch muss dieser ebenso ungehindert, barrierefrei und wohnortnah
1519 in einer Klinik oder Praxis durchführbar sein. Daher setzen wir uns dafür ein, auch in Zukunft ein
1520 flächendeckendes Angebot an ambulanten und stationären Einrichtungen nach Vorgaben des
1521 Schwangerenkonfliktgesetzes zu sichern. Da Schwangerenberatung eine gesetzlich
1522 vorgeschriebene Pflichtaufgabe ist, die zudem hochqualifizierter Fachkräfte bedarf, muss sie auch
1523 vollständig vom Staat finanziert werden.

1524
1525 Wir setzen uns für eine **Stärkung der HIV-Prävention** ein. Schwerpunktpraxen sind derzeit
1526 überlastet, in manchen Regionen fehlen sie völlig. Wir wollen den Zugang zur
1527 Präexpositionsprophylaxe erleichtern, indem den Gesundheitsämtern diese Aufgabe übertragen
1528 wird. Dadurch können Ärzt:innen sich auf therapeutische Maßnahmen für die Betroffenen
1529 konzentrieren. Modellprojekte wie „Checkpoint plus“ der Aidshilfe Dresden wollen wir fördern.

1530 Pflege

1531
1532
1533 Über 300.000 Menschen in Sachsen sind pflegebedürftig. Weil die sächsische Bevölkerung im
1534 bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich alt ist, wird sich diese Zahl noch erhöhen. Gleichzeitig
1535 sinkt die Zahl der Berufstätigen in der Pflegebranche, obwohl in Zukunft eigentlich mehr Pflegenden
1536 benötigt werden. Die Inflation treibt die Kosten für die Pflege nach oben, viele Pflegebedürftige
1537 können sie nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. Dass die Löhne für die in der Pflege
1538 Beschäftigten in den vergangenen Jahren gestiegen sind, ist erfreulich. Dennoch liegen sie in
1539 Sachsen noch immer unter dem Niveau im Westen der Republik. Die Arbeitsbelastung in Zeiten der
1540 Corona-Pandemie war hoch, sie könnte durch den Fachkräftemangel sogar noch wachsen.

1541
1542 **Die Politik muss sich endlich darum kümmern, die Menschen zu entlasten, die in der Pflege**
1543 **beschäftigt sind.** Nötig sind bessere Arbeitsbedingungen und eine Anpassung des Lohnniveaus an

1544 das höhere Niveau im Westen, mindestens aber 3000 Euro brutto im Monat. Digitalisierung,
1545 Entbürokratisierung und technische Pflegeunterstützung müssen dazu genutzt werden, den
1546 Beschäftigten ihre Arbeit zu erleichtern. Zudem sollte ihnen Fort- und Weiterbildung erleichtert und
1547 gesundheitliche Prävention ermöglicht werden. **Es gelingt derzeit nicht, genügend Fachkräfte für**
1548 **die Pflege auszubilden oder zu gewinnen – das muss sich ändern.** Wir wollen mehr Plätze in
1549 Ausbildung, Studium, Weiterbildung und Anpassungsqualifizierungen schaffen. Die Kosten für die
1550 Ausbildungsvergütung sollten durch den Freistaat übernommen werden. Außerdem muss er
1551 finanzielle Anreize bieten, eine Ausbildung, Weiterbildung oder Qualifizierung in der Pflege
1552 aufzunehmen. Wir wollen eine einjährige, **landesrechtlich anerkannte Pflegeassistentenausbildung**
1553 **einführen.**

1554
1555 Die Mehrheit der Pflegebedürftigen wird jedoch **von Angehörigen oder nahestehenden Personen**
1556 **zu Hause gepflegt. Diese gilt es, besser zu unterstützen.** Pflegende sollten sich vom Beruf mit
1557 einem Recht auf Rückkehr freistellen lassen können, wie dies beim Mutterschutz bereits garantiert
1558 ist. Sie sollten Entgeltersatzleistungen erhalten und ihre Pflegezeiten rentenrechtlich – ähnlich wie
1559 Erziehungszeiten – angerechnet bekommen. Außerdem sollten ihnen Beratungs- und
1560 Weiterbildungsangebote und Maßnahmen der Gesundheitsförderung zur Verfügung stehen. Die
1561 Mehrzahl der pflegenden Angehörigen sind Frauen. Unser Ziel ist eine **geschlechtergerechte**
1562 **Verteilung auch dieser Sorgearbeit.**

1563
1564 Grundsätzlich sollte gelten, dass die häusliche bzw. ambulante Pflege Vorrang vor der stationären
1565 Unterbringung hat, damit Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben
1566 können. Dazu wollen wir die **Nachbarschaftshilfe als niedrigschwellige Entlastungshilfe für**
1567 **Pflegebedürftige sowie andere alternative Formen der ambulanten Pflege wie Quartierspflege**
1568 **oder sorgende Gemeinschaften stärken.** Ebenso ist eine **Öffnung der Krankenhäuser für die**
1569 **Übergangs- und Kurzzeitpflege** zu prüfen.

1570
1571 Wir wollen in Sachsen eine **regional differenzierte Pflegebedarfsplanung** einführen, auf deren
1572 Grundlage ein **Landespflegekonzept** erstellt werden soll. Diese regionale Bedarfsplanung soll alle
1573 wesentlichen Bereiche wie notwendige Kapazitäten, Fachkräfteangebot und Nachwuchssicherung
1574 sowie bestehende Pflege- und Präventionsangebote erfassen und analysieren. Weiterhin gilt es,
1575 ein flexibles sektorenübergreifendes und **transparentes Leistungs- und Abrechnungssystem für**
1576 **die ambulante Pflege** zu schaffen. Die Leistungen der mobilen Pflegedienste sollen nach
1577 Zeitaufwand vergütet und auch Fahrtkosten berücksichtigt werden.

1578
1579 Die Interessen von Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen sowie der in der Pflege
1580 Beschäftigten brauchen mehr Gehör! Deshalb wollen wir eine:n **Landespflegebeauftragte:n**
1581 einsetzen, der vom Landtag gewählt wird und sich um die Wahrung dieser Belange kümmert.

1582
1583 Die Kosten der Pflege sind in den vergangenen Jahren explodiert, die zu entrichtenden
1584 Eigenanteile wachsen enorm. Viele Pflegebedürftige müssen deshalb, nachdem sie ein Leben lang
1585 gearbeitet haben, noch Sozialleistungen beantragen. Das ist entwürdigend. Daher setzen wir uns
1586 langfristig für eine **solidarische Pflegevollversicherung** ein, die alle Pflegeleistungen deckt und in
1587 die alle einzahlen, auch Beamte:innen, Selbstständige und Politiker:innen. Bis dahin setzen wir uns
1588 für eine **Deckelung der Eigenanteile durch den Bund** ein. Solange das nicht passiert, muss der
1589 Freistaat den Pflegeeinrichtungen bzw. deren Trägern **Zuschüsse zu den Investitionskosten**
1590 analog zur Krankenhausfinanzierung gewähren, um die Eigenanteile zu reduzieren. Zudem fordern
1591 wir ein **Landespflegegeld.**

1592

1593 **Inklusion**

1594

1595 Wir kämpfen für eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch Rahmenbedingungen findet, in
1596 denen er seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente entfalten kann, niemand außerhalb der
1597 Gesellschaft steht und alle sich einbringen können. Wir gestalten inklusive Strukturen entsprechend
1598 des Slogans der autonomen Behindertenbewegung "Nichts über uns ohne uns!". Menschen mit
1599 Behinderungen sollen am politischen, sozialen und kulturellen Leben gleichberechtigt teilhaben und
1600 dieses aktiv und selbstbestimmt mitgestalten. Dazu brauchen wir in Sachsen einen
1601 **grundsätzlichen Paradigmenwechsel**, wie er im Bundesteilhabegesetz und in der UN-
1602 Behindertenrechtskonvention vorgesehen ist: **Selbstbestimmung und Selbstermächtigung statt**
1603 **Almosen**. Wir wollen Menschen mit Behinderungen aus abgeschlossenen Sonderwelten holen und
1604 stattdessen eine **Gesellschaft für alle** schaffen.

1605

1606 Wir wollen die **UN-Behindertenrechtskonvention in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf**
1607 **allen politischen Ebenen** umsetzen. Dazu gehört die Abschaffung trennender Strukturen in den
1608 Bereichen Arbeit, Wohnen und Bildung, die Menschen mit Behinderungen ausschließen. Das
1609 Sächsische Inklusionsgesetz muss überarbeitet und seine Geltung auf den kommunalen Bereich
1610 ausgeweitet werden. Auch die Maßnahmen des Landesaktionsplans der Sächsischen
1611 Staatsregierung sind in Form konkreter Gesetzesvorhaben umzusetzen. Ziel muss es dabei sein,
1612 Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und ihre
1613 gleichberechtigte Teilhabe zu garantieren. Ihre Belange sind bei allen Entscheidungen in Politik,
1614 Wirtschaft und Verwaltung konsequent zu berücksichtigen. **Inklusion ist nichts, was von der**
1615 **Kassenlage abhängen darf**. Menschenrechte müssen für alle gewährleistet werden. Die
1616 **mehrfache Diskriminierung** aufgrund von Behinderung, Geschlecht, Sprache oder sexueller
1617 Orientierung muss besonders berücksichtigt werden, da sie oft zu spezifischen Problemlagen führt.

1618

1619 Erwerbsarbeit und ein entsprechendes Einkommen sichern die soziale Teilhabe und schützen vor
1620 Armut. Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen werden aufgrund vielfältiger
1621 Barrieren und Vorurteile an einer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsleben gehindert, obwohl
1622 ihnen dieses Recht gemäß UN-Behindertenrechtskonvention zusteht. Sie werden damit in ihrer
1623 Selbstbestimmung eingeschränkt. Daher ist unser Ziel die **gleichberechtigte Teilhabe von**
1624 **Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt**. Das bedeutet die konsequente Umsetzung des
1625 Rechts auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und die Gestaltung eines offenen, für alle zugänglichen
1626 Arbeitsmarkts und Arbeitsumfelds.

1627

1628 Das **Bundesteilhabegesetz (BTHG)** sieht personenzentrierte Teilhabeleistungen vor. Wir begrüßen
1629 dies, wissen aber auch, dass die Träger der Eingliederungshilfe, insbesondere die Kommunen,
1630 dabei vor hohen Mehrkosten stehen. **Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes muss der**
1631 **Freistaat sie stärker unterstützen** und auf Basis von Evaluationsstudien nachbessern. Zudem
1632 müssen angemessene personelle Kapazitäten bereitgestellt werden.

1633 Der Fachkräftemangel macht sich leider auch in der Eingliederungshilfe bemerkbar. Deshalb wollen
1634 wir den Beruf der **Heilerziehungspflege durch Kampagnen und eine Reform der Ausbildung**
1635 **attraktiver machen**.

1636

1637 Wir wollen Barrierefreiheit in sämtlichen Lebensbereichen vollumfänglich umsetzen. Barrierefreiheit
1638 muss bei baulichen und sonstigen Anlagen, bei Fahrzeugen, Verkehrsmitteln, technischen
1639 Gebrauchsgegenständen, Informations- und Kommunikationssystemen, akustischen und visuellen
1640 Informationsquellen sowie in allen anderen Lebensbereichen verwirklicht werden. Nur so sind sie
1641 unabhängig von der Art der Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere
1642 Erschwernis und ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar. Barrierefreiheit muss von

1643 Beginn an bei der Planung neuer Bauprojekte zwingend berücksichtigt werden. Deshalb setzen wir
1644 setzen uns für eine **Überführung der DIN 18040 (Barrierefreies Planen, Bauen und Wohnen) in**
1645 **das sächsische Baurecht** und die Schaffung entsprechender Gutachter- und Beratungsstellen ein,
1646 die schon während der Planungsphase verpflichtend konsultiert werden müssen. Wir wollen
1647 deutlich mehr **barrierefreien Wohnraum** schaffen und inklusive Wohnquartiere,
1648 Wohngemeinschaften und Wohnprojekte fördern, damit Menschen mit Behinderungen
1649 entsprechend einer echten und ihnen zustehenden Wahlfreiheit selbstständig und selbstbestimmt
1650 ihre Wohnform wählen können.

1651
1652 Wir setzen uns dafür ein, das **Barrierefreiheitsstärkungsgesetz** im öffentlichen wie auch privaten
1653 Bereich **verbindlich umzusetzen**. Die zahlreichen Ausnahmeregelungen und langen
1654 Übergangsfristen sind dabei kritisch zu prüfen. Wir wollen schnellere Fortschritte bei der **digitalen**
1655 **Barrierefreiheit**. Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung digitaler Medien für die soziale Teilhabe
1656 eindringlich gezeigt. Zudem wollen wir eine unabhängige Landesfachstelle Barrierefreiheit
1657 einrichten, wie sie bereits auch schon auf Bundesebene sowie in den Gleichstellungsgesetzen
1658 vieler anderer Bundesländer verankert ist. Durch die damit ermöglichte Bereitstellung kompetenter
1659 Beratungsangebote wird die Herstellung von Barrierefreiheit und die Einhaltung notwendiger
1660 Standards gezielt gefördert.

1661
1662 Wir wollen das Recht auf Bildung ohne Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen
1663 umsetzen. Daher setzen wir uns für ein qualitativ hochwertiges, inklusives Bildungssystem in allen
1664 Bildungsbereichen ein, sodass die tatsächliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
1665 ermöglicht und die institutionelle Ausgrenzung überwunden wird. Auch die **politische**
1666 **Mitbestimmung von Menschen mit Behinderung wollen wir stärken**. Dazu muss u.a. das
1667 Übersetzen von (behördlichen) Dokumenten und Websites in Leichte Sprache ausgebaut,
1668 Gebärdensprachdolmetschende bei allen politischen Veranstaltungen standardmäßig eingesetzt
1669 und Parteiprogramme der Kommunal- und Landtagswahlen verpflichtend in Gebärdensprache
1670 übersetzt werden.

1671
1672 Das sächsische Landesblindengeldgesetz muss überarbeitet werden. Ertaubte Menschen müssen
1673 in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen werden. Wir wollen das **Landesblindengeld**
1674 **auf 600 Euro monatlich, den Nachteilsausgleich für Sehbehinderte auf 250 Euro, für Taubblinde**
1675 **auf 1000 Euro erhöhen**. Außerdem sollen diese Leistungen wieder **an die Inflationsrate angepasst**
1676 **werden, zuzüglich eines weiteren Prozentes pro Jahr**. Damit soll eine **Kopplung an die**
1677 **Rentenanpassung** erfolgen. Wir setzen uns für eine **Mehrwertsteuer von einheitlich 7 % für alle**
1678 **Hilfsmittel ein**, unabhängig vom Anbieter und Ort des Verkaufs. Assistenzen für Taubblinde sollen
1679 für 20 Stunden je Woche bewilligt werden. Eine finanzielle Förderung von Ehrenamtsassistenzen
1680 muss es auch für in der Selbsthilfe tätige Vereine geben.

1681 Wir unterstützen weiterhin die Schaffung von Beratungsangeboten zu Fragen der Partnerschaft,
1682 Sexualaufklärung, Familienplanung und Schwangerschaft für Menschen mit Behinderungen.

1683

1684 **Senior:innen und Rente**

1685

1686 Über ein Viertel der Menschen in Sachsen sind 65 Jahre und älter. Wie für alle anderen Menschen
1687 in Sachsen muss auch für die ältere Generation soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und
1688 demokratische Mitbestimmung gewährleistet werden. Ältere verdienen besonderen Schutz, aber
1689 sollen sich auch aktiv einbringen können. Wir wollen ein **Seniorenmitbestimmungsgesetz** für
1690 Sachsen. Seniorenvertretungen müssen in allen Kommunen und Landkreisen eingerichtet werden,
1691 ihre Mitglieder sollen eine Aufwandsentschädigung erhalten.

1692

1693 Wir setzen uns dafür ein, dass die **barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes** gesetzlich
1694 vorgeschrieben und ausreichend finanziert wird, vor allem im Verkehr, der Kultur und der Nah- und
1695 Gesundheitsversorgung. Wir wollen mehr **Begegnungsmöglichkeiten für ältere Menschen**
1696 schaffen, insbesondere an den Wochenenden. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass weniger
1697 ältere Menschen unter Vereinsamung leiden.

1698
1699 Die Digitalisierung bietet Chancen auch für ältere Menschen, doch ist sie für Seniorinnen und
1700 Senioren oft auch eine Hürde. Die wollen wir abbauen, indem wir mehr Angebote zur Schulung an
1701 digitalen Endgeräten anbieten. Neben einer möglichst **barrierefreien Digitalisierung** müssen aber
1702 weiterhin auch analoge Möglichkeiten zur Beteiligung gegeben sein. Besonders die Verwaltung
1703 muss sich bemühen, ihre Angebote für ältere Menschen leicht zugänglich zu machen.

1704
1705 **Altenhilfepläne und Pflegekoordinator:innen** sind in allen Kreisen sowie kreisfreien Städten zu
1706 etablieren. Maßnahmen der Prävention und pflegerischen sowie medizinischen Versorgung müssen
1707 so angelegt sein, dass Menschen trotz altersbedingter Beeinträchtigungen so lange wie möglich
1708 selbstbestimmt im eigenen, gewohnten Umfeld leben können. Dazu bedarf es auch dringend der
1709 **Schaffung von mehr bezahlbaren, altersgerechten und barrierefreien Wohnungen.**

1710
1711 Zum 1. Juli 2023 wurden die Rentenwerte zwischen Ost und West, über 30 Jahre nach der Einheit,
1712 endlich angeglichen. Dennoch besteht das Rentenunrecht weiter fort: Für tausende ostdeutsche
1713 Rentner:innen ist es immer noch bittere Realität, dass ihre Ansprüche aus DDR-Zusatzrenten- und
1714 Sonderversorgungssystemen nicht anerkannt werden. Der von der Bundesregierung etablierte
1715 **Härtefallfonds** ist ein erster Schritt der Wiedergutmachung, aber ein unzureichender. Viel zu
1716 wenige Anspruchsberechtigte werden anerkannt und entschädigt. Es ist ein Skandal, dass die
1717 sächsische Staatsregierung nicht einmal diesem Härtefallfonds beigetreten ist. **Wir setzen uns**
1718 **dafür ein, dass Sachsen dem Fonds beiträgt und die Entschädigungssumme mindestens**
1719 **verdoppelt wird.** Darüber hinaus kämpfen wir weiter für die **Entschädigung aller Betroffenen**
1720 durch einen Gerechtigkeitsfonds. Solange der Osten Niedriglohnland ist und die Lohnunterschiede
1721 zwischen Ost und West noch groß sind, muss die **Hochrechnung der Ostgehälter in der Rente**
1722 erhalten bleiben. Die bisherige Umrechnung der ostdeutschen Löhne bei der Rentenberechnung
1723 muss also so lange in Kraft bleiben und angewendet werden, bis die Löhne in den ostdeutschen
1724 Bundesländern das entsprechende Niveau der westdeutschen Bundesländer erreicht haben.
1725 Generell setzen wir uns für die **Hochrechnung von Gehältern im Niedriglohnbereich** in der Rente
1726 ein, unabhängig davon, ob die Beschäftigten aus dem Osten oder dem Westen kommen.

1727
1728 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine **sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53%** des
1729 Durchschnittseinkommens ein. **Das Renteneintrittsalter wollen wir absenken: auf 65 Jahre bzw.**
1730 **60 Jahre nach 40 Beitragsjahren.** Erhöhungen des Renteneintrittsalters sind nichts anderes als
1731 verdeckte Rentenkürzungen – wir lehnen sie ab! Wir wollen eine **Solidarische Mindestrente in**
1732 **Höhe von 1200 Euro monatlich.** Um dies zu finanzieren, wollen wir die Rentenversicherung
1733 reformieren: Wir brauchen eine **Solidarische Rentenversicherung**, die auch Beamt:innen,
1734 Politiker:innen und Selbstständige einbezieht. Die Beitragsbemessungsgrenze soll auf 10.000 Euro
1735 monatlich erhöht werden. Sehr hohe Rentenansprüche über dem Doppelten des
1736 Durchschnittsniveaus sollen abgeflacht werden.

1737
1738 **Kinder und Jugend**

1739
1740 Kinder und Jugendliche benötigen Unterstützung und die Anerkennung unserer Gesellschaft. Unser
1741 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Kinder und Jugendlichen ihre Potenziale voll ausschöpfen und
1742 ihr Leben selbstbestimmt und selbstwirksam gestalten können. Wir kämpfen für **Kinder- und**

1743 **Jugendgerechtigkeit** und eine Politik, die aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen
1744 denkt. Politik für junge Menschen ist keine Nebensache, sondern eine Grundvoraussetzung, um
1745 denen, die in Zukunft unsere Gesellschaft gestalten werden, die bestmöglichen Startbedingungen
1746 zu bieten. Deshalb kämpfen wir entschieden dagegen, die Mittel für Jugendangebote zu kürzen
1747 und Jugendliche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Jugendverbände, Jugendclubs,
1748 soziokulturelle Zentren und Vereinshäuser sind wichtige Orte, die wir so ausstatten wollen, dass sie
1749 ihre Aufgaben gut erfüllen können. Wir kämpfen für ein **modernes sächsisches**
1750 **Landesjugendhilfegesetz**. Es muss den Anforderungen an eine inklusive Jugendhilfe und den
1751 unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden.
1752

1753 **Wir wollen die Jugendhilfe und Jugendarbeit stärken!** Die vielfältigen Angebote der Kinder- und
1754 Jugendhilfe sowie der Jugendarbeit sind für junge Menschen unverzichtbar auf dem Weg des
1755 Erwachsenwerdens. Sie sind gesetzliche Pflichtaufgaben, gelten aber vielen Amtsträgern als
1756 vermeintlich „freiwillige“ Leistungen. So werden sie wegen der vielerorts desaströsen kommunalen
1757 Haushaltslage ausgedünnt und abgebaut. Das müssen wir im Interesse der kommenden Generation
1758 verhindern. Wir setzen uns für eine **deutlich höhere Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe** ein.
1759 Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere die Jugendarbeit nach §11-14 des Achten
1760 Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) sind kommunale Pflichtaufgaben und müssen als solche
1761 anerkannt und flächendeckend abgesichert werden.
1762

1763 Bei **der kommunalen Jugendhilfeplanung** muss umgedacht werden. Sie ist fachlich zu begleiten
1764 und zu prüfen. Vor allem aber müssen die tatsächlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen,
1765 die folgerichtig unter deren Beteiligung ermittelt werden müssen, am Anfang aller Planungen
1766 stehen, statt die Leistungen nach der aktuellen Kassenlage zu bemessen. Die verfehlte Sparpolitik
1767 der sächsischen Landesregierung darf Kommunen nicht dazu zwingen, Angebote der Kinder- und
1768 Jugendhilfe zu streichen. Jeder junge Mensch hat das gleiche Recht auf einen **Zugang zu**
1769 **Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe** in seiner Nähe und nach seinen Bedürfnissen.

1770 Wir wollen die **Jugendpauschale erhöhen und jährlich an die Entwicklung von Personal- und**
1771 **Sachkosten anpassen**. Wir setzen uns entschieden **gegen jegliche Kürzungsvorhaben** bei den
1772 Geldern für die Jugendarbeit ein. Auch soll die Jugendpauschale an konkrete fachlich-inhaltliche
1773 Kriterien wie einen Mindestpersonalschlüssel, Mindestangebote sowie daran gebunden werden,
1774 dass ein angemessener Anteil der Mittel für Jugendarbeit verwendet wird. Darüber hinaus müssen
1775 die Mittel für Jugendarbeit nach § 11 und 12 SGB VIII deutlich erhöht werden. Es soll sichergestellt
1776 werden, dass ein angemessener Anteil der Mittel aus der Jugendpauschale für Jugendarbeit nach §
1777 11 SGB VIII verwendet wird. Wir wollen die Förderrichtlinie Jugendpauschale in Zusammenarbeit mit
1778 den Trägern weiterentwickeln.
1779

1780 **Die Arbeitsbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen dringend verbessert werden,**
1781 **um dieses Arbeitsgebiet für Fachkräfte attraktiv zu machen.** Ein sicherer, unbefristeter, tariflich
1782 gebundener Arbeitsplatz muss der Normalfall sein. In stationären Einrichtungen muss mehr
1783 Personal zur Verfügung stehen, damit die Zahl der Fälle pro Sozialarbeiter:in verringert werden
1784 kann. Um den Fachkräftebedarf in der Sozialen Arbeit und in der Kinder- und Jugendhilfe zu
1785 decken, müssen die Ausbildungskapazitäten an sächsischen Hochschulen sowie in der
1786 Erzieher:innenausbildung erweitert werden. Außerdem wollen wir die **Ausbildung kostenfrei**
1787 machen. Um den Einstieg in den Beruf zu erleichtern, setzen wir uns für eine bessere Begleitung
1788 und Betreuung der Absolvent:innen ein.
1789

1790 **Familien- und Erziehungsberatung** finden in den letzten Jahren eine verstärkte Nachfrage. Wir
1791 werden die ombudshaftliche Beratung junger Menschen in Sachsen stärken. Sie unterstützt junge
1792 Menschen und Familien in Konflikten mit der Kinder- und Jugendhilfe und mit dem Jugendamt. **Die**

1793 **Finanzierung der entsprechenden Beratungsstellen soll verbessert werden.** Auch Online-
1794 Angebote sollen zur Verfügung gestellt werden.

1795
1796 Wir wenden uns nachdrücklich **gegen eine Verdrängung von Jugendlichen aus dem öffentlichen**
1797 **Raum.** Stattdessen wollen wir **mehr freie, öffentliche und möglichst selbstbestimmte Räume**
1798 **schaffen**, in denen Jugendliche ihren Interessen nachgehen und sich mit Gleichaltrigen treffen
1799 können. **Keine Jugendkultur ist illegal!** Ob Sport, Kunst, Fußball im Verein, Skateboarden oder
1800 Graffiti – wir lehnen es ab, bestimmte Formen der Freizeitgestaltung oder bestimmte
1801 Jugendkulturen in Spießermanier als „störend“, „unordentlich“ oder als „Vandalismus“ zu
1802 denunzieren.

1803
1804 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind bei allen politischen Entscheidungen stärker zu
1805 berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere auch planerische und bauliche Entscheidungen. Wir
1806 setzen uns für **mehr öffentliche Spielplätze, Sport- und Calisthenics-Plätze, legale Graffiti-**
1807 **Wände und Skate-Anlagen** ein. Eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist es für uns, allen Kindern
1808 und Jugendlichen in Sachsen **kostenlos Mittagessen in Kita und Schule, den Öffentlichen**
1809 **Nahverkehr sowie kulturelle Angebote wie Musikschulen, Bibliotheken oder Sportstätten** zur
1810 Verfügung zu stellen.

1811
1812 Wir kämpfen gegen Kinderarmut und deswegen für **eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen**
1813 **verdient** und alle Kinder aus der Armut holt. Die jetzt durch die Bundesregierung beschlossene
1814 Kindergrundsicherung ist ein Etikettenschwindel, weil von ihrer ursprünglichen Zielsetzung nichts
1815 mehr übrig ist. Außerdem wollen wir **das Angebot und den Kreis der Anspruchsberechtigten beim**
1816 **Familienpass weiter ausbauen.** Beratungsangebote für Familien sollen erweitert werden.
1817 Schließlich fordern wir eine landesweite Berichterstattung zum Thema Kinder- und Jugendarmut.

1818
1819 Sachsen braucht ein reformiertes, für die Zukunft taugliches **Landesjugendhilfegesetz.** Es muss
1820 die 2021 auf Bundesebene erfolgte Änderung des SGB VIII und das Kinder- und
1821 Jugendstärkungsgesetz berücksichtigen. Wir setzen uns für einen **breiten Beteiligungsprozess** bei
1822 der Gesetzesnovelle ein, wie er vorbildhaft in Brandenburg durchgeführt wurde. Dabei müssen
1823 öffentliche und freie Träger, die Wissenschaft, die Verbände, aber besonders auch die Kinder und
1824 Jugendlichen selbst eingebunden werden. Wir wollen von den jungen Menschen wissen, wie sie
1825 sich ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen vorstellen und was sie von einem Gesetz
1826 erwarten, das sich mit ihnen und ihrem unmittelbaren Lebensumfeld beschäftigt.

1827
1828 **Wohnen**

1829
1830 Sachsen braucht eine **Offensive für den Sozialen Wohnungsbau.** Denn gerade in den Großstädten
1831 ist es in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden, eine bezahlbare Wohnung zu
1832 finden. Wir fordern mehr Landesmittel und eine **Reform der Förderbedingungen:** Die Förderung
1833 muss an die gestiegenen Baukosten und die Zuschüsse an die reale Angebotsmietföhe angepasst
1834 werden. Mietpreis- und Belegungsbindungslaufzeiten müssen verlängert werden. Wir setzen uns
1835 für Modellprojekte mit dauerhaften Bindungen ein: **Eine Sozialwohnung muss möglichst lange, am**
1836 **besten für immer eine Sozialwohnung bleiben.** Beim Bau von Sozialwohnungen sollen besonders
1837 öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen gefördert werden. Zugleich muss
1838 der Blick erweitert und auch der Speckgürtel von Großstädten mit einbezogen werden. Auf
1839 Bundesebene setzen wir uns dafür ein, **eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit** einzuführen.
1840 Bisher gilt der Sozialwohnungsbau nur als eine „soziale Zwischennutzung“, in der Regel mit einer
1841 auf 20 Jahre begrenzten Förderung von sozialen Mieten. Durch die neue
1842 Wohnungsgemeinnützigkeit kann ein **auf Dauer angelegter Sozialwohnungssektor** entstehen.

1843 Wohnungsunternehmen, die sich zur Schaffung bezahlbarer Wohnungen verpflichten, sollen
1844 Steuererleichterungen und einen privilegierten Zugang zu Fördermitteln erhalten.

1845
1846 Der Osten der Republik, damit auch Sachsen, steht vor der Herausforderung einer „zweiten
1847 Sanierungswelle“: Viele Bestände, die in den 90er Jahren saniert wurden, müssen nach 30 Jahren
1848 bald noch einmal renoviert werden. Das stellt besonders kommunale und genossenschaftliche
1849 Wohnungsunternehmen vor große Probleme. Es bietet sich aber auch eine Chance dafür, die
1850 Klimaneutralität zu erreichen. Wir setzen uns hierbei für ein **Programm „Seriell Sanieren Ost“**
1851 ein.

1852
1853 Wir wollen Menschen vor explodierenden Mieten schützen – alle Möglichkeiten dazu müssen
1854 genutzt werden. Wir wollen eine **wirksame Mietpreisbremse** einführen, den Kündigungsschutz bei
1855 Eigenbedarfskündigungen verlängern und es verbieten, dass Miet- in Eigentumswohnungen
1856 umgewandelt werden. Außerdem fordern wir ein **striktes Zweckentfremungsverbot von**
1857 **Mietwohnungen**: Es muss Schluss damit sein, dass sie als Ferienwohnungen oder anderweitig
1858 gewerblich missbraucht werden oder aus Gründen der Spekulation leer stehen.

1859
1860 Außerhalb der Großstädte Dresden und Leipzig ist nicht der Mangel an Wohnungen das größte
1861 Problem, hier geht es vor allem darum, Leerstand und Verfall zu verhindern. Nötig ist es,
1862 **Wohnungen altersgerecht** umzubauen, um den immer mehr älteren Menschen gerecht zu werden,
1863 aber auch **familienfreundliche Wohnungen** zu schaffen, um Zuzug zu ermöglichen. Gezielte
1864 **Quartiersentwicklung** kann Wohnungsabriss und Verödung verhindern. Dafür wollen wir
1865 **passgenaue Förderinstrumente ohne hohe Eigenkapitalquoten und bürokratische**
1866 **Antragsverfahren** schaffen, zum Beispiel in Form von **Regionalbudgets**. Das Landesberatungsnetz
1867 für selbstorganisierte Wohnformen soll gestärkt werden. Dabei ist der Blick gerade auf den
1868 ländlichen Raum zu richten. Wir wollen **Fördermöglichkeiten für Baugemeinschaften** schaffen, die
1869 mit dauerhaftem gemeinschaftlichem Eigentum das Ziel verfolgen, generationenübergreifend
1870 zusammenzuleben.

1871
1872 **Zwangsräumungen müssen verboten werden**. Wir wollen ein **Landesprogramm zur Prävention**
1873 **und Hilfe gegen Wohnungslosigkeit** schaffen. **Housing-first-Projekte**, die Obdachlose in einem
1874 ersten Schritt mit einer Wohnung versorgen, sollen landesweit etabliert werden. **Bei der Vergabe**
1875 **von sozialem Wohnraum soll es gerecht zugehen**: Soziale, familiäre und gesundheitliche Kriterien
1876 müssen beachtet, langjährig wohnungslose Menschen besonders berücksichtigt werden. Auch bei
1877 negativem Schufa-Eintrag, Mietschulden oder Bezug von Bürgergeld sind
1878 Wohnberechtigungsscheine mit Belegungs- und Besetzungsrechten zu gewähren. Einer **Senkung**
1879 **der Grunderwerbssteuer für junge Familien** stehen wir offen gegenüber.

1880
1881 Wir wollen eine **Landeswohnungsbaugesellschaft** schaffen. Diese hat die Aufgabe, landeseigene
1882 Grundstücke zu entwickeln, selbst Grundstücke aufzukaufen und die Kommunen bei Planung, Bau
1883 und Sanierung von Wohnungen zu unterstützen. Außerdem soll sie kommunale
1884 Wohnungsunternehmen, die in Not geraten, erwerben oder sich an ihnen beteiligen, um ihren
1885 Betrieb zu sichern.

1886
1887 Wir wollen einen **Fonds zur Tilgung von Altschulden der sächsischen Wohnungsunternehmen**
1888 auflegen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen in Sachsen haben noch rund 445 Millionen Euro
1889 „schuldlose Schulden“ aus DDR-Zeiten, die sie aus Mieteinnahmen tilgen müssen. Diese hemmen
1890 Investitionen und können im schlimmsten Fall zur Privatisierung von Wohnungsbeständen führen.

1891

1892 Ein **Landesprogramm für energetische Sanierung** soll zur Modernisierung von Wohnhäusern
1893 beitragen und Mieten stabil halten. Wir wollen die im Heizungsgesetz der Bundesregierung
1894 gemachten Vorgaben für Mieter:innen sozial abfedern. Angesichts des Klimawandels setzen wir
1895 uns für die Dekarbonisierung der Fernwärmeproduktion, den Netzausbau in diesem Bereich und für
1896 Schwammkonzepte bei der Bebauung ein. **Mieterstrom wollen wir fördern. Auf kommunaler**
1897 **Ebene soll eine verbindliche Hitze- und Wärmeplanung erfolgen.** Wir wollen für Kleinstädte
1898 Begrünungs- und Wasserrückhalteprogramme auf den Weg bringen. Schottergärten wollen wir
1899 verbieten.

1900

1901 Immer noch gibt es in Sachsen viel Leerstand, der eigentlich Potenzial böte. Ein
1902 **Leerstandsmanagement** soll diese Möglichkeiten erkennen und nutzen. Industriebrachen und
1903 sonstige Brachen können umgenutzt oder abgerissen werden, womit Flächen entsiegelt würden.

1904

1905 Der Bedarf an **altersgerechten und barrierefreien Wohnungen** wird in Sachsen in den nächsten
1906 Jahren stark wachsen. Wir wollen die **Förderung des Umbaus von Wohnungen erleichtern und die**
1907 **Förderung deutlich erhöhen.**

1908

1909 Wir setzen uns für die **staatliche Unterstützung des Azubi-Wohnens** ein. Arbeits- und Fachkräfte
1910 lassen sich nur gewinnen, wenn sie ausreichend mit Wohnraum versorgt werden. Wir wollen die
1911 **Schaffung eines landesweiten Ausbildungswerkes** prüfen, das auch als Träger von Azubi-
1912 Wohnformen fungieren soll. Mittel aus dem Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“ sollen
1913 verwendet werden, um Azubi-Wohnheime zu errichten. An ihrem Betrieb sollen sich Land,
1914 Kommunen und Unternehmen finanziell beteiligen.

1915

1916 **Mobilität und Verkehr**

1917

1918 Wir stehen für eine **sozial-ökologische Verkehrswende** und eine staatlich gesicherte
1919 Mobilitätsgarantie. Die Haupttätigkeit des sächsischen Verkehrsministeriums in den letzten 10
1920 Jahren beschränkte sich vor allem darin, Gelder des Bundes für Öffentlicher Personennahverkehr
1921 (ÖPNV) und Radverkehr an die Kommunen weiterzugeben und sich für deren Verkehrspolitik nicht
1922 zuständig zu fühlen. Wir wollen endlich eine aktive Verkehrspolitik des Freistaats, die auf die
1923 Stärkung des ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs ausgerichtet ist. Dazu gehört neben der
1924 Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel auch politischer Gestaltungswille.

1925

1926 Der ÖPNV muss ausgebaut und attraktiver gemacht, der Güterverkehr stärker auf die Schiene
1927 verlagert werden. Wir wollen eine **ÖPNV-Offensive** in Sachsen starten, stillgelegte Bahnstrecken
1928 wieder in Betrieb nehmen und Mindestbedienstandards einführen. In jeder Gemeinde mit mehr als
1929 500 Einwohner:innen soll mindestens im Zwei-Stunden-Takt, bei mehr als 5.000 mindestens jede
1930 Stunde und bei mehr als 10.000 mindestens alle 30 Minuten ein Bus jeden Ortsteil mit dem
1931 nächstgelegenen Bahnhof und dem Ortskern verbinden. Auch am Wochenende, in den Schulferien
1932 und in den Abendstunden muss es ein ausreichendes und zuverlässiges Angebot geben, damit
1933 auch Menschen ohne eigenes Auto überall mobil sein können. Dazu müssen alle Busse und Bahnen
1934 barrierefrei erreichbar sein. Anrufbusse, die nach Wunsch und Bedarf verkehren (On-Demand-
1935 Verkehre), können insbesondere in ländlichen Regionen ein gutes ÖPNV-Angebot unterstützen.
1936 Solche Modelle, bei denen auch autonom fahrende Fahrzeuge zum Einsatz kommen können,
1937 werden wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort und in Verbindung mit Beschäftigungsgarantien
1938 zügig in den Regelverkehr überführen.

1939

1940 Auch der Schienenfernverkehr in Sachsen muss endlich ausgebaut werden, besonders Chemnitz,
1941 Südwestsachsen und die Lausitz brauchen bessere Verbindungen. Die Voraussetzungen dafür

1942 müssen durch flächendeckende Elektrifizierungen der Schienenstrecken geschaffen werden. Als
1943 Zwischenlösung dafür begrüßen wir den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Schienenfahrzeugen.
1944 Der Freistaat muss sich gegenüber dem Bund für eine deutliche Beschleunigung des Ausbaus
1945 einsetzen, notfalls aber auch selbst die Planungen anstoßen.
1946
1947 Wir fordern, dass der Preis des **Deutschlandtickets** fünf Jahre lang nicht steigt und dass es
1948 sachsenweit als **Sozialticket** zum halben Preis angeboten wird. Schüler:innen, Studierende,
1949 Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos den ÖPNV nutzen dürfen,
1950 mindestens jedoch auch ein vergünstigtes Deutschlandticket erwerben können. Wir wollen so
1951 schnell wie möglich einen kostenlosen ÖPNV für alle.
1952
1953 Mobilität ist entscheidend für eine inklusive Gesellschaft. Das Personenbeförderungsgesetz des
1954 Bundes gibt vor, bis zum Jahr 2022 einen barrierefreien Zugang zum ÖPNV zu schaffen. Dieses Ziel
1955 wurde in Sachsen deutlich verfehlt. Damit der ÖPNV wirklich von allen Menschen genutzt werden
1956 kann, muss dieser vollständig barrierefrei werden, was auch die Wege von und zu den Haltestellen
1957 einschließt. Barrierefreie Mobilität ist wesentliche Voraussetzung für eine uneingeschränkte
1958 Teilhabe am öffentlichen Leben, da sie den Zugang zu allen notwendigen Lebensbereichen wie
1959 Arbeit, Wohnen, Freizeit, Sport, Medien und sozialen Kontakten ermöglicht. Barrierefreie Mobilität
1960 bedeutet Lebensqualität und Selbstbestimmtheit. Besonders im Bereich des ÖPNV gibt es
1961 zahlreiche Mobilitätsbarrieren, von denen besonders Menschen mit Behinderungen betroffen sind
1962 und ihnen die selbständige Teilnahme und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erschweren
1963 bzw. sogar verhindern. Im Sinne einer barrierefreien Mobilität sind daher Wegeführungen
1964 notwendig, die allen Menschen das Erreichen ihres Ziels ermöglichen, z.B. durch durchgängige
1965 Blindenleitstreifen, ausreichend verfügbare und nutzbare Bordsteinabsenkungen, barrierefreie
1966 Fahrkartenautomaten oder auch rollstuhlgerechte PKW-Parkplätze.
1967
1968 Ein gutes ÖPNV-Angebot sicherzustellen, soll Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Dazu sind sie
1969 mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. Wir werden ihnen aber auch die Möglichkeit
1970 einräumen, alternative Finanzierungsmodelle für den ÖPNV einzuführen, wie etwa die
1971 **Nutznießerfinanzierung**. Demnach würden auch Firmen oder Personen, die vom ÖPNV-Angebot
1972 profitieren, ohne dass sie es selbst nutzen, einen Beitrag zum ÖPNV leisten.
1973 Wir werden die **Vereinigung der sächsischen Verkehrsverbände** vorantreiben. Dazu werden wir
1974 als ersten Schritt die neu gegründete Sächsische Mobilitätsgesellschaft mit entsprechenden
1975 Kompetenzen ausstatten, um eine Beschaffung und Harmonisierung über Verkehrsverbände
1976 hinweg zu erreichen. Perspektivisch wollen wir einen gemeinsamen mitteldeutschen
1977 Verkehrsverbund mit Sachsen-Anhalt und Thüringen gründen.
1978
1979 Wir werden die **„Region der kurzen Wege“** zum Leitbild für Planung und Entwicklung machen und
1980 die Chancen der Digitalisierung zur Wegevermeidung nutzen. Wir wollen es möglich machen, dass
1981 unvermeidbare Wege sachsenweit möglichst per Fahrrad, zu Fuß oder mit öffentlichen
1982 Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können. Ob in der Stadt oder auf dem Dorf: Jeder Mensch in
1983 Sachsen soll die Möglichkeit haben, auf die Nutzung des PKWs zu verzichten. Das Landesamt für
1984 Straßenbau und Verkehr werden wir in ein neu strukturiertes **Landesamt für nachhaltige Mobilität**
1985 überführen, um den Schwerpunkt der Verkehrspolitik auf ökologisch nachhaltige Verkehrsträger zu
1986 lenken. Das Amt wird die Straßeninfrastruktur erhalten, den ÖPNV zentral organisieren sowie den
1987 Ausbau von Radverkehrsanlagen, sicheren Gehwegen und Fußgängerzonen ermöglichen. Für diese
1988 müssen Planung und Bau deutlich beschleunigt werden, die dafür nötigen Stellen wollen wir
1989 schaffen. In der Verkehrsplanung muss der Fokus auf die Nahmobilität verschoben werden, um
1990 dem Rad- und Fußverkehr mehr Raum auf Sachsens Straßen zu geben, u.a. durch mehr

1991 Zebrastreifen. Dabei unterstützen wir auch die interkommunale Zusammenarbeit sowie
1992 Pilotprojekte zur Stärkung von Rad- und Fußverkehr
1993
1994 Für die Menschen, die nach wie vor auf das Auto angewiesen sind, wollen wir **flächendeckende**
1995 **Möglichkeiten zum Leihen oder Teilen von PKWs** schaffen und den Umstieg auf
1996 batteriebetriebene Fahrzeuge ermöglichen. Dazu gehört der Ausbau einer öffentlichen
1997 Ladeinfrastruktur. Mit der Umstellung der Fahrzeugflotte auf elektrische Kleinfahrzeuge und der
1998 Nutzung von Car-Sharing-Modellen soll die öffentliche Verwaltung zum Vorbild werden.
1999 Den weiteren **Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle** lehnen wir ab. Schon jetzt belastet der
2000 Flughafen die Anwohner:innen, das Klima und die Umwelt. Wir setzen uns für eine deutliche
2001 Nutzungsentgelderhöhung für die Frachtkonzerne ein, damit einerseits die Beschäftigten der
2002 Flughafen AG besser entlohnt werden können und am Flughafen entstehende Kosten nicht am
2003 Ende zulasten der Staatskasse gehen. Wir unterstützen die Anwohner:innen in ihrer Forderung
2004 nach weitergehenden Lärmschutzmaßnahmen und setzen uns für eine konsequente Umsetzung
2005 des geltenden Nachtflugverbots ein, welches Starts und Landungen in der Nacht nur für zwingend
2006 notwendige Expressgüter erlaubt.. Die Nutzung sächsischer Flughäfen für Militärtransporte oder als
2007 Abschiebeflughäfen lehnen wir ab.

2008 2009 Tierschutz

2010
2011 Dass der **Tierschutz eine wichtige Aufgabe der Daseinsfürsorge** ist, wird meist erst bemerkt,
2012 wenn er nicht mehr funktioniert, so etwa, wenn streunende, oft auch leidende Tiere massenhaft im
2013 öffentlichen Raum auftreten. Noch ist es in Sachsen nicht ganz so weit, aber den zumeist
2014 ehrenamtlich im Tierschutz Aktiven fällt es zunehmend schwer, ihre Aufgaben mit den
2015 vorhandenen Mitteln zu erfüllen. Obwohl der Tierschutz in der sächsischen Landesverfassung als
2016 Staatsziel benannt wird, zieht sich der Freistaat bei der Erfüllung dieser Aufgabe aus der Affäre.
2017 Die überwiegend ehrenamtlich tätigen Tierschutzvereine und Tierheime springen für den Staat ein.
2018 Ihre Arbeit wird durch die Landesregierung und die Kommunen auch noch seit Jahrzehnten nicht
2019 ausreichend finanziell unterstützt.

2020
2021 Nach Auffassung von Expert:innen wären Ausgaben von einem Euro pro Einwohner für den
2022 Tierschutz angemessen. Das wären in Sachsen etwa vier Millionen Euro jährlich. Im aktuellen
2023 Doppelhaushalt 2023/2024 ist aber nur etwas mehr als eine Million Euro jährlich eingeplant.
2024 Angesichts der Folgen der Corona-Pandemie und der derzeitigen Inflation ist das völlig
2025 unzureichend. Wir wollen **die Mittel für den Tierschutz deutlich erhöhen** und verlangen eine
2026 **Fördergarantie für Tierheime** und andere Tierschutzeinrichtungen. Ein flächendeckendes und
2027 ausreichendes Angebot muss gesichert werden, indem Investitionen, der Unterhalt, der laufende
2028 Betrieb und die Personalkosten finanziert werden.

2029
2030 Die Kommunen müssen ihrer Verpflichtung nachkommen, sich um Fund- und Verwahrtiere zu
2031 kümmern. Schließen sie Verträge mit Tierheimen bzw. Tierschutzvereinen ab, die diese Aufgabe
2032 stellvertretend erfüllen, dann muss garantiert sein, dass die Versorgung kostendeckend und
2033 fachgerecht erfolgt. **Die Aufwendungen dafür sind den Kommunen vollständig vom Freistaat zu**
2034 **erstatten.** Weiterhin soll eine **zentrale Aufnahmestelle für Reptilien, exotische und gefährliche**
2035 **Tiere** geschaffen werden, da deren Zahl steigt und sie den Tierheimen besonders hohe Kosten
2036 verursachen. Auch das Netz an Anlaufstellen für Wildtiere soll ausgebaut und besser gefördert
2037 werden.

2038
2039 Wir begrüßen, dass – wie von uns seit Langem gefordert – in Sachsen das Amt eines/einer
2040 Landestierschutzbeauftragten eingeführt wird. Wir setzen uns weiterhin für die staatliche

2041 Anerkennung von Tierschutzorganisationen und die Gewährung eines **Verbandsklagerechts** für
2042 solche anerkannten Organisationen ein.

2043

2044 **Die Rassehundeliste wollen wir abschaffen. Stattdessen soll ein Sachkundenachweis für**
2045 **Hundehalter:innen verpflichtend werden**, wenn ihr Hund, gleich welcher Rasse, auffällig
2046 geworden ist, etwa durch Bisse. Probleme gibt es in Sachsen örtlich mit Kolonien streunender
2047 Katzen. Das Engagement von Ehrenamtlichen, so etwa in Kastrationsprogrammen, nützt nichts,
2048 wenn beständig aus Privathaushalten Nachschub an fortpflanzungsfähigen, freilaufenden Tieren
2049 kommt. Daher wollen wir betroffenen Kommunen im Rahmen eines **Katzenschutzgesetzes** die
2050 Möglichkeit geben, tierschutzrechtlich eine Registrier- und Kastrationspflicht für freilaufende
2051 Hauskatzen anzuordnen. Ein solches Gesetz hat die Linksfraktion im Sächsischen Landtag bereits
2052 2023 eingebracht. Die Kosten hierfür sollen den Bürger:innen durch die Kommunen, diesen
2053 wiederum durch den Freistaat erstattet werden.

2054

2055 Im Bereich der tierärztlichen Notversorgung gibt es in Sachsen zunehmend Engpässe. Auch die
2056 Zahl der Tierkliniken geht zurück, insbesondere solcher, die einen 24-Stunden-Notdienst anbieten.
2057 Wir setzen uns für eine **Erhöhung der Anzahl veterinärmedizinischer Studienplätze** und einen
2058 erleichterten Zugang zu diesen Fächern ein. Außerdem wollen wir die Haushaltsmittel für die
2059 Kleintierklinik der Universität Leipzig erhöhen. Er ist der einzige Maximalversorger in der Region.
2060 Nach dem Vorbild Thüringens beabsichtigen wir, eine **zentrale tierärztliche Notrufnummer**
2061 einzurichten, die eine bessere Koordination der Notdienste leisten soll.

2062

2063 **Tierversuche müssen deutlich reduziert werden.** Verboten werden sollten Versuche, die mit
2064 schweren und langanhaltenden Schmerzen und Leiden für Tiere verbunden oder die medizinisch
2065 nicht notwendig bzw. bereits vollumfänglich ersetzbar sind. Die Forschung und Entwicklung an
2066 Alternativmethoden muss vom Freistaat stärker gefördert werden.
2067 Wir setzen uns für ein **Verbot von Wildtieren in Zirkussen** und ein **Verbot der Pelzherstellung** ein.

2068

2069 **Drogen und Suchthilfe**

2070

2071 Im staatlichen Umgang mit Drogen gilt für uns der Grundsatz: **Gesundheitsschutz statt**
2072 **Kriminalisierung. Suchtkranke dürfen nicht stigmatisiert werden!** Wir setzen uns dafür ein, die
2073 Suchthilfe auszubauen und Präventionsarbeit tabufrei zu betreiben. Der Besitz illegalisierter
2074 Substanzen sollte nicht länger kriminalisiert werden. Wir wollen in Sachsen **Drugchecking-**
2075 **Pilotprojekte** starten, bei denen Konsument:innen über die Wirkung von Substanzen aufgeklärt
2076 werden und sie auf Verunreinigungen testen lassen können. **Substitutionstherapie** muss allen
2077 Opioidkonsumierenden offenstehen. Der Zugang und die Behandlung müssen vereinfacht werden,
2078 vor allem auch in Haftanstalten. Dazu brauchen wir mehr Substitutionsärzt:innen. Die seit vielen
2079 Jahren bundesrechtlich legalisierten **Konsumräume** haben in unzähligen Notfällen Leben gerettet.
2080 Wir wollen eine Landesverordnung erlassen, die für den Betrieb dieser Einrichtungen nötig ist, und
2081 den Kommunen die Entscheidungshoheit darüber geben, ob sie diese Räume einrichten wollen.

2082

2083 **Süchte sind keine Straftaten.** Überzogene Strafverfolgung stärkt die organisierte Kriminalität,
2084 behindert eine glaubwürdige Präventionsarbeit, erhöht die Hürden für die Drogen- und Suchthilfe
2085 und verhindert jeden Jugend- und Verbraucher:innenschutz. **Repression werden wir daher**
2086 **zurückfahren** und unnötige Härte bei Bagatelldelikten beenden. Stattdessen wollen wir die
2087 bestehenden Regelungen zum Umgang mit geringen Mengen, etwa bei Cannabis, erweitern.
2088 Außerdem wirken wir auf eine bundesweite Vereinheitlichung hin. Wir werden **kommunale**
2089 **Beratungsstellen einrichten**, deren Auftrag in einer ganzheitlichen Fürsorge besteht, die harte und
2090 aufwändige Strafprozesse überflüssig macht. Für uns gilt dabei zwingend der **Grundsatz der**

2091 **Verhältnismäßigkeit** bei allen Verwaltungsakten, repressiven Maßnahmen und politischen
2092 Entscheidungen. Da Konsum allein keine Straftat ist und wir Repressionsmaßnahmen in diesem
2093 Kontext für ungeeignet halten, streben wir **perspektivisch die Entkriminalisierung jeglicher**
2094 **Drogen** an.

2095
2096 Die tödlichsten Drogen in Deutschland sind weiterhin die legalen und gesellschaftlich akzeptierten
2097 Drogen wie Alkohol und Tabakprodukte. In Sachsen gibt es zudem einen vergleichsweise starken
2098 Konsum von Crystal Meth. **Auch im Bereich von Alkohol und Tabakprodukten wollen wir die**
2099 **Prävention und Suchthilfe stärken und Kampagnen für einen verantwortungsbewussten**
2100 **Umgang auf den Weg bringen.**

2101 Bevölkerungsschutz

2102
2103 Mehr als 50.000 Menschen engagieren sich in Sachsen ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz, also
2104 im Bereich des Brandschutzes, des Rettungsdienstes oder des Katastrophenschutzes. Trotzdem ist
2105 es gerade im ländlichen Raum nicht immer einfach, die Institutionen des Bevölkerungsschutzes
2106 funktionsfähig zu erhalten. Wir wollen, neben den Freiwilligen Feuerwehren als Hauptsäule der
2107 Gefahrenabwehr, in ländlichen Räumen eine neue Säule der Hilfe in Not einführen, um die
2108 Tagesbereitschaft abzusichern. Wir wollen hauptamtlich besetzte **Standortfeuerwehren**, die,
2109 gemeinsam mit dem bodengebundenen Rettungsdienst, in Regionen, in denen die Hilfe sonst nicht
2110 mehr rechtzeitig eintrifft, die erste Welle der Rettung einleitet. Dabei setzen wir auf
2111 Verbundsysteme und wollen dafür auch neue Strukturen und Rechtsgrundlagen entwickeln. Hilfe
2112 im ländlichen Raum muss sich an den Menschen orientieren. Sie darf nicht davon abhängig sein,
2113 wie reich eine Kommune ist, wo sie sich befindet oder wie viel Zeit ehrenamtliche Helfer:innen zur
2114 Verfügung haben. Wir setzen uns für die Öffnung insbesondere der Freiwilligen Feuerwehren für
2115 FLINTA* ein.

2116
2117 Brandschutz soll eine **weisungsgebundene Pflichtaufgabe** werden, damit sie nicht mehr vom
2118 Geldbeutel der Kommune abhängig ist. Der Freistaat muss so eine **sachsenweit gleiche**
2119 **Grundausrüstung der Feuerwehren** garantieren und für die Finanzierung aufkommen. Ein Einsatz
2120 im Bevölkerungsschutz bedeutet nicht nur, jederzeit abrufbar zu sein, sondern auch, im Notfall sein
2121 Leben zu riskieren. Dieses besondere Engagement im Bevölkerungsschutz muss angemessen
2122 anerkannt werden. Das Mindeste ist es, dass endlich **Bildungsurlaub** für nötige Weiterbildungen
2123 gewährt und gefördert wird. Wir fordern außerdem **Rentenpunkte** als Anerkennung für diesen
2124 außergewöhnlichen Dienst an der Gesellschaft.

2125
2126 Wir wollen die **Prüfung einer gemeinschaftlichen Feuerwehrabgabe** für zusammenhängende
2127 Gewerbe- und Wirtschaftsansiedlungen, die durch gemeindliche Freiwillige Feuerwehren geschützt
2128 werden.

2129
2130 Wir wollen die Strukturen der humanitären Hilfe weiter ausbauen und den Bevölkerungsschutz mit
2131 all seinen Bereichen als gemeinsame Aufgabe denken. Dazu gehört für uns auch der **Aufbau**
2132 **europäischer Katastrophenschutzseinheiten** in Sachsen, die beispielsweise bei Flächenbränden
2133 oder Hochwasser zum Einsatz kommen können. Im Sinne der Inklusion sind die Bedürfnisse von
2134 Menschen mit Behinderung umfassender zu berücksichtigen, nicht nur im Rettungsfall. Wir setzen
2135 uns für einen **inklusiven Bevölkerungsschutz** ein, in dem auch Menschen mit Behinderung in den
2136 aktiven Dienst eingebunden werden können. Dazu gehören auch **barrierefreie Warnsysteme**, die
2137 im Ernstfall auch Menschen mit Behinderung erreichen.

2138
2139

2140 Um die Menschen in Sachsen resilient zu machen, ist Aufklärung und Bildung nötig. Wir fordern den
2141 Ausbau von Bildungsangeboten ab der Kita und die entsprechende Ausstattung der
2142 Ausbilder:innen.

2143

2144 Verbraucher:innenschutz

2145

2146 Zur sozialen Daseinsfürsorge gehört es auch, Menschen in ihrer Rolle als Konsumierende gegen oft
2147 übermächtige Marktakteure zu schützen. Diese Aufgabe erfüllt der Verbraucher:innenschutz. Dafür
2148 benötigt er eine **planbare, verlässliche und auskömmliche Finanzierung** von Seiten des
2149 Freistaats. Wir wollen, dass das nicht nur in den großen Städten, sondern auch im ländlichen
2150 Raum, in den kleinen und mittleren Städten Sachsens erfolgt: Wir wollen den

2151 **Verbraucher:innenschutz im ländlichen Raum stärken**, z.B. durch die Förderung von
2152 Kooperations- und Kompetenzzentren der Verbraucherschutzzentrale oder durch die Verstetigung
2153 mobiler Beratungsprojekte. Im Sinne einer Entlastung der sächsischen Gerichte und eines
2154 **besseren Rechtsschutz für Verbraucher:innen** sollen Verbraucherschutzorganisationen bei der
2155 rechtlichen Durchsetzung von Verbraucher:inneninteressen in Form von Musterfeststellungs- oder
2156 EU-Verbandsklagen finanziell durch den Freistaat unterstützt werden.

2157

2158 Wir setzen uns für einen gesetzlichen **Rechtsanspruch auf kostenlose Schuldner:innenberatung**
2159 ein. Die Beratungen sollen nicht zeitlich begrenzt angeboten werden, sondern sich am Bedarf der
2160 Ratsuchenden orientieren. Damit die Kommunen dies gewährleisten können, müssen die Mittel
2161 deutlich aufgestockt werden. Freistaat und Kommunen sollen für eine effektive Schuldenprävention
2162 außerdem darauf hinwirken, dass die **Schuldner:innen- und die**
2163 **Verbraucher:inneninsolvenzberatung besser miteinander verknüpft** werden. Potenzial zum
2164 Ausbau der Angebote gibt es beim **Verbraucherschutz im digitalen Bereich**.

2165

2166 Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, für **ausreichende Kapazitäten bei der**
2167 **Lebensmittelkontrolle** zu sorgen. Wir wollen das Personal der Landesuntersuchungsanstalt (LUA)
2168 aufstocken und setzen uns für interdisziplinäre Kontrolleinheiten ein. Die Ergebnisse der Hygiene-
2169 und Lebensmittelkontrollen müssen öffentlich zugänglich und verständlich sein.

2170

2171 Auch wenn immer mehr Menschen ihre alltäglichen Geldgeschäfte per Online-Banking abwickeln,
2172 setzen wir uns dafür ein, dass die **Sparkassen weiterhin flächendeckend einen Zugang zu**
2173 **Bargeld und Dienstleistungen vor Ort in ihren Filialen sicherstellen**. Das ist für uns eine Frage der
2174 Grundversorgung und der gleichberechtigten Teilhabe.

2175

2176 Weil die Klimakrise Extremwetterereignisse mit großen Schäden immer wahrscheinlicher macht,
2177 wollen wir das gesetzliche Recht, aber auch die Pflicht zur **Elementarschadenversicherung**. Alle
2178 Eigentümer müssen die Möglichkeit haben, ihr Objekt bezahlbar versichern zu lassen.

2179

2180 Angesicht der Verunsicherungen und Fragen, die mit der Energiewende einhergehen, setzen wir
2181 uns für den gezielten **Ausbau der unabhängigen Energieberatung** ein. Wir wollen die
2182 **Verbraucher:innenbildung stärken**, insbesondere im Bereich der nachhaltigen Lebensweise.
2183 Der gesundheitliche Verbraucherschutz hat angesichts der demographischen Entwicklung in
2184 Sachsen eine große Bedeutung. Wir setzen uns daher für die **Einrichtung einer neutralen**
2185 **Patient:innen- und Pflegeberatung** ein.

2186

2187 Schlaglicht: Stadt & Land

2188

2189 Die Lebensentwürfe von Menschen sind verschieden: Viele schätzen die Ruhe und Naturnähe, die
2190 man in der Kleinstadt und auf dem Dorf genießen kann, andere ziehen das quirlige Treiben der
2191 Großstädte vor. Das ist auch völlig in Ordnung so. Wir finden, dass der Staat für **gleichwertige**
2192 **Lebensverhältnisse in Stadt und Land** sorgen muss. Niemand sollte dazu gezwungen sein, seinen
2193 Wohnort zu verlassen, weil er oder sie sich die eigene Wohnung nicht mehr leisten kann oder in der
2194 Heimat keine berufliche Perspektive findet.

2195

2196 Von diesem Zustand sind wir in Sachsen leider weit entfernt. Der aktuelle Sozialbericht der
2197 Landesregierung hat es einmal mehr gezeigt: Zwischen den beiden Metropolen Leipzig und
2198 Dresden und dem Rest Sachsens klafft eine große Lücke bei der Wirtschaftskraft, den Löhnen, der
2199 Infrastruktur und folglich auch bei der Zufriedenheit der Menschen. Der Bericht sagt auch voraus:
2200 Während Dresden und Leipzig in den nächsten Jahren wachsen werden, wird die Bevölkerung in
2201 ländlichen Regionen wie der Lausitz und dem Erzgebirge durch Abwanderung und Geburtenmangel
2202 weiter schrumpfen und altern.

2203

2204 Wir fordern zuallererst, dass die Landkreise und Kommunen vom Freistaat für die Aufgaben, die er
2205 ihnen zuweist, das nötige Geld auch wirklich bekommen. Über die Verwendung ihrer Mittel sollten
2206 die **Kommunen selbstständiger** entscheiden können.

2207

2208 Die unterschiedlichen Lebenschancen in Stadt und Land führen dazu, dass die Menschen in den
2209 verschiedenen Regionen sich voneinander entfremden. Wer die gesellschaftliche Spaltung wirklich
2210 überwinden will, muss für gleichwertige Bedingungen sorgen. Nur wenn auch die Dörfer, Klein- und
2211 Mittelstädte attraktiv sind, werden sich junge Familien, Zuwanderer und innovative Unternehmen
2212 im ländlichen Raum ansiedeln. **Kreativität, Vielfalt und Offenheit** sind unverzichtbar auch für den
2213 wirtschaftlichen Erfolg von Regionen. Wo auf dem Land Räume rechter Vorherrschaft entstehen,
2214 sind gesellschaftlicher Rückschritt und ökonomischer Niedergang unvermeidlich.

2215

2216 Was die ländlichen Regionen brauchen, ist **Anschluss**. Das gilt zunächst für den Öffentlichen Fern-
2217 und Nahverkehr. Wir wollen den Menschen, die zur Arbeit pendeln oder Wege zu Schule und
2218 Ausbildung zurücklegen müssen, das Leben erleichtern. Deswegen treten wir für
2219 **Mindestbedienstandards** bei öffentlichen Verkehrsmitteln ein. . Flexible Rufbusse und Carsharing
2220 könnten dieses Angebot insbesondere in kleineren Gemeinden sinnvoll ergänzen. In einer
2221 Pilotgemeinde könnten auch die Potenziale der Beförderung mit autonomen Fahrzeugen erprobt
2222 werden. Der Preis für das schon jetzt zu teure 49-Euro-Ticket darf keinesfalls noch weiter erhöht
2223 werden. Kinder, Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen sollen einen Rechtsanspruch
2224 auf **kostenlose ÖPNV-Nutzung** erhalten. Der ländliche Raum darf aber noch in einer anderen
2225 Hinsicht den Anschluss nicht verlieren: Nur mit schnellem Internet wird er auch für junge Leute und
2226 Start-up-Unternehmen attraktiv. Der Breitbandausbau muss beschleunigt und weiße Flecken
2227 beseitigt werden. Da der Markt dabei mancherorts versagt, muss der Staat selbst tätig werden und
2228 eine **Sächsische Gesellschaft für die Digitalisierung** gründen, die eine flächendeckende
2229 Versorgung sicherstellt.

2230

2231 Für die Menschen im ländlichen Raum ist es außerdem entscheidend, dass Bildung, Gesundheit und
2232 Einkaufsmöglichkeiten vor Ort erreichbar und bezahlbar bleiben. Es dürfen keine weiteren Schulen
2233 geschlossen werden. Die Gründung von **Gemeinschaftsschulen** und freien Schulen darf nicht
2234 länger behindert, sie muss unterstützt werden. Wir treten auch für den Erhalt aller sächsischen
2235 Krankenhausstandorte ein. **Ganztags-Polikliniken** mit Notfallaufnahme und 24-Stunden-Betrieb
2236 sind eine Möglichkeit, die medizinische Versorgung auf dem Land zu sichern. Der Mangel an Haus-
2237 und Facharztpraxen zwingt viele Sachsen, lange Wege oder lange Wartezeiten auf sich zu nehmen.
2238 Wir wollen eine Entbürokratisierung, Anreize für Studierende der Medizin und bessere Löhne für

2239 alle Beschäftigten im Gesundheitswesen, damit wieder mehr Arztpraxen im ländlichen Raum
2240 entstehen. Wo Genossenschaften und Vereine **Ortstreffpunkte** gründen, muss der Staat dies
2241 finanziell unterstützen. Auch bestehende Läden, touristische und gastronomische Einrichtungen,
2242 können zu Treffpunkten werden, die zugleich als Laden, Café, Postfiliale und Tourismusinformation
2243 dienen und einen Raum bieten, wo Einheimische und Besucher:innen miteinander ins Gespräch
2244 kommen. Dies muss staatlich gefördert werden, um wirtschaftliche und soziale Perspektiven zu
2245 bieten.

2246
2247 Wirklich attraktiv wird das Leben erst durch das, was über das Notwendige hinausgeht. Wir
2248 brauchen auf dem Land Orte der Begegnung, Verständigung und Kultur. Wir wollen die **Mittel für**
2249 **die Kulturräume erhöhen**, um Kulturhäuser, Museen, Theater und Orchester auch im ländlichen
2250 Raum zu erhalten. Der Freistaat muss sich weiterhin darum bemühen, dass Mittel aus dem
2251 Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in
2252 die sächsischen Regionen fließen. Nur so können auch Jugendtreffs, soziokulturelle Zentren und
2253 Vereinshäuser erhalten bleiben, in denen echtes Gemeinschaftsleben stattfinden kann. Der
2254 Freistaat muss die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren und Sportvereine auch deswegen besser
2255 unterstützen, weil sie für das Sozialleben im ländlichen Raum unverzichtbar sind. In vielen stark
2256 überalterten Kommunen kommen die Interessen der Jugendlichen zu kurz. Damit muss Schluss
2257 sein. Es braucht Freiräume für junge Leute, etwa selbst organisierte Jugendklubs, Skateanlagen
2258 und legale Graffitiflächen. Die professionelle **Jugendarbeit** darf nicht dem Sparzwang zum Opfer
2259 fallen, die Mittel dafür im Landeshaushalt müssen erhöht werden.

2260
2261 Es gibt aber auch Probleme, die besonders die Großstädte betreffen. Drängend sind hier der
2262 **Wohnungsmangel** und die immer schneller steigenden Mieten, die gerade für Studierende und
2263 andere Menschen mit geringem Einkommen das Leben unbezahlbar machen. In ihrem Interesse
2264 werden wir weiter dafür kämpfen, einen **wirksamen Mietendeckel** durchzusetzen, profitgierige
2265 Immobilienkonzerne zu vergesellschaften und eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu gründen,
2266 um endlich einen sozialen Wohnungsbau in großem Umfang zu organisieren, der günstigen
2267 Wohnraum schafft. Dem weiteren Wachsen der Städte ins Umland, ziehen wir, wo möglich, die
2268 Entwicklung der Stadtzentren und zentrumsnahen Gebiete vor. Damit wollen wir dafür sorgen, dass
2269 die Kernstädte zum Arbeiten, Einkaufen und Leben attraktiv bleiben, statt weiter vorrangig
2270 Einkaufszentren, Gewerbegebiete und neue Wohnsiedlungen auf die „grüne Wiese“ zu bauen.

2271
2272 Wir wollen dafür sorgen, dass in Sachsen die Menschen in Stadt und Land einander nicht mehr
2273 misstrauisch oder neidvoll beäugen, sondern sich als gleichberechtigte Teile derselben
2274 Gesellschaft verstehen.

2275

2276

2277 **III. Bildung**

2278

2279 Die Regierenden in Sachsen loben sich gern selbst für ihre Bildungspolitik. Doch die Menschen
2280 merken, wieviel tatsächlich schief läuft: Eltern machen sich angesichts des Mangels an Lehrkräften,
2281 den wir den Fehlplanungen der Regierenden verdanken, große Sorgen. Es fällt so viel Unterricht aus
2282 wie nie, Kinder sitzen in überfüllten Klassen. Die Lehrkräfte leiden unter Überlastung, auch weil sie
2283 sich mit zu viel Bürokratie und fachfremden Tätigkeiten herumschlagen müssen. Die Kinder selbst
2284 werden durch veraltete und überfüllte Lehrpläne schlecht auf die Zukunft vorbereitet. Ob in den
2285 Kitas, den Schulen oder den Hochschulen: In Sachen regieren vor allem Leistungsdruck, Auslese
2286 und Nützlichkeitsdenken. Für uns als Linke ist Bildung etwas anderes: **Wir möchten allen jungen**
2287 **Menschen die Chance geben, ihre Persönlichkeit und ihre Talente zu entfalten. Für uns ist die**
2288 **soziale, kulturelle und politische Bildung nicht weniger wichtig als die technische und**

2289 **naturwissenschaftliche.** Nur aufgeklärte und mündige Menschen werden den wirtschaftlichen
2290 Erfolg Sachsens in der Zukunft sichern und zugleich für eine demokratische, weltoffene Kultur im
2291 Land streiten.

2292
2293 Gute Bildung beginnt schon in den Kitas. Sie darf nicht davon anhängen, über wie viel Geld die
2294 Eltern verfügen. Wir kämpfen daher schon lange für ein **kostenfreies Mittagessen** und wollen die
2295 **Kita-Beiträge schrittweise abschaffen.** Wir wollen auch die Qualität der Betreuung in den Kitas
2296 verbessern und dazu schrittweise eine Fachkraft-Kind-Relation (Betreuungsschlüssel) von 1:4 in
2297 Krippen, 1:10 in Kindergärten und 1:17 in Horten erreichen.

2298
2299 Auch dank unserer Erfahrungen als Ostdeutsche wissen wir, dass die **Gemeinschaftsschule**, die
2300 **längeres gemeinsames Lernen** ermöglicht, die beste Schulform ist, um alle Kinder gleichermaßen
2301 zu fördern und der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Wir wollen dafür sorgen,
2302 dass die Gründung von Gemeinschaftsschulen von den Behörden endlich nicht mehr behindert,
2303 sondern gefördert wird. Wir fordern eine **kostenlose, vollwertige und gesunde**
2304 **Mittagsversorgung, kostenfreie Lernmittel** und eine **digitale Ausstattung** an allen Schulen. Die
2305 Rahmenlehrpläne müssen entschlackt werden, um mehr Raum für kreativen und praxisbezogenen
2306 Unterricht zu schaffen. Wir wollen die **politische Bildung** stärken und mit einem neuen Fach
2307 **„Medienkunde“** die Medienkompetenz der jungen Menschen verbessern. Wir wollen
2308 **Schulsozialarbeit an allen Schulen** garantieren und die Lehrkräfte durch **multiprofessionelle**
2309 **Teams** entlasten. Wir wollen eine **Schule für alle**, an der alle Kinder gemeinsam lernen können,
2310 unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Migrationsgeschichte oder eines sonderpädagogischen
2311 Förderbedarfs. Wir wollen **Kopfnoten abschaffen** und durch faire schriftliche Beurteilungen
2312 ersetzen. Durch Ganztagsbetreuung wollen wir **Hausaufgaben überflüssig** machen. Sollte die Zahl
2313 der Kinder in Zukunft sinken, darf das nicht als Vorwand für Sparmaßnahmen dienen – stattdessen
2314 wollen wir die **Klassengrößen verkleinern.** Um mehr junge Menschen für den Lehrberuf zu
2315 begeistern, wollen wir mehr Anreize bieten, das **Lehramtsstudium** regionalisieren und es zum
2316 Dualen Studium weiterentwickeln.

2317
2318 Die Linke setzt sich dafür ein, dass in Sachsen das bewährte **Duale System der Berufsausbildung**
2319 der Regelfall bleibt. Wir wollen die Berufsausbildung attraktiver machen, um junge Menschen für
2320 das Handwerk zu begeistern. Dazu fordern wir eine **Mindestausbildungsvergütung in Höhe von**
2321 **80 % des tariflich gezahlten Entgelts.** Sämtliche Schulgelder sind abzuschaffen. Die
2322 Arbeitsbedingungen müssen wirksam kontrolliert werden. Auszubildende sollten den Öffentlichen
2323 Nahverkehr kostenlos nutzen können und ausreichend mit Wohnheimplätzen versorgt werden. Wir
2324 werden eine **Sächsische Ausbildungsumlage** einführen, um die Duale Ausbildung besser und
2325 gerechter zu finanzieren.

2326
2327 Hochschulpolitik von links heißt: **Widerstand gegen den neoliberalen Umbau der Hochschulen.**
2328 Hochschulen sollen nicht wie Unternehmen agieren, sondern Orte einer allseitigen, demokratischen
2329 Bildung sein. Wir wollen den **wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Unter- und**
2330 **Mittelbau stärken. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden!** Wir wollen
2331 außerdem einen **Tarifvertrag auch für studentische Beschäftigte.** Um den Zugang zum
2332 Hochschulstudium zu erleichtern, wollen wir **alle Studiengebühren abschaffen**, den **Numerus**
2333 **Clausus streichen** und eine **Grundsicherung für alle Studierenden.** Wir wollen eine Hochschule für
2334 alle. Die Geschlechtergerechtigkeit, die Inklusion von behinderten Studierenden und die Integration
2335 von Studierenden aus anderen Ländern muss gesichert werden.

2336
2337 **Kita**
2338

2339 Erfolgreiche Bildung beginnt schon in der ersten Lebensphase, also in den Kinderkrippen und
2340 Kindergärten. Zusammen mit den Horten für Grund- und Förderschüler:innen gehören sie zu den
2341 Kindertageseinrichtungen (Kitas). Die Arbeit in den Kitas in Sachsen erfolgt nach dem Sächsischen
2342 Bildungsplan. Er hat sich prinzipiell bewährt, sollte aber ständig an neue gesellschaftliche
2343 Bedingungen und Entwicklungen angepasst werden.

2344
2345 In vielen europäischen Staaten sind **Kindertagesstätten** bereits **kostenfrei für Eltern**. Auch andere
2346 Bundesländer wie Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben das schon erreicht – nicht zuletzt
2347 dank des Einsatzes der Linken. Wir wollen, dass dies auch in Sachsen bald so ist – weil eine gute
2348 Bildung der Kindern nicht davon abhängen darf, wie viel Geld ihre Eltern haben. In einem ersten
2349 Schritt wollen wir in Sachsen in Kindertageseinrichtungen und in Schulen die **Kosten für die**
2350 **Essenversorgung abschaffen**. Bereits seit 2008 fordern wir im Sächsischen Landtag eine
2351 kostenfreie Mittagsversorgung in Kita und Schule. Der Bürgerrat „Ernährung und Wandel“ gibt uns
2352 mit seiner Empfehlung vom Januar 2024 „Investition in die Zukunft: **Kostenfreies Mittagessen für**
2353 **alle Kinder** als Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit.“ recht. Ein warmes, gesundes und
2354 abwechslungsreiches Mittagessen, am besten gekocht in der Kitaeigenen Küche, gehört zum Kita-
2355 Tag dazu. Die Kosten hierfür sollten im Landeshaushalt eingestellt sein. Das sollte Sachsen seine
2356 Kinder wert sein! Die eigentlichen **Kita-Beiträge** sollen nicht mehr steigen und innerhalb der
2357 nächsten fünf Jahren schrittweise **abgeschafft** werden.

2358
2359 Wir wollen auch die Qualität der Betreuung in den Kitas verbessern. Wir streben eine **Fachkraft-**
2360 **Kind-Relation (Betreuungsschlüssel)** von 1:4 in Krippen, 1:10 in Kindergärten und 1:17 in Horten
2361 an. Bei der Berechnung von Personalschlüsseln müssen Vor- und Nachbereitungszeiten ebenso
2362 wie Ausfallzeiten (wie Krankheit oder Urlaub) in die Berechnung einfließen, um die Fachkraft-Kind-
2363 Relation von mindestens 1:4 in Krippen, 1:10 in Kindergärten und 1:17 in Horten sicherzustellen. Dies
2364 ist jedoch frühestens in zwei Wahlperioden zu erreichen, da es dazu zunächst einer ausreichenden
2365 Zahl gut ausgebildeter Erzieher:innen bedarf. Dann sollen auch **multiprofessionelle Teams** in den
2366 Kitas eine Selbstverständlichkeit sein.

2367
2368 Deshalb wollen wir der **Erzieher:innenausbildung** auch eine besondere Priorität einräumen. Wir
2369 wollen mehr junge Menschen, gerade auch Männer, für diesen Beruf gewinnen – durch attraktive
2370 Ausbildungsbedingungen mit einer Vergütung der Ausbildung und durch gute Berufsperspektiven.
2371 Den Zugang zur Erzieher:innenausbildung wollen wir erleichtern, um kurzfristig die Situation zu
2372 verbessern.

2373
2374 Die Arbeit mit Kindern in Kindertageseinrichtungen muss insgesamt attraktiver werden. Dazu muss
2375 der **Arbeits- und Gesundheitsschutz** verbessert werden, etwa durch ergonomisch gute Stühle für
2376 Erzieher:innen. Sie brauchen auch eine großzügigere **Vor- und Nachbereitungszeit für die**
2377 **pädagogische Arbeit** und nicht zuletzt eine deutlich **bessere Bezahlung**.

2378
2379 Kinder mit Behinderung, Kinder ohne deutsche Muttersprache und Kinder mit Fluchterfahrung
2380 erfordern zusätzliches Personal und zusätzliche Ressourcen – die wollen wir im Sinne einer
2381 **konsequenten Inklusion** jeder Kindertageseinrichtung zur Verfügung stellen. Der grundlegende
2382 Rechtsanspruch auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung gilt auch für Kinder mit
2383 Behinderungen. Bislang liegt es jedoch im Ermessen des Einrichtungsträgers, ob die notwendigen
2384 Förderbedingungen bereitgestellt werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Kinder mit
2385 Behinderungen oder besonderem Förderbedarf zusammen mit Kindern ohne Behinderungen
2386 inklusiv betreut und individuell gefördert werden. Dementsprechend müssen der Personalschlüssel
2387 und die bauliche Gestaltung und Ausstattung der Einrichtung bzw. der Räumlichkeiten der
2388 Kindertagespflegestelle angepasst werden.

2389

2390 In der frühkindlichen Bildung wollen wir die **Akzeptanz** von unterschiedlichen Lebensentwürfen
2391 und von Interkulturalität stärken. Wir wollen überall in Sachsen Kitas zu **Eltern-Kind-Zentren**
2392 weiterentwickeln. Diese Entwicklung muss inhaltlich und personell gefördert werden. Wir brauchen
2393 nicht immer neue „Modellprojekte“, sondern ein flächendeckendes System guter Kitas.

2394

2395 Die Kosten für alle Verbesserungen im Kita-Bereich wollen wir nicht den Städten und Gemeinden
2396 aufbürden, sondern komplett aus dem sächsischen Landeshaushalt finanzieren.

2397

2398 Den Rückgang der Geburten im Freistaat Sachsen sehen wir als Chance, die Bildungsqualität und
2399 die Arbeitsbedingungen an den sächsischen Kitas zu verbessern. Er darf nicht dazu missbraucht
2400 werden, die Mittel im Landeshaushalt für den Landeszuschuss zu kürzen, der den
2401 Kindertageseinrichtungen zugutekommt! Den Spielraum, den uns die demografische Entwicklung
2402 gibt, wollen wir nutzen, um den **Fachkraft-Kind-Schlüssel zu verbessern** (Kinder im Alter von 0-3
2403 Jahren 1:4, für Kinder im Alter von 3-6 Jahren 1:10 und für Kinder im Alter von 7-10 Jahren 1:16).

2404

2405 Schule

2406

2407 Schule ist keine Rennstrecke, Verstehen braucht Zeit. Schule und Unterricht können und müssen
2408 sich wandeln. Lehrinhalte sollen interdisziplinär und altersstufenübergreifend vermittelt werden.
2409 Schule sollte als ein Ort der Begegnung von Generationen und von Kulturen verstanden werden,
2410 mit der Aufgabe, gemeinsame Orientierungen zu entwickeln, die trotz aller Verschiedenheit das
2411 **Fundament einer demokratischen Gesellschaft** bilden.

2412

2413 Wir wollen eine Reform der Bildung, die mehr anstrebt als kurzfristiges Qualitätsmanagement um
2414 ökonomischer Standortvorteile willen. Dazu bedarf es einer grundsätzlichen und offenen Debatte
2415 darüber, wo die Defizite des gegenwärtigen Bildungssystems liegen und welche Veränderungen
2416 notwendig sind. Es braucht mehr analoge und digitale Räume, in denen Kinder die Freiheit haben,
2417 gemeinsam an Projekten zu arbeiten.

2418

2419 Wir setzen uns dafür ein, dass die **Gemeinschaftsschule** zum Standard im sächsischen
2420 Bildungssystem wird. Dafür muss diese Schulform mit Unterstützung der zukünftigen Verwaltung
2421 sowie regionaler Beratungsstellen weiter ausgebaut werden. Bisher wurden lediglich vier
2422 Gemeinschaftsschulen und drei Oberschulen+ gegründet. Wir möchten die Gründung von
2423 Gemeinschaftsschulen erleichtern, beispielsweise die erforderliche Zahl von Parallelklassen
2424 (Mindestzügigkeit) senken, um auch im ländlichen Raum längeres gemeinsames Lernen zu
2425 ermöglichen. Zunächst kann die Oberschule+ dafür den Weg ebnen, doch halten wir langfristig an
2426 dem Ziel fest, die Gemeinschaftsschule überall in Sachsen zu etablieren, damit jedes Kind die
2427 Möglichkeit bekommt, eine Gemeinschaftsschule zu besuchen. Wir wollen dafür sorgen, dass die
2428 Verwaltung sich Schulgründungen gegenüber freundlich verhält und sie personell, organisatorisch
2429 und finanziell unterstützt. Nötig sind dazu auch differenzierte Lernkonzepte für die Kinder sowie
2430 die Weiterbildung von Lehrkräften. Gemeinschaftsschulen können helfen, den Lehrkräftemangel zu
2431 lindern, Unterrichtsausfall zu vermeiden und Schulabbrüche zu verhindern. An ihnen wird
2432 jahrgangsübergreifend, selbstbestimmt und projektbezogen gelernt. Zudem **fördern**
2433 **Gemeinschaftsschulen auch die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen**
2434 **Zusammenhalt**. Dort kann jedes Kind bis zuletzt jeden Abschluss erreichen, ohne voreilig
2435 aussortiert zu werden.

2436

2437 **Schulen in freier Trägerschaft** sind ein wichtiger Bestandteil des sächsischen Bildungssystems,
2438 der durch verfassungsgesetzliche Vorgaben gesichert ist. Den freien Schulen dürfen in personeller,

2439 finanzieller Ausstattung sowie bei der Bezahlung von Lehrkräften keine Nachteile gegenüber den
2440 staatlichen Schulen entstehen, denn sie geben wichtige inhaltliche, konzeptionelle und
2441 methodische Impulse für das gesamte Schulwesen.

2442

2443 Wir wollen mit einem **Schulbudget** den Schulen mehr Flexibilität ermöglichen, um selbstständig
2444 besondere Bedarfe abzudecken und auch kurzfristig auf Herausforderungen im Schulalltag
2445 reagieren zu können. Wir fordern, dass allen Schülerinnen und Schülern alle **notwendigen**
2446 **Lernmittel kostenfrei** zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört auch die technische
2447 Ausstattung, die für den Unterricht erforderlich ist, sowie der Zugang zu schnellem Internet. Jeder
2448 **Lehrkraft** muss ein professionell installiertes und gewartetes Endgerät zur Verfügung gestellt
2449 werden. An den Schulen sind IT-Administrator:innen für die Gerätewartung zuständig, nicht die
2450 Lehrkräfte. Um die digitalen Kompetenzen der Lehrkräfte zu verbessern, müssen ihnen
2451 Weiterbildungen angeboten werden. Eines unserer Herzensanliegen ist die **kostenlose, vollwertige**
2452 **und gesunde Mittagsversorgung** an allgemeinbildenden Schulen und der Betrieb schuleigener
2453 Küchen. Wir fordern die Einführung **individueller Kompetenztests Motorik** an allen sächsischen
2454 Grundschulen (analog zum Kompetenztest Deutsch und Mathematik) sowie die Rückkehr zur
2455 3. Sportstunde. **Schulbibliotheken** und Leseräume sollen Standard an allen Sächsischen Schulen
2456 sein. Das muss sowohl personell als auch finanziell entsprechend abgesichert sein.

2457

2458 Wir fordern **Rahmenlehrpläne**, die mehr Freiräume für Lehrende und Lernende lassen und es ihnen
2459 ermöglichen, sich stärker an den lebensweltlichen Belangen von Schülerinnen und Schülern zu
2460 orientieren. Der Unterricht soll von vornherein stärker projektbezogen und handlungsorientiert
2461 angelegt werden. Wir wollen prüfen, inwieweit in den Lehrplänen und Stundentafeln die wichtigen
2462 Themen Politische Bildung, Medienbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker
2463 berücksichtigt werden können. Daneben setzen wir uns für eine Stärkung der musischen Fächer
2464 ein. Rahmenlehrpläne sollen dazu genutzt werden, die Berufsbilder und Lehrinhalte an die
2465 Bedingungen unserer Zeit anzupassen.

2466

2467 Wir wollen ein zusätzliches **Fach „Medienkunde“** einführen. Nur Menschen, die mit Medien
2468 kompetent umgehen können, tragen zur Entwicklung einer funktionierenden Demokratie bei. Daher
2469 ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für Medienkompetenz zu sorgen. Medien bestimmen
2470 unseren Alltag, besonders die neuen digitalen und sozialen Medien haben an Bedeutung
2471 gewonnen. Eine mündige und verantwortungsvolle Mediennutzung setzt eine stetig wachsende
2472 Medienkompetenz voraus, deren Grundlagen bereits im Schulunterricht geschaffen werden sollten.
2473 Ziel muss es sein, Schüler:innen, Lehrer:innen und auch Eltern bei der Nutzung digitaler Medien zu
2474 unterstützen. Dafür benötigen wir Medienpädagog:innen an den Schulen. Sie können dann auch
2475 beraten, wenn sich aktuelle Fragen stellen, wie z.B. beim Umgang mit dem Einsatz von Künstlicher
2476 Intelligenz (KI) im Lehr- und Lernalltag. Wir werden eine Offensive auf dem Gebiet der
2477 Medienbildung in Sachsen starten. Sie soll sich nicht nur an Kinder und Jugendliche, sondern auch
2478 an Eltern und Lehrkräfte richten. Die Vorstellung, man könnte junge Leute vor schädlichen
2479 Einflüssen abschirmen, ist illusorisch. Stattdessen setzen wir darauf, ihnen einen selbstbewussten
2480 und kompetenten Umgang mit allen Medien beizubringen. Medienkompetenz umfasst dabei für uns
2481 folgende Punkte: Menschen müssen in die Lage versetzt werden, kritisch zu konsumieren, Medien
2482 zielgerichtet einzusetzen, mit ihnen zu interagieren und sie weiterzuentwickeln. Sie müssen wissen,
2483 wie Medieninhalte rechtssicher geschaffen werden können und welche Rolle Algorithmen bei ihrer
2484 Zusammenstellung spielen. Sie sollten sensibel dafür werden, wie sie mit ihren personenbezogenen
2485 Daten im Netz umgehen. Sie sollten lernen, sich in der Welt elektronischer Medien zu orientieren
2486 und wissen, welche Chancen für Information und Teilhabe, aber auch welche Gefahren sich
2487 ergeben. Nur so können sie selbstbestimmt in einer digitalisierten Gesellschaft agieren. Nur so
2488 kann auch der Jugendmedienschutz sichergestellt werden. Medienpädagogische Angebote

2489 müssen flächendeckend und ausreichend finanziert für alle Altersgruppen in Sachsen zur
2490 Verfügung stehen.
2491
2492 **Außerschulische Lernorte** wie Bibliotheken, Museen, Konzerthäuser, Forschungszentren, Theater
2493 und Gedenkstätten sollten in die Unterrichtsgestaltung mit einbezogen werden. Gleiches gilt für
2494 externe Bildungsträger sowie Akteurinnen und Akteure aus der **Berufspraxis**.
2495
2496 **Schulsozialarbeit** muss es verpflichtend an allen Schulen geben, den Grund- und Oberschulen,
2497 den Gymnasien sowie den Gemeinschafts- und Förderschulen und auch an Berufsschulen. Wir
2498 streben an, **für jede Schule mindestens ein:e Sozialarbeiter:in** zur Verfügung zu stellen. Für die
2499 Schulsozialarbeiter:innen muss der Verwaltungsaufwand verringert werden. Die
2500 Sachkostenpauschale zur finanziellen Absicherung strukturqualitativer Prozesse (z.B.
2501 Fachberatung, Teamleitung) soll erhöht werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, den
2502 **schulpsychologischen Dienst und das Anti-Mobbing-Programm** auszubauen.
2503
2504 Wir wollen eine „**Schule für alle**“, an der alle Kinder gemeinsam lernen können, unabhängig von
2505 ihrer sozialen Herkunft, Migrationsgeschichte oder eines sonderpädagogischen Förderbedarfs. So
2506 lassen sich Vorurteile abbauen und Solidarität kann erlernt werden. Gemeinsames Lernen wirkt
2507 nachweislich positiv auf den Lernerfolg, wenn es richtig konzipiert und fachlich unterstützt wird.
2508 Eine inklusive Gesellschaft beginnt in der Kita und setzt sich in einer inklusiven Schule fort. In der
2509 Klassenbildungsverordnung ist die Schwelle der Anerkennung von Kindern mit besonderem
2510 Förderbedarf zu hoch, die Förderung sollte erleichtert werden. Sachsen hält an einem
2511 Förderschulwesen fest, das nicht mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar ist und auch
2512 immer wieder international kritisiert wird. Das Recht auf inklusive Beschulung muss im Sächsischen
2513 Schulgesetz verankert werden. Wir wollen chancengleiche Bildung ohne Diskriminierung. Wir
2514 wollen allen Schüler:innen und ihren Eltern das Recht auf die freie Wahl der Schulform ermöglichen.
2515 Dazu wollen wir die Trennung der Schulformen überwinden, das Förderschulsystem zurückbauen
2516 und die Aufnahme von Schüler:innen mit Behinderungen in Regelschulen ermöglichen. Für eine
2517 inklusive Bildung ist eine umfassende Ausstattung der Regelschulen notwendig.
2518 Sonderpädagog:innen, die für den inklusiven Unterricht dringend benötigt werden, sollen auch in
2519 regulären Schulen unterrichten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, inklusive Lehr- und
2520 Lernkonzepte in der allgemeinen Lehrer:innenausbildung fest zu verankern sowie alle Lehrkräfte im
2521 Bereich inklusive Bildung weiterzubilden. Mehr Schulassistenten sollen den Unterricht
2522 unterstützen, barrierefreie Schulgebäude müssen geschaffen werden, damit der Wunsch, eine
2523 bestimmte Schule zu besuchen, nicht an einer fehlenden Rampe scheitert. Schließlich sollte die
2524 Deutsche Gebärdensprache als Fremdsprache anerkannt und an Schulen verstärkt vermittelt
2525 werden. Wir wollen außerdem eine gesetzliche Grundlage für den Anspruch auf Beschulung in
2526 Gebärdensprache für gehörlose Schüler:innen (in Förderzentren) schaffen und die kontinuierliche
2527 Kompetenzerweiterung von Lehrkräften im Ausüben und Anwenden der Deutschen
2528 Gebärdensprache sicherstellen.
2529
2530 Es wird keine gute Bildung für alle geben, wenn nicht im Grundgesetz **Bildung als**
2531 **Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern** verankert wird. Ebenso wichtig ist es, Schule, Kita
2532 und Hort zusammenzudenken. Wir wollen ein **kommunales Bildungsmanagement** einführen. Es
2533 kann entscheidend dazu beitragen, das kommunale Bildungswesen weiterzuentwickeln. Die Daten
2534 und Fakten der jeweiligen Bildungssituation vor Ort müssen analysiert werden, aus den
2535 Ergebnissen der Analyse lässt sich schließen, wie die Bildungsangebote gesteuert und koordiniert
2536 werden müssen, damit der Bedarf gedeckt wird.
2537

2538 Es braucht einen **Zukunftsstaatsvertrag zur verstärkten Zusammenarbeit der Länder im Bereich**
2539 **der Bildung**. Dieser Zukunftsstaatsvertrag sollte die folgenden Regelungen zur Kooperation und
2540 Vereinheitlichung enthalten: Der Bedarf an Lehrkräften für die beteiligten Bundesländer sollte über
2541 standardisierte Prognosen ermittelt werden. Alle Bundesländer verpflichten sich, Lehrkräfte in einer
2542 Zahl und Art auszubilden, die dem Bedarf gerecht wird. Gemeinsame Standards werden eingeführt
2543 und umgesetzt, insbesondere werden gemeinsame Standards der Auswahl, der Qualifizierung und
2544 der Qualitätssicherung des Quereinstiegs in das Lehramt einheitlich festgelegt. Für die
2545 Ausbildungskosten wird ein gerechter Länderfinanzausgleich eingeführt. Für Länder, aus denen vor
2546 Ort ausgebildete Lehrer:innen in andere Bundesländer abwandern, muss es einen finanziellen
2547 Ausgleich geben.

2548
2549 Wir wollen **Kopfnote abschaffen**. Die Persönlichkeit eines jungen Menschen lässt sich nicht mit
2550 vier Zahlen erschöpfend erfassen. Es ist gut möglich, dass diese grobe und unvollständige
2551 Darstellung des Entwicklungsstandes ungerechtfertigte Nachteile verursacht. Deshalb ist es
2552 sinnvoll, die Kopfnote durch **schriftliche Beurteilungen** zu ersetzen. Um Rechtssicherheit zu
2553 schaffen und Rechtsstreitigkeiten künftig zu vermeiden, ist eine gesetzliche Regelung nötig.
2554 **Hausaufgaben sollen abgeschafft werden**. Wir wollen die Ganztagschule mit vielfältigem Lehr-
2555 und Lernangebot. Hausaufgaben werden überflüssig, auch fehlt die Zeit im Schulalltag. Zudem
2556 haben Studien gezeigt, dass Hausaufgaben nur geringen Einfluss auf die Leistungsentwicklung der
2557 Schülerinnen und Schüler haben. In der Freizeit sollten Sport, Kultur und Freund:innen an erster
2558 Stelle stehen dürfen. Schule verstehen wir als inklusiven Lernort mit multiprofessionellen
2559 Bildungsteams. Die Diagnostikverfahren, die individuelle Lernstände erfassen, sollten so reformiert
2560 werden, dass Schüler:innen von Beginn an die Unterstützung erhalten, die sie für ein erfolgreiches
2561 Lernen benötigen.

2562
2563 Die Arbeitsbelastung der **Lehrkräfte** hat enorm zugenommen. Sie müssen lange arbeiten und
2564 haben auch in den Ferien kaum Zeit, sich ausreichend zu erholen. Im Schuljahr 2022/2023 fielen 1,6
2565 Millionen Unterrichtsstunden aus, auch wegen des hohen Krankenstandes.

2566 Wir wollen, dass Lehrkräfte sich wieder mehr auf die Bildung der Kinder und Jugendlichen
2567 konzentrieren können. Dafür müssen sie entlastet werden, indem bessere Arbeitsbedingungen
2568 geschaffen werden. Aufgaben, die nichts mit dem Unterricht zu tun haben, sollten durch
2569 multiprofessionelle Teams übernommen werden, in denen Spezialist:innen für Verwaltung,
2570 Informationstechnik, Schulsozialarbeit und Psychologie arbeiten. Es ist notwendig, das
2571 **Regelstundenmaß abzusenken** oder **zusätzliche Anrechnungstunden für Klassenlehrer:innen**
2572 einzuführen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass **keine „Zwangsteilzeit“** für Lehrer:innen
2573 eingeführt wird, auch wenn es zu dem Rückgang der Schüler:innenzahl kommt, der für die Zukunft
2574 vorhergesagt wird. Im Gegenteil: Wenn sich das Zahlenverhältnis zwischen Lehrkräften und
2575 Schüler:innen ändert, muss das unbedingt dafür genutzt werden, die Qualität des Unterrichts zu
2576 verbessern. So sollte es möglich werden, **die maximale Größe von Klassen (Klassenteiler) zu**
2577 **senken**, damit sich die Lehrkräfte intensiver um ihre Schüler:innen kümmern können.

2578
2579 Wir setzen uns dafür ein, zusätzliche **Anreize für das Lehramtsstudium** zu bieten, um dem
2580 gegenwärtigen Mangel an Lehrkräften entgegenzuwirken. Wir brauchen deutlich mehr Lehrerinnen
2581 und Lehrer! Anreize könnten zum Beispiel Stipendien sein. Der Schwerpunkt des Lehramtsstudiums
2582 muss auf der Vermittlung didaktischer Kenntnisse liegen. Die fachlichen Inhalte sollten sich,
2583 besonders in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen, stärker an den
2584 Bedürfnissen der Unterrichtspraxis orientieren. So ließe sich auch verhindern, dass weiterhin so
2585 viele Studierende ihr Studium in diesem Bereich abbrechen. Die Praxisanteile in der
2586 Lehramtsausbildung sollten deutlich erhöht werden. Ausländische Abschlüsse müssen wesentlich
2587 schneller anerkannt werden.

2588

2589 Die zweite Phase der Lehramtsausbildung, das Referendariat, ist unbedingt für alle Bewerbenden
2590 zu gewährleisten, wir dürfen hier niemanden von den Absolvent:innen verlieren. Zugleich muss im
2591 **Referendariat** mehr unterstützend als abprüfend an die Ausgebildeten herangegangen werden.
2592 Viele empfinden diese Phase als emotional belastend und brechen ab, sodass Sachsen Menschen
2593 für das Lehramt verliert. Im Referendariat sollte in Lehrer:innenbildungsseminaren und an den
2594 Ausbildungsschulen stärker individuell auf die Referendar:innen eingegangen und die Qualität der
2595 Ausbildung mit Bezug zur Praxis weiter vertieft werden. Die neueren Herausforderungen des
2596 Schulalltags (Inklusion, Digitalisierung, Veränderungen der Lebenswirklichkeiten) müssen eine
2597 angemessenere Rolle spielen.

2598

2599 Wir setzen uns für eine **Regionalisierung der Lehramtsausbildung** ein. Auf diese Weise können wir
2600 Lehrerinnen und Lehrer besser für die Regionen in Sachsen gewinnen, in denen der
2601 Lehrkräftemangel am höchsten ist. Dazu sollten Außenstellen der Universitäten in Ost- und
2602 Westsachsen errichtet werden. Zudem wollen wir prüfen, ob das **Lehramtsstudium zum Dualen**
2603 **Studium** weiterentwickelt werden kann. So bekäme es mehr Bezug zur Praxis und wäre besser
2604 regional verankert. Lehrkräfte sollten nach Schulstufen statt nach Schularten ausgebildet werden,
2605 damit sie flexibel für die jeweiligen Altersstufen einsetzbar sind. Wir müssen jungen Menschen, die
2606 heute Lehrkraft werden wollen, Flexibilität und Chancen für ihre persönliche Entwicklung bieten.

2607

2608 Wir setzen uns dafür ein, **Deutsch als Zweitsprache** an jeder Schule zu fördern. Es ist
2609 problematisch, dass die Sprachförderung meist abbricht, wenn die Kinder und Jugendlichen von
2610 der Vorbereitungsklasse in die Regelklasse wechseln. Es braucht etwa fünf bis sechs Jahre, bis
2611 man sicher in der Bildungssprache ist. Der Unterricht in den Vorbereitungs- oder Übergangsklassen
2612 ist in der Regel aber auf ein bis zwei Jahre begrenzt. Die wichtigste Voraussetzung für einen
2613 gelungenen DaZ-Unterricht sind gut ausgebildete Lehrkräfte. Die haben wir noch zu wenig. Für uns
2614 ist klar: sprachliche Förderung von Zugewanderten muss eine Standardaufgabe im Bildungssystem
2615 sein. Dafür braucht es dauerhafte Ressourcen und entsprechende Unterstützung durch das
2616 passende Unterrichtsmaterial an allen Schulen.

2617

2618 Das Pilotprojekt „**Schule der Vielfalt**“ wollen wir auf ganz Sachsen ausweiten und vielfältige
2619 Sexualbildung in allen Lehrplänen verankern. An Schulen und Hochschulen sollen verbindlich
2620 unabhängige Beschwerdestellen für Queerfeindlichkeit und Rassismus eingerichtet werden. Für
2621 queere Jugendliche aus Elternhäusern, die die sexuelle Identität ihrer Kinder nicht akzeptieren,
2622 wollen wir Zufluchtsmöglichkeiten schaffen.

2623

2624 Die zukünftig **sinkende Zahl an Schüler:innen** im Freistaat Sachsen sehen wir als **Chance**. Anders
2625 als die Regierenden möchten wir sie nicht nutzen, um Geld zu sparen, sondern um kleinere Klassen
2626 zu schaffen. Das kommt der Bildung zugute und entlastet die Lehrerinnen und Lehrer. Mit uns wird
2627 es **keine Schulschließungen** geben! Besonders nicht im ländlichen Raum.

2628

2629 Zum Schutz der **sorbischen Identität** gehört es für uns auch, die Verbotspolitik der
2630 Nationalsozialisten gegenüber den Sorben aufzuarbeiten. Sorbisch als zweite Amtssprache sollte
2631 weiter ausgebaut werden. Es sollte flächendeckend die Möglichkeit geben, in Sachsen Sorbisch zu
2632 lernen. Sorbische Geschichte sollte Teil des Schulunterrichts werden.

2633

2634 Wir wollen die Entwicklung und Umsetzung von zukunftsfähigen Konzepten für lebenslange Bildung
2635 in Sachsen. Wir verstehen Bildung als lebenslangen Prozess. Um ihn zu ermöglichen, benötigen wir
2636 fortschrittliche Konzepte. Jede und jeder in Sachsen sollte die Möglichkeit haben, an Bildung
2637 teilzuhaben. Deshalb wollen wir Bildungsgutscheine einführen, die landesweit gültig sind. Mit

2638 diesen Bildungsgutscheinen soll es den Bürgerinnen und Bürgern möglich sein, anerkannte Kurse,
2639 Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen bei öffentlichen und privaten Bildungsträgern
2640 wahrzunehmen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass das informelle Lernen und non-formale
2641 Bildungsangebote anerkannt und gefördert werden, also lebenslange Bildung außerhalb der
2642 Institutionen in Alltag und Freizeit.

2643
2644 Die **Volkshochschulen** und andere anerkannte Träger:innen der Weiterbildung haben einen
2645 gesetzlichen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Grundförderung, um die Erwachsenenbildung
2646 flächendeckend, aufsuchend, inklusiv und leistungsfähig auszubauen. Lebenslanges Lernen ist für
2647 uns eine Selbstverständlichkeit. Umso mehr setzen wir uns für den Erhalt der Volkshochschulen,
2648 den umfassenden Ausbau der kommunalen Präsenz in ganz Sachsen und die dafür notwendige
2649 Grundfinanzierung durch den Freistaat Sachsen ein. Für die VHS-Kursleiter:innen sind rechtlich
2650 abgesicherte und angemessen vergütete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Die
2651 Volkshochschulen und andere anerkannte Träger:innen der Weiterbildung werden durch uns das
2652 Recht erhalten, staatliche Prüfungen zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen
2653 durchzuführen.

2654

2655 **Berufliche Bildung**

2656

2657 Die Linke setzt sich dafür ein, dass in Sachsen das bewährte **duale System der Berufsausbildung**
2658 der Regelfall bleibt. Es ist eine Grundlage dafür, dass die Beschäftigten in Sachsen so gute Arbeit
2659 leisten. Leider entscheiden sich zu wenige junge Menschen für eine Ausbildung, zu viele brechen
2660 sie ab. Wir wollen die **Berufsausbildung attraktiver** machen.

2661

2662 An erster Stelle steht hier für uns eine **Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 % des**
2663 **tariflich gezahlten Entgelts**. Dies ist absolut notwendig, denn die Ausbildungsvergütungen sind
2664 selbst in Schlüsselbranchen des sozial-ökologischen Wandels deutlich zu niedrig. Um die
2665 Auszubildenden in Sachsen zu entlasten, **müssen sämtliche Schulgelder im Freistaat Sachsen**
2666 **abgeschafft werden**. Auszubildende benötigen eine elternunabhängige **Grundsicherung**. Wir
2667 fordern eine Mindestausbildungsvergütung, die zum Leben unabhängig von den Eltern reicht. Wir
2668 wollen außerdem ein **kostenfreies Mobilitätsticket** für den öffentlichen Nahverkehr, denn ein
2669 großer Teil der sächsischen Auszubildenden muss lange Wege zur Berufsschule zurücklegen. Das
2670 kostet Zeit und Geld. Aus dem gleichen Grund wollen wir sicherstellen, dass Auszubildende in
2671 Landesfachklassen überall **ausreichend mit Wohnheimplätzen** versorgt werden. Um die
2672 Auszubildenden beim Weg zwischen Ausbildungsbetrieb und Wohnort zu entlasten, wollen wir
2673 einen kostenfreien Azubi-Shuttle-Service zwischen Betrieb und Wohnort.

2674

2675 Zu viele junge Menschen brechen ihre Ausbildung ab, weil sie zu spät feststellen, dass die
2676 Ausbildung nicht zu ihnen passt. Um dies zu verhindern, benötigen wir ein durchgängiges
2677 **Berufsorientierungssystem** an weiterführenden Schulen: Um einen erfolgreichen Übergang von
2678 der Schule in die Berufsausbildung zu erleichtern, sollen als Orientierungshilfe bereits ab Klasse 5
2679 unterschiedliche Berufsfelder vorgestellt werden. Übergangsphasen wie das
2680 Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr wollen wir weiterentwickeln. Wir wollen
2681 außerdem den praktischen Unterricht an den Schulen erweitern, damit Schüler:innen Lust aufs
2682 Handwerk bekommen. Um allen den Abschluss einer Berufsausbildung zu ermöglichen, muss die
2683 Förderung der beruflichen Erstausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit über das 25.
2684 Lebensjahr hinaus ermöglicht werden. Wir schlagen zudem eine
2685 „Landes(nach)ausbildungsinitiative“ für junge Menschen ohne vollwertigen Berufsabschluss vor.
2686 Studierende auf Lehramt müssen besser auf die Aufgabe der Berufsorientierung vorbereitet

2687 werden. Gemäß dem „Pakt für duale Ausbildung“ sollte die **Berufsausbildung als gleichwertige**
2688 **und attraktive Alternative** zur akademischen Ausbildung gezeigt werden.

2689

2690 Um zu vermeiden, dass Auszubildende scheitern, muss aber auch die **Ausbildungsqualität**
2691 **gesichert** werden. Für die Berufsschulen müssen ausreichend Lehrkräfte gewonnen und qualifiziert
2692 werden. Die **Arbeitsbedingungen müssen kontrolliert werden**: durch die Kammern nach den
2693 Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und durch staatliche Behörden nach den Regeln des
2694 Jugendschutzes. Geprüft werden muss verstärkt, ob ein betrieblicher Ausbildungsplan vorhanden
2695 ist, ob die vertraglich geregelten und gesetzlich festgeschriebenen Arbeitszeiten eingehalten
2696 werden, ob verbotene ausbildungsfremde Tätigkeiten tatsächlich unterbleiben und ob die
2697 Freistellungsansprüche eingehalten werden. Wir wollen außerdem durchsetzen, dass die **sozial-**
2698 **psychologische Betreuung der Auszubildenden** verstärkt wird. Denn manchmal sind es
2699 persönliche oder soziale Schwierigkeiten der oft noch minderjährigen Auszubildenden, die zum
2700 Abbruch der Ausbildung führen.

2701

2702 Wir wollen das Verfahren zur Anerkennung von Berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft
2703 reformieren. Die staatlichen **Beruflichen Schulzentren (BSZ)** dürfen gegenüber berufsbildenden
2704 Schulen in freier und privater Trägerschaft nicht länger benachteiligt werden. Das gilt für die
2705 Ausbildungsverträge und für die Bereitstellung des nötigen Lehrpersonals. Wir fordern, dass beide
2706 Schulformen gleichgestellt werden. Zudem setzen wir uns für den Ausbau der Berufsberatung ein,
2707 insbesondere für den zweiten Bildungsweg. Außerdem wollen wir zur Überwindung längst
2708 überholter Geschlechterrollen auf dem Arbeitsmarkt bereits frühzeitig ansetzen, indem wir den
2709 Bereich der Berufsorientierung für Schüler:innen reformieren und ausbauen. Dazu wollen wir eine
2710 geschlechtersensible Berufsberatung und -orientierung fördern sowie gendersensible Sprache in
2711 Schulen nutzen, um berufliche Rollenklischees aufzubrechen.

2712

2713 Wir werden ein **inklusives Ausbildungssystem** für die Berufsausbildung von Menschen mit
2714 Behinderung etablieren, in dem niemand ausgeschlossen wird. Dazu müssen die Berufsschulen
2715 angemessen ausgestattet werden. Wir wollen die Möglichkeiten der beruflichen Bildung für
2716 Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen so erweitern, dass flexible
2717 Möglichkeiten zur Erlangung eines berufsqualifizierenden Abschlusses bestehen.

2718

2719 **Jugendliche mit Migrationsgeschichte** in ihrem Wunsch nach Ausbildung zu unterstützen, ist nicht
2720 nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch ein Mittel, den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen.
2721 Dazu brauchen Unternehmen verlässliche Anlaufpunkte für die Beratung und Rechtssicherheit. Die
2722 jungen Migrant:innen müssen vor und während ihrer Ausbildung begleitet und unterstützt werden.
2723 Dazu gehört auch Hilfe dabei, Fragen des Aufenthaltsrechts zu klären. Zusätzliche
2724 Weiterbildungsangebote, besonders zum Erwerb der deutschen Sprache, sind unverzichtbar. Wir
2725 schlagen dazu vor, die Arbeitsmarktmentor:innen aufzuwerten und fachlich zu spezialisieren.
2726 Abschlüsse müssen schneller und einfacher anerkannt werden.

2727

2728 Wir werden eine **Sächsische Ausbildungsumlage** einführen, um die duale Ausbildung besser und
2729 gerechter zu finanzieren. Ausbildungsfähige Betriebe zahlen dabei in einen Fonds ein – Betriebe,
2730 die ausbilden oder sich an überbetrieblicher Ausbildung beteiligen, erhalten aus dem Fonds eine
2731 Förderung. Die Mittel des Fonds sollen auch dazu genutzt werden, die außerbetriebliche
2732 Ausbildung von Jugendlichen zu fördern, die keinen dualen oder überbetrieblichen
2733 Ausbildungsplatz bekommen haben.

2734

2735 **Hochschulen**

2736

2737 Hochschulpolitik von links heißt: Widerstand gegen den neoliberalen Umbau der Hochschulen. Die
2738 Marktradikalen wollen Hochschulen zu Unternehmen umbauen. Statt zu bilden, sollen sie die
2739 Menschen nur noch für die Wirtschaft zurichten. Wir als Die Linke setzen unsere Vision einer
2740 offenen, freien, vielfältigen und demokratischen Hochschule dagegen. Verwirklichen lässt sich
2741 diese Vorstellung nur, wenn die Hochschulen auch ausreichend finanziert werden.

2742
2743 Unsere Hochschulen treiben nicht nur die Innovation in Sachsen voran, sie sind auch ein wichtiger
2744 Bestandteil einer starken demokratischen Gesellschaft. Alle Menschen, die an den Hochschulen
2745 beschäftigt sind, verdienen gleichermaßen unsere Wertschätzung. Wir wollen den **gesamten**
2746 **wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Unter- und Mittelbau an Hochschulen stärken**.
2747 Deshalb wollen wir befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen. Wir fordern
2748 stattdessen: **Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden!** Für Dauerstellen
2749 dürfen keine befristeten Arbeitsverträge geschlossen werden. Die Zahl der Befristungen an
2750 Hochschulen muss deutlich sinken. Außerdem muss es endlich einen **studentischen Tarifvertrag**
2751 geben, damit auch studentische Beschäftigte vor Ausbeutung geschützt werden. Dem
2752 akademischen Mittelbau fehlt bislang eine gesetzlich verankerte Vertretung auf Landesebene – sie
2753 muss eingerichtet werden. Für Lehrbeauftragte an Musik- und Kunsthochschulen fordern wir eine
2754 deutlich bessere Vergütung.

2755
2756 Auf Bundesebene setzten wir uns dafür ein, das **Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)**
2757 **abzuschaffen** und stattdessen ein Wissenschaftsqualifizierungsgesetz zu beschließen.
2758 Höchstbefristungslaufzeiten müssen verschwinden, stattdessen soll es Planungssicherheit für alle
2759 Beschäftigten in der Wissenschaft geben.

2760
2761 Die **studentische Mitbestimmung** muss gestärkt werden, indem eine Viertelparität in den
2762 akademischen Gremien eingeführt wird. Wir setzen uns für **studentische Prorektor:innen** im
2763 Rektorat ein. Studierende müssen für die Arbeit in den Gremien der Hochschulen ein
2764 angemessenes Sitzungsgeld bekommen. Die direkt gewählten Gruppengremien wie der Senat und
2765 der Fakultätsrat benötigen mehr Kompetenzen gegenüber den exekutiven Organen. Der
2766 Hochschulrat muss zu einem Hochschulbeirat werden, der nur eine beratende Funktion hat und
2767 Brücke in die Gesellschaft sein kann.

2768
2769 Die **Studierendenwerke** müssen ausreichend finanziert werden. Auskömmliche Zuschüsse für den
2770 laufenden Betrieb sind nötig. Damit sie Studierendenwohnheime sanieren und neu bauen können,
2771 muss ein Investitionsprogramm auf den Weg gebracht werden.

2772
2773 Wir wollen den Zugang zum Hochschulstudium erleichtern. Darum wollen wir **alle Studiengebühren**
2774 **und den Numerus Clausus abschaffen** und eine **Grundsicherung für alle Studierenden einführen**.
2775 Wer ein Studium beginnt, der begibt sich bislang oft in die Gefahr, zu verarmen oder Schulden
2776 aufnehmen zu müssen. Nur 11 % der Studierenden bekommen überhaupt noch eine Unterstützung
2777 nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**), die wenigsten davon den Höchstsatz. Die
2778 letzte zaghafte BAföG-Erhöhung wurde schon von der Inflation aufgeessen. Das BAföG muss an
2779 die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend finanzieren. Über 30 %
2780 aller Studierenden sind armutsgefährdet oder leben in Armut. Wir werden uns daher für die
2781 Einführung einer Grundsicherung für Studierende einsetzen, um Studierende aus der Armut zu
2782 holen. Bis dieses langfristige Ziel erreicht ist, werden wir wie bisher auch auf Landesebene für eine
2783 Reform des BAföGs kämpfen, damit es wieder für Bildungsgerechtigkeit sorgt. Die vergangene
2784 **BAföG-Reform** reicht uns nicht! Ein modernes BAföG muss ein elternunabhängiger Zuschuss sein.
2785

2786 Wir setzen uns dafür ein, dass Studierende überall das Recht bekommen, ein mindestens
2787 zweisemestriges **Orientierungsstudium** zu absolvieren. Es soll nicht auf die Regelstudienzeit
2788 angerechnet werden, BAföG soll den Studierenden zustehen. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf
2789 Teilzeitstudium einführen. Um die Qualität des Studiums zu sichern, plädieren wir dafür, eine
2790 Akkreditierungspflicht des Lehrangebotes auch in Sachsen einzuführen. Außerdem fordern wir,
2791 dass die Begrenzung von Prüfungsversuchen im Hochschulgesetz endgültig abgeschafft wird.

2792
2793 Wir wollen eine **geschlechtergerechte und inklusive Hochschule**. Die Gleichstellungsbeauftragten
2794 und Inklusionsbeauftragten müssen angemessen mit Räumen und Ressourcen ausgestattet
2795 werden. Für ihre Tätigkeit sind sie zu entlasten, indem ihr Lehrdeputat verkleinert, ihre
2796 Qualifizierungszeit verlängert und eine Beurlaubung ermöglicht wird. Studentische Beauftragte sind
2797 angemessen für ihre Arbeit zu vergüten. In den Gremien der Hochschulen soll eine Quote von
2798 nicht-männlichen Mitgliedern eingehalten werden. Studierende mit Behinderungen sollen deshalb
2799 einen rechtlichen Anspruch auf Nachteilsausgleich erhalten. Im Hochschulrecht muss verankert
2800 werden, dass sie nach einer krankheitsbedingten Unterbrechung des Studiums zurückkehren
2801 können. Campus und Lehre müssen barrierefrei werden. Auch die digitale Barrierefreiheit an
2802 Hochschulen wollen wir weiterhin ausbauen und sicherstellen. Darüber hinaus setzen wir uns für
2803 den Schutz aller Angehörigen einer Hochschule vor Diskriminierung ein. Zum Schutz vor
2804 sexualisierter Belästigung und Gewalt soll es unabhängige Beratungsstellen und
2805 Präventionsmaßnahmen geben.

2806
2807 Die Queer- und Gender-Studies, die Antirassismus- und die Kolonialismusforschung müssen einen
2808 festen Platz an den sächsischen Hochschulen haben. Ihre Lehrstühle sind vom Freistaat
2809 angemessen auszustatten.

2810
2811 Wir setzen uns dafür ein, **internationale Studierende** noch besser zu unterstützen. Die Zahl von
2812 Sprachkursen muss ebenso erhöht werden wie die Kapazitäten der Studienkollegs. Die
2813 Studierenden aus dem Ausland brauchen Hilfe besonders in der Startphase des Studiums und bei
2814 der Wohnungssuche. Angesichts des Fachkräftemangels ist Sachsen unbedingt darauf
2815 angewiesen, attraktiver für ausländische Studierende zu werden. Das gilt nicht nur für die
2816 Hochschulen selbst, sondern auch für das Arbeits- und Lebensumfeld.

2817
2818 Wir wollen, dass sämtliche **Praktika und Vorbereitungsdienste**, die während des Studiums zu
2819 absolvieren sind, mindestens in Höhe des BAföG-Höchstsatzes vergütet werden. Für alle
2820 Studierenden im praktischen Jahr, im Praktikum und in Referendariaten/Vorbereitungsdiensten
2821 sollen die Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge übernommen werden.
2822 Krankheitstage sollen einheitlich gewährt werden. Außerdem werden wir die Praxisphasen so
2823 gestalten, dass ein angemessener Freiraum für Lehrveranstaltungen und das Selbststudium bleibt.
2824 Arbeitskleidung und Arbeitsmaterial müssen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, auch
2825 Kleidung und persönliche Gegenstände müssen kostenfrei aufbewahrt werden können.

2826
2827 Wir halten an der **Zivilklausel** fest. Forschung darf ausschließlich für zivile Zwecke stattfinden. Die
2828 Bundeswehr darf kein Drittmittelgeber an Sachsens Hochschulen sein.

2829
2830 **Zielvereinbarungen** zwischen dem Ministerium und den Universitäten sollen sich an der Zahl
2831 erfolgreicher Absolvent:innen, nicht an der Zahl der Studienanfänger:innen orientieren.
2832 Zielvereinbarungen sollen vom Senat bestätigt werden. Der **Hochschulentwicklungsplan** ist
2833 zukünftig vom Landtag zu beschließen.

2834

2835 In einem **dualen Studium** müssen wie in einer Berufsausbildung Qualitätsstandards für die
2836 Praxisphasen verankert sein. Dazu zählen aus unserer Sicht eine Mindestausbildungsvergütung,
2837 das Verbot von ausbildungsfremden Tätigkeiten und Regelungen zur Freistellung. Außerdem
2838 müssen die Standards des Bundesurlaubsgesetzes und der Entgeltfortzahlung angewandt werden.
2839

2840 Auch die Hochschulen sind gefordert, ihren Beitrag zum **Klimaschutz** zu leisten. Dies kann zum
2841 einen dadurch gelingen, dass in diesem Bereich intensiver geforscht und gelehrt wird,
2842 beispielsweise in Form von Modulen zur Klimagerechtigkeit, die für den Studienablauf verpflichtend
2843 werden. Zum anderen müssen sich die Hochschulen selbst zur Klimaneutralität verpflichten. Um die
2844 nötigen Umstellungen vornehmen zu können, sollten sie ausreichend ausgestattet werden. An
2845 jeder sächsischen Hochschule muss ein Nachhaltigkeitsbüro (Green Office) eingerichtet werden.
2846

2847 Der wissenschaftliche Fortschritt und eine lebendige Forschungskultur leben vom
2848 wissenschaftlichen Austausch. Dazu gehört, dass Professor:innen, Doktorand:innen, Studierende
2849 und andere Mitglieder des Wissenschaftsbetriebs die Ergebnisse ihrer Arbeit frei veröffentlichen
2850 können. Diese Veröffentlichungen sollten dann aber auch möglichst leicht verfügbar und
2851 zugänglich sein. Wir wollen deshalb eine umfassende **Open-Access-Förderstrategie** entwickeln.
2852 Dazu gehört ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht, das im Sächsischen Hochschulgesetz
2853 verankert werden soll. Forschungsergebnisse, Forschungsdaten und Softwarecodes, die in
2854 Sachsen durch öffentliche Mittel finanziert wurden, sollen der Öffentlichkeit auch zugänglich sein
2855 und als Open-Access-Publikation erscheinen. Nur so kann es gelingen, wissenschaftliche
2856 Erkenntnisse auch für die Gesellschaft verfügbar und nachvollziehbar zu machen.
2857

2858 **Schlaglicht: Gleichstellung**

2859

2860 Was ist **Gleichstellung**? „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Mit diesem Satz verbietet das
2861 Grundgesetz (Artikel 3 Absatz 2) eine normative Ungleichbehandlung von Männern und Frauen
2862 aufgrund ihres Geschlechts. Vor dem Recht sind Männer und Frauen also gleich. Der Begriff
2863 Gleichstellung umfasst mehr als das. Gleichstellung bedeutet, dass die rechtliche Gleichheit auch in
2864 allen Lebenssituationen praktisch Anwendung findet und kein Mensch aufgrund des Geschlechts
2865 Nachteile erfahren darf. Das gilt für Cis-Männer und -Frauen genauso wie für trans*, inter* und
2866 nicht-binäre Menschen.
2867

2868 Noch immer sind die **Geschlechter nicht gleichgestellt**. In Sachsen gibt es eine Lohnlücke
2869 zwischen Frauen und Männern von 11,8 % bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit. Das
2870 Lohngefälle zwischen Männern und Frauen in Deutschland nimmt ab dem 30. Lebensjahr stark zu –
2871 wesentlich stärker als beispielsweise in den skandinavischen Ländern Dänemark und Schweden.
2872 Das liegt vor allem daran, dass Frauen, wenn sie Mütter werden, für ein bis zwei Jahre im Job
2873 ausfallen – ausgerechnet dann, wenn Männer die Karriereleiter erklimmen und die meisten
2874 Beförderungen erhalten. Auch nach der Elternzeit sind es meist Frauen, die Teilzeitjobs
2875 übernehmen, um sich um den Nachwuchs zu kümmern. Das bedeutet auch, dass Frauen
2876 tendenziell stärker von Altersarmut betroffen sind. Weniger Einkommen bedeutet auch weniger
2877 Rente – ein Problem, dass sich mit einer Trennung noch verschärft.
2878

2879 Nach wie vor gelten manche Berufe als typische „**Frauenberufe**“. Meist werden diese Tätigkeiten
2880 **schlechter bezahlt** als typische „Männerberufe“. Es gilt, für diese ungleichen (Be)Wertungen von
2881 Frauen- und Männerarbeit ein Bewusstsein zu schaffen – und damit auch eine Sensibilität dafür,
2882 dass diese unterschiedlichen Zuschreibungen von Wert am Geschlecht festgemacht werden. Um
2883 Arbeit ohne Diskriminierung zu bewerten, müssten ganz andere Kriterien beachtet werden: Die
2884 Arbeit und die Anforderungen am Arbeitsplatz wären zu bewerten – nicht die Person. Der Inhalt der

2885 Arbeit wäre bedeutsam – nicht der Titel einer Position, etwa der des Chefkochs. Der gesamte
2886 Inhalt, der für die Arbeitsanforderungen relevant ist, müsste spezifiziert werden. Dabei wären auch
2887 die „unsichtbaren“ Arbeitsanforderungen zu beachten, die bisher kaum erkannt und berücksichtigt
2888 wurden – vor allem bei typischen Frauenarbeitsplätzen. Erst dann wären Bewertungen übergreifend
2889 vergleichbar.

2890
2891 Nach wie vor herrscht ein signifikantes Ungleichgewicht, was den **Anteil von Frauen in**
2892 **Führungspositionen** angeht. Auch wenn ihr Anteil in Führungspositionen im Osten Deutschlands
2893 höher ist als im Westen, sind weniger als 30 % Frauen im Top-Management kein Grund zu feiern.
2894 Ähnlich sieht der Frauenanteil bei den Lehrstühlen an Universitäten aus – und das, obwohl Frauen
2895 zu Beginn der akademischen Laufbahn noch überproportional vertreten sind. Noch schlimmer sieht
2896 es bei den politischen Ämtern aus. Der Sächsische Landtag hat im bundesweiten Vergleich einen
2897 der niedrigsten Frauenanteile. Ein ähnliches Bild zeigt sich auf der kommunalen Ebene.

2898
2899 **Für Die Linke ist die Gleichstellung ein wesentliches Ziel.** Die Bedeutung des Geschlechts als
2900 gesellschaftlich hierarchisierende Kategorie wollen wir zurückdrängen. Im Bereich öffentlicher
2901 Unternehmen und der Verwaltung werden wir **anonymisierte Bewerbungsverfahren** bei der
2902 Personalauswahl einführen und Maßnahmen ergreifen, um den **Anteil von Frauen in**
2903 **Führungspositionen zu erhöhen.** Wir wollen in ganz Sachsen Tarifverträge mit
2904 geschlechtersensibler Arbeitsbewertung.

2905
2906 In unserer Gesellschaft führen stereotype Rollenbilder und bestehende Geschlechterverhältnisse
2907 weiterhin zu konkreten und erheblichen Unterschieden – bei der Berufswahl wie beim Zugang zur
2908 gesellschaftlichen Teilhabe und zu finanziellen Ressourcen. Menschen, die sich weder dem
2909 männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen oder deren Geschlecht nicht mit
2910 dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt, werden marginalisiert,
2911 erfahren Diskriminierung und Gewalt. **Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung der**
2912 **Geschlechter.**

2913
2914 Die durch nichts zu rechtfertigende **Lohnlücke zwischen Frauen und Männern muss geschlossen**
2915 **werden.** Wir werden eine umfassende geschlechtersensible Bildungsarbeit auf allen Ebenen
2916 etablieren. Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen, die von Diskriminierung
2917 betroffen sind, werden wir ausbauen und fördern. **Sexismus, Queer-, Trans- und**
2918 **Interfeindlichkeit sowie sexualisierte Gewalt müssen geächtet werden.** Laut der Studie
2919 „Sachsen-Monitor“ nimmt die Queerfeindlichkeit bei uns zu – wir treten dieser Entwicklung
2920 entgegen. Wir werden uns dafür einsetzen, den Artikel 3 des Grundgesetzes um das
2921 Diskriminierungsmerkmal „sexuelle Orientierung“ zu erweitern.

2922
2923 Werbung im öffentlichen Raum begleitet uns auf Schritt und Tritt. Genauso wie das Fernsehen oder
2924 das Internet tragen die präsentierten Bilder von „typischen“ Frauen und Männern zur Bildung
2925 stereotyper Rollenklischees bei. So schreiben sie Sexismus und Geschlechterungerechtigkeit fort.
2926 Deshalb werden wir ein Verbot sexistischer und diskriminierender Werbung im öffentlichen Raum
2927 durchsetzen.

2928
2929

2930 **IV. Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

2931
2932 Die Demonstrationen für die Demokratie und gegen ihre rechten Feinde, die in Deutschland und
2933 auch in Sachsen in diesem Jahr Hunderttausende auf die Straße gebracht haben, machen uns Mut.
2934 Aber es reicht nicht, wenn die Regierenden die Demokratie immerzu nur in ihren Sonntagsreden

2935 beschwören. Um die Demokratie zu erhalten, müssen wir sie verbessern. Die Regierenden müssen
2936 endlich damit aufhören, vor den Forderungen der Demokratiefeinde von rechts einzuknicken. Ein
2937 **aktiver Staat** muss den Menschen die Existenzängste nehmen, die manche anfällig für rechten
2938 Populismus machen. Wir müssen in Sachsen die **politische Bildung** und die **Erziehung zur**
2939 **Demokratie** stärken und den Menschen endlich **mehr Möglichkeiten für direkte Demokratie und**
2940 **bürgerschaftliche Beteiligung** verschaffen. Wer die Gesellschaft selbstwirksam verändern kann,
2941 sehnt sich nicht mehr nach dem starken Mann.

2942
2943 Direkte Demokratie kann nur gelingen, wenn es den Menschen leichtgemacht wird, sich
2944 einzubringen und mitzuentcheiden. Wir wollen das **Quorum für Volksanträge auf 20.000**
2945 **Unterschriften und das für Volksbegehren auf fünf Prozent der Bevölkerung reduzieren**. Auch in
2946 Landkreisen, Städten und Gemeinden müssen die entsprechenden Quoren für Anträge, Begehren
2947 und Entscheide aus der Bevölkerung weiter gesenkt werden. Wir kämpfen weiter dafür, ein
2948 **modernes Petitionsgesetz** einzuführen, dass es den Menschen in Sachsen erleichtert, sich mit
2949 ihren Problemen an den Landtag zu wenden. Mit einem rechtssicheren **Parité-Gesetz** streben wir
2950 eine **geschlechterparitätische Besetzung der sächsischen Parlamente** an.

2951
2952 Die Linke setzt sich **konsequent gegen Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus und andere**
2953 **menschenfeindliche Einstellungen** ein. Wir wollen den **Antifaschismus als Staatsziel in der**
2954 **Sächsischen Verfassung** festschreiben. Wir unterstützen alle Projekte gegen Rassismus und
2955 Faschismus, so etwa das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“. Wir wollen
2956 rechte Gewalt verhindern und konsequent bestrafen. **Die rechte Szene muss entwapfnet werden!**
2957 Wir unterstützen die Errichtung eines **Dokumentationszentrums in Chemnitz und Zwickau zur**
2958 **Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘**
2959 **(NSU)“**.

2960
2961 Eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen darf Diskriminierungen nicht dulden. Deshalb
2962 kämpfen wir auch **gegen Benachteiligung und Abwertung auf Grund der sexuellen Identität**. Im
2963 Bereich des Gewaltschutzes drängen wir auf eine **vollständige Umsetzung der Istanbul-**
2964 **Konvention**. Schutzeinrichtungen für Frauen müssen ausgebaut und vollständig vom Freistaat
2965 finanziert werden. Geschlechtergerechte Sprache ist für uns ein Mittel, um auf geschlechtliche
2966 Vielfalt hinzuweisen.

2967
2968 Die Sicherung der Demokratie von morgen fängt bei der Jugend von heute an. Wir werden uns
2969 dafür einsetzen, dass die **UN-Kinderrechtskonvention** umgesetzt wird. **Das aktive Wahlalter bei**
2970 **Kommunal- und Landtagswahlen sowie Volksentscheiden muss auf 16 Jahre gesenkt werden!**
2971 Wir wollen **Kinderrechte in der Sächsischen Verfassung** festschreiben. Die Kinder- und
2972 Jugendhilfe, die demokratische Jugendarbeit und die Jugendbildung wollen wir stärken. Wir wollen
2973 einen **„Kinder- und Familienfreitag“** am ersten Freitag im Juni als zusätzlichen gesetzlichen
2974 Feiertag in Sachsen einführen.

2975
2976 Für Die Linke bedeutet der Begriff „öffentliche Sicherheit“ in erster Linie: Schutz der Bevölkerung
2977 sowie ihrer Rechte. Verbrechen bekämpfen wir am besten, indem wir **die sozialen Ursachen von**
2978 **Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt bekämpfen**. Das teilweise verfassungswidrige
2979 **sächsische Polizeigesetz muss überarbeitet werden**, damit endlich wieder die Grundrechte aller
2980 Menschen und die Unschuldsvermutung im Vordergrund stehen. Für eine gute Polizeiarbeit
2981 benötigen wir eine bessere Ausbildung und mehr Ermittlungskapazitäten. Rassismus und
2982 Diskriminierung in und durch Polizei und Justiz müssen beendet werden. Wir wollen **Racial Profiling**
2983 **verbieten**. Der Inlandsgeheimdienst namens Landesamt für **Verfassungsschutz ist aufzulösen**. Im
2984 Strafvollzug müssen Wiedereingliederung und Wiedergutmachung im Mittelpunkt stehen.

2985

2986 **Kultur muss für alle zugänglich sein.** Wir wollen die Kommunen und Kulturräume so ausstatten,
2987 dass es ihnen möglich ist, die reichhaltige Kunst- und Kulturlandschaft in Sachsen zu erhalten. Wir
2988 fordern ein **landesweites Entwicklungskonzept für Kunst und Kultur, dynamisierte**
2989 **Kulturraummittel** und **Honoraruntergrenzen** für künstlerisch Schaffende. Musikschulen müssen
2990 besser unterstützt, Lehrkräfte besser bezahlt werden. Wir wollen den Frauentag am 8. März und
2991 den Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai als neue Feiertage etablieren. Die
2992 **Erinnerungskultur** in Sachsen wollen wir konsequent antifaschistisch ausrichten. Die
2993 Gedenkstätten müssen finanziell besser ausgestattet werden.

2994

2995 **Sport** hat eine positive Wirkung auf alle, die ihn treiben, aber auch auf die gesamte Gesellschaft.
2996 Der **Breitensport** darf nicht zugunsten des Spitzensports vernachlässigt werden. Die Kommunen
2997 müssen vom Freistaat die Mittel erhalten, um **Sportanlagen** zu errichten und zu unterhalten. Sie
2998 müssen auch den Vereinen zur Verfügung stehen. Der Schulsport muss gesichert werden. **Jedes**
2999 **Kind soll schwimmen lernen!** Schwimmhallen müssen saniert und neu errichtet werden. Das
3000 Sportwesen würde ohne das Ehrenamt nicht funktionieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die
3001 **Qualifizierung** von Ehrenamtlichen in den Sportvereinen besser gefördert wird, so u.a. durch
3002 Freistellungen und finanzielle Unterstützung.

3003

3004 Die Medien sind eine Säule unserer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass eine große **Vielfalt**
3005 **hochwertiger Medien in Sachsen** erhalten bleibt und auch neue Angebote entstehen können. Wir
3006 wollen die **nichtkommerziellen Freien Radios sowie die regionalen und lokalen Fernseh- und**
3007 **Radioprogramme erhalten.** Der **MDR** als öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Sachsen soll nicht nur
3008 einer minimalistischen „Grundversorgung“ dienen, neben der Information zählen auch Bildung,
3009 Beratung, Kultur und Unterhaltung zu seinem umfassenden Auftrag. Wir wollen die solidarische
3010 Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beibehalten. Menschen, die Transferleistungen
3011 empfangen, wollen wir grundsätzlich vom Rundfunkbeitrag befreien. Der **MDR-Staatsvertrag muss**
3012 **reformiert werden,** um den MDR vielfältiger zu machen und die Beschäftigten besser an den
3013 Entscheidungen zu beteiligen.

3014

3015 Die Linke steht für eine **offene und freie Netzgemeinschaft.** Deshalb sind wir entschieden **gegen**
3016 **Zensur, Netzsperrern, Überwachung und anlasslose Datenspeicherung durch Behörden und**
3017 **Unternehmen.** Wir sind für **Netzneutralität!** Im digitalen Raum darf es keine Klassengesellschaft
3018 geben, die einige benachteiligt und andere bevorzugt. Wir wollen Institutionen zum **Schutz vor**
3019 **Hass und Gewalt im Netz** ausbauen.

3020

3021 Auch in Sachsen ist **Einwanderung** längst gesellschaftliche Normalität. Geflüchteten Schutz zu
3022 gewähren, ist eine humanitäre Pflicht. Zugleich begreifen wir Zuwanderung als Chance für die
3023 sächsische Gesellschaft. Sachsen soll ein offenes Land werden mit **gleichen Rechten auf soziale**
3024 **Sicherung und gesellschaftliche Teilhabe für Eingewanderte.** Wir treten für dezentrale
3025 Unterbringung und selbstbestimmtes Wohnen ein. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten
3026 sollen **Willkommenszentren** entstehen, die Initiativen beraten, koordinieren und fördern.
3027 Ausländerbehörden wollen wir zu Willkommensbehörden umgestalten, **Verfahren vereinfachen**
3028 **und digitalisieren.** Wir setzen uns für eine **Bleiberechts-offensive** in Sachsen ein. Das von der
3029 sächsischen Regierungskoalition verabschiedete Integrationsgesetz reicht nicht aus. Sachsen
3030 braucht ein echtes **Teilhabegesetz.**

3031

3032 **Die Linke bekennt sich klar zu Europa** und zur europäischen Integration. Wir setzen uns für ein
3033 **Europa der Regionen** ein. Dazu muss der **Ausschuss der Regionen** der Europäischen Union
3034 gestärkt werden. Sachsen muss sich auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass das

3035 **Menschenrecht auf Asyl** von der EU garantiert wird. Wir fordern die **Auflösung von Frontex**, da
3036 diese Grenzschutztruppe nachweislich die Menschenrechte von Geflüchteten erheblich verletzt.
3037 Wir sind **gegen Grenzkontrollen**. Den Jugendaustausch, die europapolitische Bildung und den
3038 Tschechisch- und Polnisch-Unterricht an sächsischen Schulen wollen wir ausbauen.

3039
3040 Die Linke ist seit jeher die Partei des Friedens. Wir sind gegen Krieg, Aufrüstung, Waffenexporte
3041 und Militarismus. Wir kämpfen um eine friedliche Welt, die durch Zusammenarbeit geprägt ist und
3042 in der Konflikte durch Diplomatie gelöst werden. Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von
3043 Krieg. Im Interesse der Menschen muss der Frieden auch gerecht sein. Die Wurzel der Kriege liegt
3044 in einer ungerechten Weltordnung, die beseitigt werden muss. Wir akzeptieren keine
3045 Doppelstandards. Wir lehnen Russlands Krieg gegen die Ukraine genauso entschieden ab wie
3046 andere völkerrechtswidrige Kriege, etwa den Krieg der USA im Irak oder die türkischen Feldzüge in
3047 den kurdisch besiedelten Gebieten. Bewegungen für Menschenrechte und Demokratie in aller Welt
3048 wollen wir mit friedlichen Mitteln unterstützen. Wir sind dagegen, dass in Sachsen neue Waffen
3049 erfunden oder produziert, neue Bundeswehrstandorte gegründet oder an den Schulen und
3050 Hochschulen für den Kriegsdienst geworben wird. Stattdessen sollte Sachsen die internationale
3051 Zusammenarbeit fördern, etwa durch den Ausbau von Städtepartnerschaften.

3052
3053 **Direkte Demokratie, Bürger:innenbeteiligung und Transparenz**
3054
3055 Direkte Demokratie kann nur gelingen, wenn es den Menschen leichtgemacht wird, sich
3056 einzubringen und mitzuzentscheiden. Aber Sachsen hat deutschlandweit die höchste Hürde bei der
3057 Volksgesetzgebung. Würde die Mindestbeteiligung (Quorum) reduziert, die für Volksanträge und
3058 Volksbegehren nötig ist, könnten diese demokratischen Möglichkeiten viel häufiger genutzt
3059 werden. Für Die Linke ist daher die **Halbierung des Quorums auf 20.000 Unterschriften für einen**
3060 **Volksantrag** ein folgerichtiger Schritt. Im nächsten Schritt muss das **Unterschriftenquorum für**
3061 **das Volksbegehren auf fünf Prozent** reduziert werden, bezogen auf die bei der letzten
3062 Landtagswahl Wahlberechtigten. Um die direktdemokratischen Verfahren zu verbessern, treten wir
3063 für weitere Maßnahmen ein: So kann ein Volksantrag neben einem Gesetz auch einen allgemeinen
3064 Gegenstand der politischen Willensbildung zum Gegenstand haben. Außerdem sollen
3065 Volksbegehren früh auf ihre Zulässigkeit geprüft werden. Das zuständige Ministerium soll eine
3066 **kostenlose Beratung** zum Start der Sammlung anbieten. Abstimmungsbroschüren sollen
3067 eingeführt und den Initiativen ein **Rede- und Anhörungsrecht** eingeräumt werden. Es muss auch
3068 möglich sein, **Volksinitiativen** außerhalb der Gesetzgebung durchzuführen.

3069
3070 Auch im Bereich der kommunalen Angelegenheiten wollen wir, dass mehr Menschen teilhaben
3071 können. Dafür ist es entscheidend, die **Quoren für Einwohner:innenanträge,**
3072 **Bürger:innenbegehren und Bürger:innenentscheide in Landkreisen, Städten und Gemeinden**
3073 **und damit die Hürden für unmittelbare Beteiligung weiter zu senken** und kommunalen
3074 Interessengruppen mehr Entscheidungsbefugnis zu geben.

3075
3076 Die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen wird durch zahlreiche Barrieren
3077 erschwert. So ist es für sie im ländlichen Raum oft schon schwer möglich, das aktive Wahlrecht
3078 auszuüben – nur wenige **Wahllokale sind barrierefrei**. Das muss sich ändern! Die Bereitstellung
3079 und Nutzung barrierefreier Wahllokale in den Kommunen muss gesetzlich vorgeschrieben und
3080 deren Einrichtung durch das Land finanziell unterstützt werden. Politische Information und Bildung
3081 sollten deshalb barrierefrei und in Leichter Sprache zugänglich sein.

3082
3083 Auf kommunaler Ebene sollen flächendeckend Inklusionsbeauftragte hauptamtlich berufen und das
3084 Aufgabenprofil der bisher tätigen Behindertenbeauftragten entsprechend erweitert werden. Parallel

3085 sollen auf dieser Ebene ehrenamtliche Inklusionsbeiräte tätig werden, die vor allem mit Menschen
3086 mit Behinderungen besetzt werden. Die Arbeit des Landesbeirats soll durch eine Ausweitung der
3087 Befugnisse und Ausstattung unterstützt und so auch öffentlich stärker wahrnehmbar werden. Der
3088 Anspruch einer politischen und gesellschaftlichen Partizipation von Menschen mit Behinderungen
3089 muss stärker in den maßgeblichen Gesetzen und Verordnungen des Freistaates Sachsen verankert
3090 und nachgeschärft werden: im Sächsischen Inklusionsgesetz, in der Sächsischen
3091 Gemeindeordnung und in der Sächsischen Landkreisordnung. Zur Koordination von Maßnahmen
3092 und zur fachlichen Begleitung und Vernetzung der Akteur:innen und Verbände soll in enger
3093 Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung eine Fachstelle „Politische Bildung
3094 inklusiv“ etabliert werden, in der Expertise gebündelt, Wissen barrierefrei zur Verfügung gestellt
3095 wird und Menschen mit Behinderungen auch aktiv zur politischen Beteiligung motiviert werden
3096 können.

3097
3098 Damit Bürgerinnen und Bürger sich erfolgreich beteiligen können, benötigen sie Instrumente, um
3099 die Politik verbindlich zum Dialog aufzufordern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die
3100 **Bürger:innenmitbestimmung** ausgebaut und gefördert wird. Mitwirkungs- und
3101 **Mitbestimmungsrechte marginalisierter Gruppen** sollen gesichert werden. Wir dringen auf die
3102 Einführung öffentlicher Petitionen, bei denen es für die Petenten einen **Anspruch auf eine**
3103 **öffentliche Anhörung** gibt, wenn ein bestimmtes Quorum erfüllt ist. Ebenso brauchen wir eine
3104 dauerhafte **Beratungsstelle für Bürger:innenbeteiligung**.

3105
3106 Für Die Linke trägt ein modernes Petitionswesen zu einer lebendigen Demokratie bei. Petitionen
3107 bieten die Möglichkeit, sich direkt am demokratischen Prozess zu beteiligen und Vorschläge
3108 einzubringen. Dazu muss der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger allerdings wahrnehmbar sein.
3109 Das sächsische Petitionsrecht genügt diesem Anspruch nicht. Das geltende Sächsische
3110 Petitionsausschussgesetz wollen wir durch ein **modernes Petitionsgesetz** ablösen. Die
3111 Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat dazu bereits per Gesetzentwurf Vorschläge unterbreitet.
3112 So muss das Petitionsrecht allen offenstehen: Deshalb sollen Petitionen auch in Brailleschrift,
3113 mündlich oder gebärdensprachlich eingereicht werden können, wie in Hessen oder Thüringen. Der
3114 Landtag muss Online-Petitionen ermöglichen, wie es der Bundestag schon 2005 getan hat. Eine
3115 öffentliche **Online-Petitionsplattform** soll Debatten ermöglichen. Den **Schutz personenbezogener**
3116 **Daten** wollen wir so regeln wie das Verfahren zu Massen- und Sammelpetitionen. Zudem schlagen
3117 wir vor, dass die Staatsregierung vier Wochen, nachdem eine Petition eingereicht wurde, Stellung
3118 nehmen muss, in Eilfällen binnen sieben Tagen. Sie muss außerdem den Landtag innerhalb von
3119 sechs Wochen schriftlich darüber informieren, was sie veranlasst hat. Nicht zuletzt soll der
3120 Petitionsausschuss finanzielle Mittel für einen **Härtefallfonds** erhalten. Damit soll er Petentinnen
3121 und Petenten direkt helfen können, die unverschuldet in eine besondere wirtschaftliche Notlage
3122 geraten sind.

3123
3124 Das beschlossene Transparenzgesetz muss zügig evaluiert werden, um schneller als bisher geplant
3125 für **mehr öffentliche Transparenz** der staatlichen und kommunalen Verwaltungen zu sorgen.
3126 Kommunen sowie Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, sollten ins
3127 Transparenzgesetz aufgenommen werden. Uns ist es wichtig, dass die Entscheidungen von
3128 Regierungen, Behörden und staatlichen sowie kommunalen Einrichtungen vollständig
3129 nachvollziehbar sind.

3130
3131 Wir wollen gesetzlich verankern, dass bei der Listenaufstellung für Wahlen verpflichtend ebenso
3132 viele Frauen wie Männer zu berücksichtigen sind. Mit einem rechtssicheren **Parité-Gesetz** streben
3133 wir eine **geschlechterparitätische Besetzung der sächsischen Parlamente** an.

3134

3135 **Zivilgesellschaftliches Engagement und Antifaschismus**

3136

3137 Die Linke setzt sich konsequent gegen menschenverachtende Denkmuster wie Antisemitismus,
3138 Nationalismus, Rassismus und andere diskriminierende Einstellungen ein. Menschenfeindliches
3139 Denken und Handeln gibt es leider in allen Altersgruppen und allen gesellschaftlichen Bereichen.
3140 Dagegen anzugehen ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Anstrengungen sind in allen
3141 Feldern der Politik nötig. Rassistische Einstellungen und Taten müssen als Problem benannt
3142 werden. Wir fordern den Ausbau von Fort- und Weiterbildungsangeboten zur präventiven Arbeit
3143 gegen die extreme Rechte sowie um Menschen zu befähigen, sich mit den aktuellen Erscheinungen
3144 von Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen und ihre Handlungskompetenzen zu stärken.
3145 Diese Fort- und Weiterbildungsangebote sind vor allem für Menschen in der Jugend- und
3146 Sozialarbeit, für Lehrkräfte, für die Verwaltung sowie für Polizei und Justiz wichtig. Gerade bei
3147 diesem Problem ist größte Sensibilität nötig.

3148

3149 Ein offenes Land mit freien Menschen schützt sich vor den Gegner:innen von Demokratie und
3150 Republik. Daher muss die entschlossene Auseinandersetzung mit der extremen Rechten,
3151 antidemokratischen Strukturen, menschenfeindlichen Strömungen und rassistischen Bestrebungen
3152 ein permanentes Ziel staatlicher Politik im Freistaat Sachsen sein. Dies gewährleistet eine
3153 **Antifaschismus-Klausel in der Sächsischen Verfassung**. Sie verpflichtet alle staatlichen
3154 Institutionen daran mitzuwirken, die extreme Rechte zurückzudrängen.

3155

3156 Das von der Staatsregierung aufgelegte „**Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus**“ muss
3157 beibehalten, mit der Hilfe von Expertisen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stetig
3158 fortentwickelt und in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen umgesetzt werden. Dabei
3159 kommt es entscheidend auf die bessere Kooperation aller Beteiligten an.

3160

3161 Die wichtige Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen darf nicht länger durch Misstrauen behindert
3162 werden. Die Linke Sachsen unterstützt antifaschistische und antirassistische Projekte, Initiativen
3163 und Bündnisse, die sich für mehr Miteinander und Toleranz einsetzen sowie das **Programm**
3164 **„Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“**. Dieses Programm soll dauerhaft fortgeführt
3165 werden und muss mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.

3166

3167 Die Gefahr durch die extreme Rechte sowie durch Verschwörungsideologien sowie rassistische
3168 und menschenfeindliche Ideologien ist ungebrochen. Wir fordern, dass die Behörden und die
3169 Polizei die Menschen vor diesen Gefahren schützen, statt radikal rechte Akteur:innen machen zu
3170 lassen, was sie wollen. **Die rechte Szene muss entwaffnet werden!** Rechte, rassistische und
3171 antisemitische Täter:innen müssen endlich den Druck der Verfolgung spüren. Polizei und Justiz
3172 müssen im Kampf gegen rechte Gewalt wirksamer werden.

3173

3174 Für Die Linke ist die Errichtung eines **Dokumentationszentrums in Chemnitz und Zwickau zur**
3175 **Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘**
3176 **(NSU)“** ein folgerichtiger Schritt. Unter die Aufarbeitung dieser Morde kann und darf angesichts
3177 vieler offener Fragen kein Schlusstrich gezogen werden. Die Planung des
3178 Dokumentationszentrums muss unterstützt, seine Errichtung finanziell ermöglicht und die
3179 Unabhängigkeit des Projekts gesichert werden. Zudem sollte die **Aufarbeitung des NSU-**
3180 **Komplexes auch Teil des Unterrichts an sächsischen Schulen** sein.

3181

3182 Wir halten es für nötig, die erfahrenen, langjährigen Träger der **Beratungsnetzwerke**
3183 (Opferberatung sowie mobile Beratung), die vielfältige Kontakte in den sächsischen Regionen
3184 haben, kontinuierlich weiter zu fördern und stärker zu institutionalisieren. Außerdem muss die

3185 Landesregierung die Kommunen dabei unterstützen, Nazikonzerte, extrem rechte Demonstrationen
3186 und Häuserkäufe durch rechte Gruppen oder Personen zu verhindern.

3187

3188 Wir wollen ein **Landesgesetz zur Demokratieförderung**, das das Demokratie-Zentrum
3189 weiterentwickelt und die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Initiativen sichert.

3190

3191 Der **Sachsen-Monitor** ist ein wichtiges Mittel dazu, die Einstellungen der sächsischen Bevölkerung
3192 zu erforschen. Wir treten dafür ein, ihn weiterzuentwickeln und sicherzustellen, dass er
3193 unabhängig, transparent und wissenschaftlich fundiert erarbeitet wird. Die Auswertung der Daten
3194 sollte einer akademischen Institution überlassen werden.

3195

3196 Seit 2014 liegt die Zahl der jüdenfeindlichen Straftaten in Sachsen jährlich fast durchgängig im
3197 dreistelligen Bereich. Die meisten dieser Taten kommen von rechts. Wir fordern daher eine:n
3198 **hauptamtliche:n Antisemitismusbeauftragte:n**, der bei der Sächsischen Staatskanzlei angesiedelt
3199 wird. Die aktuelle Stelle des „Beauftragten für jüdisches Leben in Sachsen“ reicht nicht aus. Die/der
3200 Beauftragte sollte künftig hauptamtlich, möglichst unabhängig und ressortübergreifend
3201 Antisemitismus vorbeugen und ihn bekämpfen können. Er muss dazu mit eigenen Kontroll- und
3202 Initiativrechten ausgestattet sowie durch einen Fachbeirat unterstützt werden. Gemeinsames Ziel
3203 muss es sein, den Antisemitismus zurückzudrängen – gleichgültig, in welcher Form er sich zeigt
3204 und aus welcher politischen oder weltanschaulichen Richtung er kommt.

3205

3206 **Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges demokratisches Grundrecht, das gewahrt und**
3207 **gewährleistet werden muss. Demonstrationsrechte müssen** gestärkt werden. Dazu gehört es
3208 auch, die Arbeit von Medien jederzeit zu ermöglichen. Die Polizei muss Journalist:innen wirksam
3209 gegen Anfeindungen und Angriffe von Rechtsaußen schützen.

3210

3211 Wir fordern die **Entkriminalisierung von antirassistischem und antifaschistischem sowie**
3212 **zivilgesellschaftlichem Protest**. Wir setzen uns für die Auflösung der „Soko LinX“ ein.

3213

3214 **Kampf gegen Diskriminierung**

3215

3216 Eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen darf Diskriminierungen nicht dulden. Dies gilt auch
3217 für Benachteiligung und Abwertung auf Grund der sexuellen Identität. Deshalb setzen wir uns auch
3218 queerpolitisch für eine zielgerichtete und umfassende Politik gegen Diskriminierung ein.

3219 **Antidiskriminierungsbüros** wollen wir insbesondere im ländlichen Raum ausbauen und zudem
3220 spezifische Angebote wie queere Wohngruppen oder autonome MINTA*- und FLINTA*-Häuser
3221 schaffen. Vereine und freie Träger, die in diesem Bereich tätig sind, wollen wir finanziell besser
3222 ausstatten, damit sie mehr Personal einsetzen können. Die Vernetzungs- und Demokratiewerkarbeit der
3223 queeren Vereine wollen wir in Förderrichtlinien verankern. Zudem setzen wir uns für eine
3224 unabhängige Melde- und Beratungsstelle nach dem Berliner Vorbild „Maneo“ ein. Wir fordern die
3225 rechtliche Gleichstellung bei Kinderwunschbehandlungen und Adoptionen. Wir wollen Polizei und
3226 Justiz dafür sensibilisieren, entschiedener gegen queerfeindliche Hasskriminalität vorzugehen. Die
3227 Interessen von queeren Geflüchteten sind besser zu schützen.

3228

3229 Das Sächsische Prostituiertenschutzausführungsgesetz (SächsProstSchGAG) wollen wir
3230 grundlegend erneuern. Die Stigmatisierung und das Kontrollregime müssen ein Ende haben.
3231 Stattdessen müssen **Sexarbeiter:innen unterstützt** und ihre **Selbstbestimmung am Arbeitsplatz**
3232 **gefördert** werden. Wir wollen die wichtige Arbeit der Beratungsstellen unterstützen, aber auch die
3233 Sexarbeiter:innen darin, sich selbst zu organisieren.

3234

3235 Opfer von Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung und Zwangsprostituierte, die von
3236 Ausbeutung, Gewalt und Zuhälterei betroffen sind, müssen besser geschützt und unterstützt
3237 werden. Wir möchten **umfassende Schutzrechte für Betroffene** unabhängig von
3238 Aufenthaltsfragen und der Bereitschaft, mit den Strafverfolgungsbehörden zu kooperieren. Wir
3239 wollen die Fachberatungsstellen für Betroffene des Menschenhandels ausreichend finanzieren,
3240 damit diese **Zufluchtswohnungen** bereitstellen und somit unmittelbar Sicherheit schaffen können.
3241 Um die Vertraulichkeit zu sichern, sollen Berater:innen ein Zeugnisverweigerungsrecht bekommen.
3242

3243 Im Bereich des Gewaltschutzes drängen wir auf eine vollständige **Umsetzung der Istanbul-**
3244 **Konvention**. Koordinierungs- und Interventionsstellen müssen dem Bedarf entsprechend
3245 ausgebaut, die Beratung angemessen gefördert werden. Die Zahl der Schutzplätze muss
3246 mindestens verdoppelt werden. Landesweit sind Trauma-Ambulanzen einzurichten. Außerdem
3247 braucht es vermehrt Cyber-Gewalt-Expertise sowie ein Femizid-Monitoring.
3248 Polizei und Justiz müssen besser geschult werden, insbesondere was Präventionsmaßnahmen
3249 sowie den Grundsatz „Gewaltschutz vor Umgangsrecht“ betrifft. **Schutzeinrichtungen** sind
3250 barrierefrei auszubauen und vollständig vom Freistaat zu finanzieren, sodass Betroffene nicht mehr
3251 gezwungen sind, einen Eigenanteil zu bezahlen. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete, die von
3252 Gewalt betroffen sind, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.
3253

3254 Menschen mit Behinderungen werden mehrfachdiskriminiert und ausgeschlossen. Wir setzen uns
3255 für inklusive Strukturen ein und für die konsequente **Umsetzung der UN-**
3256 **Behindertenrechtskonvention**. Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigter und
3257 integrierter Teil der Gesellschaft sein, ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben führen können und
3258 an sämtlichen gesellschaftsrelevanten Fragen beteiligt werden. Wir überprüfen bestehende
3259 Gesetze, Verordnungen und Praktiken hinsichtlich der Vorgaben der UN-
3260 Behindertenrechtskonvention und passen sie, wenn notwendig, entsprechend an.
3261

3262 **Geschlechtergerechte Sprache** ist für uns ein Mittel, um auf geschlechtliche Vielfalt hinzuweisen –
3263 so u.a. in Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Satzungen und Durchführungsbestimmungen des
3264 Freistaats. Dementsprechend setzen wir uns für eine Anpassung von Statistiken, Formularen,
3265 Homepages, Handreichungen, Rundschreiben und anderen Dokumenten ein, deren Urheber der
3266 Freistaat ist. Die unsägliche Weisung des Kultusministers an Schulen zum Verbot
3267 geschlechtergerechter Schreibweisen wollen wir umgehend revidieren.
3268

3269 **Kinder- und Jugendmitbestimmung**

3270
3271 Die Sicherung der Demokratie von morgen fängt bei der Jugend von heute an. Daher ist
3272 Mitbestimmung und Beteiligung an allen Orten des Aufwachsens von größter Bedeutung. Kinder
3273 und Jugendliche streben danach, aktiv teilzunehmen und tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen
3274 zu haben, die sie betreffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die **UN-**
3275 **Kinderrechtskonvention** umgesetzt wird. Es geht nicht nur um **Räume zur freien Entfaltung**,
3276 sondern um echte Mitbestimmung: Wir müssen Kindern und Jugendlichen vertrauen und ihnen
3277 zutrauen, dass sie sich gesellschaftlich einbringen können. Diesem Engagement müssen wir einen
3278 institutionellen Rahmen geben, damit junge Menschen die Möglichkeit haben, ihre eigenen
3279 politischen Interessen zu vertreten.
3280

3281 Damit die Interessen der jungen Generation auch im Prozess der politischen Willensbildung stärker
3282 berücksichtigt werden, fordern wir: **Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen**
3283 **sowie Volksentscheiden muss in einem ersten Schritt auf 16 Jahre gesenkt werden!** Langfristig
3284 setzen wir uns für die Einführung eines aktiven **Wahlrechts aller Personen ohne**

3285 **Altersbeschränkung** ein und führen diese Debatte mit verschiedenen gesellschaftlichen und
3286 politischen Akteur:innen sowie im Parlament weiter fort.

3287

3288 Da sich Demokratie aber nicht in einem Urnengang alle paar Jahre erschöpft, setzen wir uns für
3289 mehr **Jugendbeteiligung durch Jugendbeteiligungsforen** ein – sowohl auf kommunaler als auch
3290 auf Landesebene. Daher setzen wir uns auf Landesebene auch für eine „**Gesamtstrategie Kinder-
3291 und Jugendbeteiligung**“ ein, da Beteiligung an allen Orten des Aufwachsens von Kindern und
3292 Jugendlichen praktisch gelebt werden muss. Die Jugendbeteiligungsforen sollen ein regelmäßig
3293 stattfindendes Angebot sein, bei dem junge Menschen einer Gemeinde nach Belieben mitmachen
3294 können, um im Austausch miteinander ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechend eigene
3295 Projekte zu realisieren. Jugendbeteiligungsforen sollen jungen Menschen dazu dienen, ihre
3296 Interessen zu artikulieren und sich einen politischen Willen zu bilden. Die Politik und Verwaltung der
3297 jeweiligen Ebenen müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Jugendforen
3298 funktionieren. Sie müssen den Jugendlichen die Räume für ihre Treffen bereitstellen und sie bei
3299 Bedarf in organisatorischen Fragen beraten. Sie sollen aber nicht bevormunden und den
3300 inhaltlichen oder methodischen Rahmen vorgeben. Zusätzlich werden die Jugendforen mit einem
3301 eigenen Budget ausgestattet, über das die Jugendlichen für die Umsetzung ihrer Projekte frei
3302 verfügen können. Parallel bleiben **Angebote der politischen und demokratischen Bildung** wichtig,
3303 auch an Schulen.

3304

3305 Kinder und Jugendliche können sich noch nicht vollständig selbst vertreten, daher braucht es eine
3306 Politik, die die Interessen und Bedürfnisse der Jüngeren in den Blick nimmt. Außerdem sind Kinder
3307 und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen in geeigneter Weise wirksam zu
3308 beteiligen, insbesondere in kommunalen Gremien wie Orts-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten.

3309

3310 Kinder und Jugendliche werden als Träger:innen eigener Rechte in der politischen und
3311 gesellschaftlicher Realität oft ignoriert, ihre Interessen dabei missachtet. Deswegen soll sich
3312 Sachsen auf Bundesebene dafür einsetzen, **Kinderrechte ins Grundgesetz** aufzunehmen – mit
3313 einer Regelung, die die Rechte von Kindern tatsächlich stärkt und nicht hinter den Status quo
3314 zurückfällt. Das gilt auch für die Integration von **Kinderrechten in die sächsische Verfassung**. Die
3315 Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz und in der sächsischen Verfassung darf kein bloß
3316 symbolischer Akt sein. Er muss die regierende Politik dazu verpflichten, die spezifischen
3317 Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen bei allen politischen Entscheidungen zu
3318 berücksichtigen. Wir kämpfen dafür, dass auch Kindern mit besonderen Förder- bzw.
3319 Inklusionsbedürfnissen das Recht auf Teilhabe und das Recht auf gutes Aufwachsen garantiert
3320 wird.

3321

3322 Kinder haben grundsätzlich ein Anrecht auf Schutz und Unterstützung. Um **Kinderschutz**
3323 sicherzustellen, gegen alle Formen von Gewalt gegen Kinder vorzugehen und Kinder und
3324 Jugendliche zu unterstützen, die von Gewalt betroffen sind, setzen wir uns dafür ein, solche Fälle
3325 kindzentriert und betroffenenensibel zu bearbeiten. Wir fordern Präventionsmaßnahmen,
3326 verbindliche Schutzkonzepte und einen Fokus auf das Kindeswohl. Jede Form von Gewalt gegen
3327 Kinder, ob verbal, physisch oder sexualisiert, muss bekämpft werden. Der Kinderschutz ist auf allen
3328 Ebenen zu stärken. Das Kindeswohl kann jedoch auch durch Armut gefährdet werden. Kinder,
3329 Jugendliche und ihre Familien benötigen stabile Lebensverhältnisse, um eigenverantwortlich über
3330 ihr Leben zu entscheiden und den Alltag erfolgreich zu meistern. Für uns sind daher Maßnahmen
3331 zur Bekämpfung der Armut unerlässlich, auch um Kinderschutz und Kinderrechte zu verwirklichen.
3332 Um das kindliche Wohlergehen in familiären Notsituationen unterschiedlicher Art zu sichern, sind
3333 eine **krisenfeste Kinder- und Jugendhilfe** sowie teil- und vollstationäre Hilfen zur Erziehung
3334 wesentlich. Sie müssen dem Bedarf entsprechend ausgestattet und finanziert sein. Das

3335 Wegsperrern von Kindern und Jugendlichen war und ist keine Lösung. Wir lehnen es entschieden
3336 ab, die geschlossene Unterbringung wieder einzuführen.

3337
3338 Die Demokratie lebt von einer engagierten, aktiven Zivilgesellschaft. Wer von Anfang an
3339 zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt, legt die besten Grundlagen auch für
3340 Demokratiebildung und Demokratieförderung. Deswegen wollen wir den **Jugendfreiwilligendienst**
3341 **aufwerten**, indem sein Taschengeld erhöht wird. Alle Kürzungsvorhaben im Bereich der
3342 Freiwilligendienste lehnen wir ab, stattdessen müssen sie finanziell besser ausgestattet werden.

3343
3344 Die offene Jugendarbeit ist von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft. Deshalb ist für uns vor
3345 allem die Förderung der **demokratischen Jugendarbeit** und **Jugendbildung** ein wesentlicher
3346 Punkt. Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Mitarbeitenden müssen hier deutlich verbessert
3347 werden. Zudem fordern wir die Stärkung der **selbstverwalteten Jugendhäuser und autonomen**
3348 **Jugendzentren (AJZ)**.

3349
3350 Die Antwort auf Kinder- und Jugendkriminalität sind nicht repressive Maßnahmen, sondern vor
3351 allem **sozialpädagogische und psychologische Interventionen**. Der Rechtsstaat hat an dieser
3352 Stelle eine besondere Verantwortung. Alle zuständigen Behörden wie Polizei, Staatsanwaltschaften
3353 und Gerichte müssen hierfür die logistischen Voraussetzungen schaffen. Wir setzen uns für eine
3354 enge Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen ein und fordern mehr Häuser wie das „Haus des
3355 Jugendrechts“ in Leipzig. Unser Ziel ist es, die Anzahl der **kriminallpräventiv tätigen**
3356 **Sozialarbeiter:innen** im Freistaat zu erhöhen.

3357
3358 Wir wollen Gewaltprävention, Demokratieverständnis, kulturelle Bildung und Empathie für Opfer zu
3359 festen Bestandteilen der Lehrpläne an den sächsischen Schulen machen. Politik und politische
3360 Partizipation sollten für sächsische Schüler:innen vertraute Begriffe und gelebte Praxis sein, damit
3361 sie sich gut gewappnet für eine fortschrittliche Zivilgesellschaft engagieren können.

3362
3363 Wir wollen einen „**Kinder- und Familienfreitag**“ am ersten Freitag im Juni als zusätzlichen
3364 gesetzlichen Feiertag in Sachsen einführen. Damit wollen wir Eltern und Großeltern mehr Zeit für
3365 sich und ihre Kinder schenken und zugleich die Aufmerksamkeit auf die Kinder, ihre
3366 Lebenssituation und ihre Rechte lenken. In vielen Ländern ist der Internationale Kindertag bereits
3367 jetzt ein Feiertag.

3368
3369 **Queerpolitik**

3370
3371 Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere (lsbtqi*) Menschen sind ein fester
3372 Bestandteil der sächsischen Gesellschaft.

3373 Unwiderlegbare Beweise dafür sind die vielen Demonstrationen zum Christopher Street Day, die
3374 sich gegen alle Widerstände durchgesetzt haben. Es gibt sie überall in Sachsen, von Plauen bis
3375 Weißwasser, von Zittau bis Torgau. Diese selbstbewusste Sichtbarkeit muss mit sozialer und
3376 rechtlicher Sicherheit einhergehen, damit sie nicht nur auf den Demonstrationen, sondern auch im
3377 Alltag gelebt werden kann. Diese Grundhaltung spiegelt sich in allen Kapiteln unseres Programmes
3378 wider.

3379
3380 **Wir wollen, dass die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder**
3381 **geschlechtlichen Identität überwunden wird.** Gewalt und Diskriminierung gehören aber leider
3382 nach wie vor zum Alltag vieler queerer Menschen. Wir wollen diesen Zustand durch Prävention und
3383 Intervention beenden. Queerfeindliche Hetze von Rechtspopulisten darf in unserem Land keinen
3384 Platz haben! Betroffene von Queerfeindlichkeit verdienen unsere Solidarität. So setzen wir uns für

3385 eine unabhängige Melde- und Beratungsstelle nach dem Berliner Vorbild „Maneo“ ein. Außerdem
3386 möchten wir Zufluchtsmöglichkeiten für queere Menschen schaffen, die im Rahmen von
3387 Beziehungstaten Gewalt erfahren oder aus einem queerfeindlichen Umfeld fliehen müssen.
3388 Insbesondere bei Fällen von institutioneller Benachteiligung wollen wir die bestmögliche
3389 Unterstützung durch unabhängige Unterstützungsstellen sichern.

3390
3391 Auch im Schulalltag sind Diskriminierung und Ausgrenzung von queeren Menschen ein großes
3392 Problem. Wir wollen das Pilotprojekt „**Schule der Vielfalt**“ sichern, ausweiten und Richtlinien zur
3393 Inklusion von trans*, inter* und nicht-binären (tin*) Schüler:innen erarbeiten. Dazu wollen wir auch
3394 die bestehenden Aufklärungsprojekte an Schulen und Bildungseinrichtungen finanziell absichern
3395 und stärken. Auch in den Lehrplänen müssen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ihren Platz
3396 haben. Die Weisung des Kultusministers an Schulen zum Verbot geschlechtergerechter
3397 Schreibweisen wollen wir umgehend revidieren. Vermeintliche Sexualaufklärungsprojekte von
3398 christlich-fundamentalistischen Gruppierungen wie „TeenSTAR“ verbreiten eine reaktionäre
3399 Sexualmoral und queerfeindliche Vorurteile. Sie haben an unseren Schulen nichts zu suchen.

3400
3401 Wir fordern, dass Sportarten und Sportstätten allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht in
3402 gleichem Maße zugänglich gemacht werden. Wir treten konsequent gegen alle Formen von
3403 Queerfeindlichkeit in Sportverbänden und -vereinen auf. Lsbtiq* Personen haben besondere
3404 soziale und gesundheitliche Bedürfnisse, die wir ernst nehmen. Wir stehen dafür ein, dass Lsbtiq*
3405 Personen einen niedrigschwelligen Zugang zu der für sie nötigen Gesundheitsversorgung erhalten.
3406 Dazu soll in Sachsen ein Kompetenzzentrum für queere Gesundheit etabliert werden. Beim Zugang
3407 zu Prävention, Beratung und Therapie bei HIV/AIDS sehen wir Versorgungslücken. Im ländlichen
3408 Raum müssen die Angebote ausgeweitet werden, die nötigen Medikamente müssen zuverlässig
3409 bereitgestellt werden. Zudem müssen die Zugangshürden für Gefangene und Geflüchtete
3410 abgebaut werden, denn Gesundheit ist Menschenrecht für alle!

3411
3412 Armut und Wohnungslosigkeit treffen queere Menschen überdurchschnittlich häufig. Vorurteile
3413 erschweren es ihnen oft, die nötige Unterstützung zu bekommen. Wir wollen ein flächendeckendes
3414 Beratungsangebot für queere Menschen aller Altersklassen in Sachsen erreichen und die
3415 Community stärken. Die wertvolle Vernetzungs- und Demokratiewerkarbeit der queeren Vereine wollen
3416 wir in Förderrichtlinien verankern. Die Linke Sachsen steht für geschlechtliche und sexuelle
3417 Selbstbestimmung. Wir verlangen, dass sich die sächsische Landesregierung im Bundesrat weiter
3418 für den Schutz von Lsbtiq* Personen einsetzt. Dazu gehört die Erweiterung des Schutzes von
3419 Artikel 3 des Grundgesetzes auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität. Ebenso
3420 fordern wir ein modernes Selbstbestimmungsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Das
3421 Unrecht, das in der Vergangenheit trans* Menschen angetan wurde, muss aufgearbeitet werden.
3422 Betroffene müssen angemessen entschädigt werden.

3423
3424 Neuer Regelungen zu Personenstands- und Namensänderung müssen in Sachsen schnell
3425 umgesetzt werden. Wir stellen uns gegen den bevormundenden Ausschluss von Menschen aus
3426 Räumen und Gemeinschaften. Regenbogenfamilien müssen gleichberechtigt werden. Wir setzen
3427 uns daher dafür ein, das diskriminierende Adoptionsrecht zu ändern und die Förderung der
3428 Kinderwunschbehandlung für gleichgeschlechtliche Eltern zu öffnen. Um diese Forderung
3429 umzusetzen, wollen wir den "Landesaktionsplan Vielfalt" zusammen mit der Community
3430 modernisieren, erweitern und praktisch umsetzen. Die nötigen Mittel dafür müssen im Haushalt
3431 bereitgestellt werden. Queere Netzwerke und Community-Strukturen möchten wir stärken und
3432 ausbauen. Politik und Zivilgesellschaft sollen so gemeinsam an einer Zukunft arbeiten, in der alle
3433 Menschen ohne Angst selbstbestimmt und verschieden sein können.

3434

3435 **Polizei und Justiz**

3436

3437 Für Die Linke bedeutet der Begriff „öffentliche Sicherheit“ in erster Linie: Schutz der Bürgerinnen
3438 und Bürger sowie ihrer Rechte. Damit bleibt für uns eine Sache klar: Mehr Sicherheit entsteht nicht
3439 dadurch, dass Polizei und Geheimdienste weiter aufgerüstet werden, sondern indem wir **die**
3440 **sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt bekämpfen**. Konkret bedeutet
3441 das: Wir müssen die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger verbessern und ihnen in allen
3442 Bereichen der Gesellschaft mehr Möglichkeiten zur Teilhabe geben.

3443

3444 Es braucht einen grundlegenden Wandel im Innenresort. Wir müssen **das sächsische Polizeigesetz**
3445 **novellieren**, damit endlich wieder die Grundrechte aller Menschen und die Unschuldsvermutung im
3446 Vordergrund stehen.

3447

3448 Zudem muss endlich eine **transparente Fehlerkultur** Einzug halten. Um das Vertrauen in die Polizei
3449 und innerhalb der Polizei zu stärken, brauchen wir eine wirklich **unabhängige Ombuds- und**
3450 **Beschwerdestelle der sächsischen Polizei**, die dem Landtag und nicht der Staatskanzlei
3451 untersteht. Diese Ombudsstelle arbeitet als unabhängige Anstalt öffentlichen Rechts auf
3452 gesetzlicher Grundlage – sowohl für Bürger:innen bei Beschwerden gegen Handlungen von
3453 Polizeibediensteten als auch für Polizeibedienstete bei Beschwerden gegen Entscheidungen von
3454 Vorgesetzten und Benachteiligungen im Dienst. Ferner soll die unabhängige Beschwerdestelle auch
3455 unabhängige Beobachter:innen einsetzen können, die an Demonstrationen teilnehmen und
3456 Rechtsverstöße insbesondere von Polizeikräften oder nicht demonstrierenden Personen
3457 dokumentieren und darüber die Öffentlichkeit informieren. Wir wollen **ausgelagerte**
3458 **Ermittlungsorgane einführen**, die nach dem Vorbild Dänemarks strafrechtliche
3459 Ermittlungsverfahren an sich ziehen, wo der Verdacht polizeilichen Fehlverhaltens besteht. Sie
3460 müssen mit gleichwertigen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

3461

3462 Wir brauchen eine gut geschulte Polizei, die nah an den Bürgerinnen und Bürgern agiert. Sie muss
3463 überall erreichbar und schnell zur Stelle sein, um an jedem Ort gleichermaßen die öffentliche
3464 Sicherheit wirksam zu gewährleisten. Bei der weiteren Entwicklung der Landespolizei geht Qualität
3465 vor Quantität: Gute Polizeiarbeit ist nur mit guten Arbeitsbedingungen zu haben, mehr Sicherheit
3466 entsteht nur durch Spezialisierung. Statt von Einsatz zu Einsatz zu eilen, braucht die Polizei
3467 Sachsen **mehr Ermittlungskapazitäten**, um Fälle zu lösen. Nur so kann Kriminalität nachhaltig
3468 bekämpft werden.

3469

3470 Sachsens Polizei überwacht seit Jahren mit Vorliebe bestimmte Demonstrationen und
3471 Fußballfanszenen mit Kameras, Hubschraubern und Drohnen. Wir lehnen nachdrücklich diese
3472 Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab, ebenso automatisierte Gesichtserkennungs- und
3473 Trackingsoftware. Diese Technologien greifen unverhältnismäßig in die Grundrechte ein, ohne
3474 nachweislich die Verhinderung von Straftaten zu gewährleisten. **Auch für den Einsatz polizeilicher**
3475 **„Wiedererkenner“ („Super Recognizer“) sind Transparenz und klare Regeln nötig**. Wir lehnen
3476 Kontrollen und Schleierfahndung an den Grenzen zu Polen und Tschechien ab. Der öffentliche
3477 Raum gehört uns allen – jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich frei und ohne
3478 Überwachung in ihm zu bewegen.

3479 Wir wollen, dass mehr Polizistinnen und Polizisten als direkte Ansprechpartner:innen für die
3480 Bürger:innen vor Ort erreichbar sind – nicht nur in akuten Gefahrensituationen, sondern
3481 kontinuierlich.

3482

3483 Wir wollen sicherstellen, dass die **Polizeiausbildung in hoher Qualität** und mit ausreichenden
3484 Ressourcen gewährleistet wird. Es ist nicht nötig, die Polizei mit noch mehr Befugnissen

3485 auszustatten oder sie noch weiter aufzurüsten. Stattdessen muss die Ausbildung für angehende
3486 Polizist:innen demokratisiert werden. Dazu gehören verpflichtende **Kurse gegen Rassismus und**
3487 **Diskriminierung, auch in der Fort- und Weiterbildung.** Außerdem ist es notwendig, die
3488 Demokratie- und Menschenrechtsbildung zu stärken sowie interkulturelle, kommunikative und
3489 soziale Kompetenzen zu vermitteln.

3490
3491 Deeskalatives Einsatzverhalten sollte im Rahmen der Polizeiausbildung an erster Stelle stehen.
3492 Polizeihochschulen sollten nicht mehr abgeschottet sein, sondern in den zivilen universitären
3493 Betrieb integriert werden. Wir wollen die Ausbildung der Polizeiverwaltung von Rothenburg an die
3494 Hochschule Meißen verlagern. So könnten sich nicht länger Teile des Polizeiapparates abkapseln.
3495 Stattdessen würden Polizist:innen in den demokratischen Prozessen an den Hochschulen
3496 mitwirken.

3497
3498 Die sächsische Polizei benötigt mehr **interkulturelle Kompetenz.** Daher setzen wir uns für mehr
3499 **Diversität** innerhalb der Polizei ein – für eine offene, bürger:innennahe Polizei. Sie muss die Vielfalt
3500 der Gesellschaft stärker widerspiegeln und sich für Menschen öffnen, die bislang wegen ihres
3501 Geschlechtes, ihrer Sexualität, Beeinträchtigungen oder ihrer Herkunft noch unterrepräsentiert
3502 sind. Dies kann nur durch gezielte Fördermaßnahmen gelingen. Eine **diverse Polizei** würde dazu
3503 führen, dass der Polizeiapparat besser funktioniert. Vielfalt könnte dazu beitragen, die Polizei
3504 stärker für Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen zu sensibilisieren. Klar bleibt, dass
3505 die Diversifizierung allein nicht die strukturellen Probleme lösen und rassistischen Praktiken der
3506 Polizei beenden wird.

3507
3508 Wir wollen **Racial Profiling verbieten** und konsequent gegen diese Praxis rassistischer
3509 Überwachung vorgehen. Im Aus- und Weiterbildungskonzept der sächsischen Polizei müssen
3510 interkulturelle und soziale Kompetenzen sowie die Vermeidung von Diskriminierung verankert
3511 werden. Wir fordern die Einführung einer **Pflicht zur individuellen Kennzeichnung von**
3512 **Polizeibeamten:innen.** Eine moderne, den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtete Polizei gibt sich den
3513 Menschen zu erkennen. Sie scheut sich nicht, selbstkritisch für Fehler einzustehen. Um das zu
3514 ermöglichen, sollen sämtliche Polizeivollzugsbeamten:innen eine individuelle Kennziffer an der
3515 Uniform tragen. Auch Polizist:innen im Dienst begehen Straftaten. Es kommt jedoch selten zu
3516 Prozessen und sie werden praktisch nie verurteilt, obwohl Betroffene Anzeige erstatten.
3517 Beamten:innen müssen auch zur Verantwortung gezogen werden können. Mit einer
3518 Kennzeichnungspflicht könnten sie nach Straftaten juristisch verfolgt werden.

3519
3520 Wir wollen Schluss damit machen, dass die Polizei anlasslose Personenkontrollen durchführen,
3521 Plätze zu „gefährlichen Orten“ erklären und Verbotszonen (z.B. Waffenverbotszonen) sowie
3522 Kontrollbereiche einrichten kann, die vor allem für rassistisch diskriminierende Kontrollen
3523 missbraucht werden. Außerdem muss endlich eine „**Kontrollbescheinigung**“ für Betroffene von
3524 Personenkontrollen eingeführt werden. Sie ist ein wirksames Instrument, da sie die Schwelle für
3525 unrechtmäßige Kontrollen erhöht und es den Betroffenen erleichtert, Rechtsmittel zu gebrauchen.
3526 Wir fordern außerdem ein **Ende der Beteiligung Sachsens an internationalen Polizeieinsätzen, die**
3527 **der Unterstützung autoritärer Regime dienen oder an den EU-Außengrenzen stattfinden.** Es darf
3528 weder eine direkte noch eine indirekte Beteiligung Sachsens an Menschenrechtsverletzungen an
3529 den EU-Außengrenzen geben.

3531 Rechte Straftaten und Hassverbrechen müssen rasch aufgeklärt und konsequent verfolgt werden.
3532 Geheimdienste sind dafür nicht zuständig. Wir lehnen eine „Vergeheimdienstlichung“ der Polizei ab.
3533 Es bleibt uns ein zentrales Anliegen, **das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) aufzulösen.** Bis
3534 zu seiner Auflösung treten wir für eine tatsächliche und **wirksame parlamentarische Kontrolle des**

3535 **LfV** zum Schutz der Verfassung und der mit ihr garantierten Grundrechte und Grundfreiheiten der
3536 Bürger:innen ein. Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ist keine Verschlussache,
3537 sondern geht alle an. Deshalb wollen wir die Situationsanalyse nicht Behörden und Ämtern
3538 überlassen. Unsere bisherigen Erfahrungen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz stützen
3539 keineswegs die These, dieser Geheimdienst schütze die Demokratie vor Gefahren. Im Kampf gegen
3540 zentrale Bedrohungen, etwa rechtsterroristische Zellen wie den „Nationalsozialistischen
3541 Untergrund“ (NSU), erwies er sich eher als hinderlich denn als hilfreich. Stattdessen agiert das LfV
3542 vor allem politisch und übt die Definitionsgewalt über politische Einstellungen aus, die als
3543 extremistisch kategorisiert werden. Das wollen wir ändern: Eine Öffentlichkeitsarbeit durch
3544 „Verfassungsschutzberichte“ wird nicht mehr stattfinden. In der politischen Bildungsarbeit hat das
3545 LfV mit seiner Extremismustheorie nichts zu suchen.

3546
3547 Die Linke tritt dafür ein, dass **die öffentliche Sicherheit und die damit zusammenhängenden**
3548 **hoheitlichen Aufgaben nicht privatisiert** werden – weder durch eine formale Übertragung von
3549 Aufgaben noch durch einen schleichenden Prozess, der folgt, wenn der Staat sich wirklich oder
3550 gefühlt aus seiner Verantwortung für die öffentliche Sicherheit vor Ort zurückzieht. Wir lehnen
3551 strikt „Bürgerwehren“ in jeglicher Form und alle anderen Organisationen ab, die das staatliche
3552 Gewaltmonopol untergraben oder in Frage stellen. Wir verurteilen alle Versuche zur Selbstjustiz. Es
3553 ist die Aufgabe der Polizei, Gefahren abzuwenden, die Ermittlungsarbeiten der
3554 Staatsanwaltschaften zu unterstützen und präventiv gegen Kriminalität vorzugehen.

3555
3556 **Opferschutz und Opferhilfe** sind für uns von höchster Bedeutung. Wir wollen das Strafrecht im
3557 Sinne der **Restorative Justice** (wiedergutmachende Gerechtigkeit) weiterentwickeln, die die
3558 Opferperspektive, die Verantwortung der Täter:innen und die Wiedergutmachung und Prävention in
3559 den Mittelpunkt stellt. Die Justiz muss Opfer schützen. Von der Aufnahme der Anzeige bis zur
3560 Vorbereitung der Entlassung muss die Justiz den Opferschutz und die Opferhilfe ernstnehmen und
3561 berücksichtigen. Wir wollen, dass europarechtliche Vorgaben zum Opferschutz im Ermittlungs- und
3562 Strafverfahren konsequent umgesetzt werden. Opfer sollen vor, während und nach Abschluss des
3563 Strafverfahrens unkompliziert und unbürokratisch Hilfe bekommen. **Opferberatungsstellen** sollen
3564 landesweit ausgebaut und personell gestärkt werden.

3565
3566 Die Justiz muss schneller auf Taten reagieren. Für Opfer wie Beschuldigte ist eine schnelle
3567 Reaktion auf Straftaten sinnvoll. Die Verfahrenslaufzeiten bei Gerichten müssen verkürzt werden,
3568 indem genügend Richter:innen, aber auch nicht-richterliches Personal zur Verfügung gestellt wird.
3569 Wir wollen Häuser des Jugendrechts flächendeckend ausbauen. Die Strafhaft muss „Ultima Ratio“
3570 sein, letztes Mittel. Wir wollen Projekte zur Haftvermeidung durch ambulante sozialpädagogische
3571 Maßnahmen und Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte ausbauen. Geeignete Möglichkeiten sind
3572 die Mediation in Strafsachen, der **Täter-Opfer-Ausgleich**, die (begleitete) gemeinnützige Arbeit
3573 sowie der Strafvollzug in freier Form. Mit diesen Methoden kann die Justiz entlastet werden.
3574 Verfahren lassen sich schnell und befriedend abschließen, die Ansprüche der Opfer werden erfüllt.
3575 Wir wollen den Täter-Opfer-Ausgleich auch bei mittelschwerer und schwerer Kriminalität
3576 anwenden.

3577
3578 Der Strafvollzug, insbesondere der Jugendstrafvollzug, muss vor allem das Ziel der
3579 **Resozialisierung** verfolgen. Daher wollen wir ein Resozialisierungsgesetz erarbeiten. Es soll
3580 Maßnahmen und Vollzugsmodelle berücksichtigen, die mit der größten Wahrscheinlichkeit dazu
3581 führen, dass Verurteilte in die Gesellschaft zurückfinden und nicht wieder straffällig werden.
3582 Unabdingbar ist dazu auch ein normiertes und besser ausgestattetes Übergangsmanagement.
3583 Übergangshäuser während der letzten Monate der Haftzeit und im Anschluss, Vermittlung in

3584 Unterkunft und Arbeit sind von großer Bedeutung. Die Zusammenarbeit des Strafvollzugs mit freien
3585 Trägern der Straffälligenhilfe und mit den Kommunen wollen wir verbessern.

3586

3587 Wir fordern, dass die in den Strafvollzugsgesetzen des Freistaates Sachsen vorgegebene
3588 opferorientierte Vollzugsgestaltung umgesetzt wird. Wir wollen dafür sorgen, dass Gefangene öfter
3589 als bisher Opferempathie-Trainings absolvieren, sich an einem Opfer-Täter-Ausgleich im Vollzug
3590 beteiligen, ihre Opfer entschädigen und für die Gesellschaft gemeinnützig tätig werden. Wir wollen
3591 Therapie- und Behandlungsangebote in den Justizvollzugsanstalten, insbesondere Suchttherapie-
3592 Stationen, in Zusammenarbeit mit freien Trägern ausbauen. Gleichzeitig benötigen wir
3593 angemessene Nachsorgeangebote. Zu diesem Zweck sind im Strafvollzug auch niederschwellige
3594 Sucht- und Drogenberatungen sowie adäquate Substitutionsbehandlungen erforderlich.

3595

3596 Straftat darf soziale Bindungen nicht weiter zerstören. Der Kontakt zur Familie und besonders zu
3597 den Kindern gibt oft Stabilität, Zukunftshoffnung und Veränderungswillen. Wir setzen uns dafür ein,
3598 dass **Modellprojekte für Familienhäuser** in freier Trägerschaft als neue Vollzugsform eingeführt
3599 werden. Außerdem darf Videotelefonie nicht auf die allgemeinen Besuchszeiten angerechnet
3600 werden.

3601

3602 Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **Ersatzfreiheitsstrafen grundsätzlich**
3603 **abgeschafft** und nur in seltenen Ausnahmefällen zugelassen werden. Ersatzfreiheitsstrafen nach
3604 Paragraph 43 des Strafgesetzbuches sind ein Instrument der Diskriminierung von
3605 einkommens- und vermögensschwachen Menschen, die oftmals nicht in der Lage sind, die hohen
3606 Geldstrafen zu bezahlen. Die Linke setzt sich dafür ein, das Fahren ohne Fahrschein zu
3607 entkriminalisieren und als Ordnungswidrigkeit zu behandeln. Die im Paragraphen 265a des
3608 Strafgesetzbuches („Beförderungserschleichung“) enthaltene Strafandrohung ist aus unserer Sicht
3609 nicht verhältnismäßig und widerspricht der Funktion des Strafrechts als letztes Mittel (Ultima-
3610 Ratio-Funktion). Langfristig wollen wir den Öffentlichen Nahverkehr kostenfrei machen.

3611

3612 Wir wollen das sogenannte "Containern" entkriminalisieren. Dabei handelt es sich um die Entnahme
3613 noch genießbarer Lebensmittel aus Abfallcontainern von Supermärkten, um
3614 Lebensmittelvergeudung zu vermeiden. Wir wollen uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass der
3615 Paragraph 248a des Strafgesetzbuches („Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen“) so
3616 geändert wird, dass von einer Strafverfolgung abgesehen wird, wenn es sich um weggeworfene
3617 Lebensmittel aus Mülltonnen oder Müllcontainern handelt.

3618

3619 Wir wollen die Jurist:innen- und Justizausbildung reformieren und Restorative Justice, die
3620 Opferperspektive, Haftvermeidung und ambulante sozialpädagogische Maßnahmen und
3621 Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte stärker verankern. Bei der Ausbildung von
3622 Justizvollzugsbediensteten sollte der Schwerpunkt auf Resozialisierung, opferbezogene
3623 Vollzugsgestaltung und alternativer Vollzugsgestaltung auch durch freie Träger liegen.

3624

3625 Die Linke fordert die **Wiedereinführung der Jurist:innenausbildung an der Technischen**
3626 **Universität Dresden**. Außerdem soll ein **Richter:innenwahlausschuss** für die Einstellung von
3627 Richterinnen und Richter in den sächsischen Justizdienst eingerichtet werden. An den sächsischen
3628 Gerichten müssen mehr Stellen in allen Bereichen geschaffen und besetzt werden, um die
3629 Prozesse zu beschleunigen.

3630

3631 **Kultur**

3632

3633 **Kultur muss für alle zugänglich sein.** Alle Menschen sollen sie in all ihrer Vielfalt erleben und selbst
3634 gestalten können, ohne dass jemand aus finanziellen Gründen oder wegen des Wohnorts
3635 ausgeschlossen bleibt.

3636
3637 Sachsen verfügt über eine bunte Kulturlandschaft. Sie ist vielfältig und reichhaltig. Kultur wirkt über
3638 die Grenzen von Ressorts hinweg, darum lässt sie sich nicht scharf von anderen Bereichen wie
3639 Bildung, Wirtschaft, Tourismus oder dem Sozialen abgrenzen. Kultur stärkt die soziale Kompetenz
3640 der Einzelnen und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie ist auch der Ort für wichtige
3641 gesellschaftliche Debatten. Sie erhöht die Lebensqualität aller und ist zugleich für die Wirtschaft
3642 des Kulturlandes Sachsen besonders wichtig. Besonders für ländliche Regionen können Kunst und
3643 Kultur ein Mittel sein, das Leben attraktiv zu halten und so der Abwanderung entgegen zu wirken,
3644 aber auch den Tourismus und die Wirtschaft zu stärken. Es besteht die Gefahr, dass der
3645 Kulturkampf von rechts und die Auseinandersetzung um die Freiheit der Kunst und Kultur die
3646 nächsten Jahre prägen werden.

3647
3648 In Sachsen gehören ungefähr 10000 Unternehmen mit ca. 80000 Erwerbstätigen zur Kultur- und
3649 Kreativraumwirtschaft. Mit ihren elf Teilbereichen steht die Kultur- und Kreativbranche für
3650 Innovation, Weltoffenheit, Kreativität und wirtschaftliche Kraft. Auch wenn sich Sachsen rühmt, die
3651 höchsten Pro-Kopf-Ausgaben im Bereich von Kunst und Kultur zu haben, kann die Mehrzahl der
3652 Kunst- und Kulturschaffenden jedoch kaum von ihrer Arbeit leben. Viele leben unterhalb der
3653 Armutsgrenze. Dieser Umstand muss beendet werden.

3654
3655 Kultur ist Daseinsvorsorge. Wir wollen die **Kommunen und Kulturräume so ausstatten**, dass es
3656 ihnen möglich ist, die reichhaltige Kunst- und Kulturlandschaft in Sachsen zu erhalten,
3657 weiterzuentwickeln und auskömmlich zu finanzieren. Der öffentliche Nahverkehr muss so
3658 ausgebaut werden, dass alle Menschen das kulturelle Leben erreichen können. Wir wollen
3659 finanzielle Barrieren genauso abbauen wie Barrieren im Bereich der Infrastruktur. Es braucht einen
3660 **inklusiven Zugang zu Kunst und Kultur**, damit jede und jeder sich lebenslang nicht nur kulturell
3661 bilden, sondern auch an gesellschaftlichen Entwicklungen, Impulsen und Diskussionen teilhaben
3662 kann. Wir fordern den **Erhalt der Vereins- und Kulturhäuser** in den Kommunen.

3663
3664 Wir setzen uns für ein **landesweites Entwicklungskonzept für Kunst und Kultur** ein und machen
3665 uns auch weiterhin für eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen stark.
3666 **Kulturraummittel** sollen dynamisiert werden, damit sie sich Tarifierhöhungen und allgemeine
3667 Preissteigerungen anpassen. Haustarifverträge in den Theatern und Orchestern wollen wir
3668 abschaffen. Kulturschaffende müssen von ihrer eigenen Tätigkeit leben können. Deshalb wollen wir
3669 verbindliche **Honoraruntergrenzen** für freie Kulturschaffende einführen, zum Beispiel bei
3670 Ausstattungsvergütungen. Festangestellte Beschäftigte an den Kultureinrichtungen müssen
3671 tarifgemäß bezahlt werden.

3672
3673 Wir wollen die Teilhabe an kulturellen Angeboten fördern, z. B. durch freien Eintritt. Die musische
3674 Erziehung in den Schulen muss weiter unterstützt werden. Eltern müssen bei der Nutzung
3675 **kultureller Bildungsangebote** ihrer Kinder finanziell entlastet werden. Wir wollen
3676 Jugendkunstschulen erhalten und fördern, um Kindern und Jugendlichen künstlerisch-
3677 experimentelle Freiräume zu eröffnen, in denen sie Erfahrungen bei Kunstschaffenden sammeln
3678 können.

3679
3680 Aufgrund der hohen Nachfrage nach musischer Bildung brauchen wir mehr Angebote besonders im
3681 ländlichen Raum. **Musikschulen** müssen erhalten und gefördert, die Arbeitsbedingungen der
3682 Musiklehrer:innen dringend verbessert werden. Wir wollen erreichen, dass die Honorarsätze erhöht

3683 werden und dabei die Tariflöhne als Orientierung dienen. Festangestellte Musiklehrer:innen an
3684 Musikschulen sollen einen ihrer Tätigkeit und ihrer Verantwortung entsprechenden Tariflohn
3685 erhalten.

3686
3687 Kulturelle Bildung verstehen wir nicht nur als Bestandteil der Schulbildung oder der Ausbildung in
3688 musischen Fächern, sie gehört für uns zum lebenslangen Lernen. Sie findet auch an Orten statt, die
3689 der Freizeitgestaltung, Erholung und der Aneignung von allgemeinem und kulturellem Wissen
3690 dienen, so etwa in Bibliotheken, Museen und Ausstellungen. Wir setzen uns dafür ein, die Vielfalt
3691 der Akteurinnen und Akteure in der Kultur zu erhalten und das Spektrum der **Fördermöglichkeiten**
3692 zu erweitern. Es geht dabei nicht allein um finanzielle Unterstützung – manchmal benötigen
3693 Menschen, die ein Projekt realisieren wollen, einfach nur eine geeignete Räumlichkeit. Deshalb
3694 wollen wir, neben der finanziellen Absicherung durch institutionelle oder projektbezogene
3695 Förderung, verstärkt landeseigene und kommunale Liegenschaften und Gebäude, die nicht
3696 verwendet werden, umwidmen und über (Zwischen-)Nutzungsverträge kulturellen und
3697 künstlerischen Initiativen zur Verfügung stellen. Dafür müssen den Kommunen die notwendigen
3698 Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir setzen zudem auf Synergieeffekte durch eine
3699 stärkere **Vernetzung der Kultureinrichtungen des Landes**, ganz gleich, ob es sich um kommunale,
3700 staatliche oder Einrichtungen in freier Trägerschaft handelt. Wir wollen die Rahmenbedingungen
3701 verbessern, sodass die Einrichtungen nicht nur kooperieren, sondern auch Ressourcen gemeinsam
3702 nutzen können.

3703
3704 Wir wollen die **Kulturstiftung des Freistaates Sachsen** finanziell so ausstatten, dass sie den
3705 erhöhten Anforderungen einer wachsenden Kunst- und Kulturszene in Sachsen sowie den
3706 gestiegenen Sach- und Personalkosten gerecht zu werden vermag. Dazu ist eine Erhöhung des
3707 Stiftungskapitals nötig.

3708
3709 Die Linke will dafür sorgen, dass bedeutende **Industriedenkmäler** erfasst und ihr Erhalt unterstützt
3710 wird. Nach behutsamer Sanierung sollen sie, wenn möglich, als soziale und kulturelle Orte genutzt
3711 werden. Wir wollen, dass Kommunen ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen, das Land soll die für diese
3712 Maßnahmen nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

3713
3714 Wir setzen uns für die vereinfachte Überprüfung von **Sammlungsobjekten aus kolonialen**
3715 **Kontexten** ein. Wir verstehen diese Provenienzforschung aber nicht nur als Prozess der Rückgabe
3716 von Objekten, sondern sehen in ihr auch die Möglichkeit, eine neue Beziehung zwischen vormals
3717 kolonisierenden und kolonisierten Gesellschaften zu begründen. Die hierfür erforderlichen
3718 finanziellen Mittel müssen allen Museen zugänglich gemacht werden.

3719
3720 Wir wollen **Atelierbeauftragte** einsetzen, die Künstler:innen, Kunst- und Kreativschaffende bei der
3721 Suche nach geeigneten Objekten unterstützen und behilflich sind, dauerhafte Nutzungen
3722 sicherzustellen.

3723
3724 Wir setzen uns für eine Feiertagsreform im Freistaat Sachsen ein. Wir wollen den Buß- und Betttag
3725 abschaffen und einen Familienfeiertag um den Weltkindertag einführen. Zudem wollen wir den
3726 Internationalen Frauentag am 8. März als weiteren Feiertag etablieren. Der 8. Mai soll als
3727 Gedenktag an die Befreiung vom deutschen Faschismus und die Beendigung des zweiten
3728 Weltkrieges in Europa erinnern.

3729
3730 Außerdem ist uns eine dem Bedarf entsprechende Finanzierung der **Stiftung für das sorbische**
3731 **Volk** und anderer sorbischer Organisationen ein wichtiges Anliegen. Wir werden uns dafür

3732 einsetzen, dass das Finanzierungsabkommen zwischen dem Freistaat, dem Bund und dem Land
3733 Brandenburg unbefristet gilt und mit dem notwendigen Inflationsausgleich abgeschlossen wird.

3734

3735 Erinnerungskultur

3736

3737 Die gegenwärtige Erinnerungspolitik in Deutschland weist bedenkliche Phänomene auf, gerade in
3738 Sachsen: Der erreichte Status quo wird glorifiziert, ein kritisches und aktualisiertes Erinnern
3739 verhindert, der aktuelle Zustand als um jeden Preis erhaltenswert betont. Wir beobachten leider
3740 eine Enthistorisierung der Erinnerung, die das Erinnern selbst bereits als ausreichende
3741 Bildungsarbeit betrachtet, ohne sie als Teil einer Erziehung zu Demokratie und Menschenrechten
3742 zu betreiben. Ahistorisch ist die Gleichsetzung des Gedenkens an die Verbrechen des
3743 Nationalsozialismus mit dem Gedenken an die Opfer des Stalinismus, wie sie in Sachsen schon in
3744 der Präambel des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes (SächsGedenkStG)
3745 festgeschrieben ist. Die Erinnerungspolitik findet ohne echte Anbindung an die Bildungspolitik statt.
3746 Ob sächsische Schüler:innen in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte besuchen oder eine
3747 Gedenkveranstaltung erleben, hängt leider oft vom Zufall ab. Manche haben Unterricht bei einer
3748 entsprechend sensibilisierten und aktiven Lehrperson oder sie haben Eltern, die Wert auf eine
3749 solche Erfahrung legen – viele aber auch nicht. So erklärt sich die gegenwärtige Lage: In weiten
3750 Teilen der sächsischen Bevölkerung gibt es kaum historisches Wissen über die sächsische
3751 Geschichte während des Nationalsozialismus. Erinnerungspolitisch relevante Orte sind vielen
3752 unbekannt, selbst dann, wenn sie in unmittelbarer Nähe zum Wohnort liegen. Ohne Wissen kann
3753 sich aber auch kein historisches Bewusstsein bilden.

3754

3755 Für Die Linke Sachsen geht es deshalb darum, die bisherige **Erinnerungspolitik** in Sachsen im
3756 Sinne eines **antifaschistischen Anspruchs** neu auszurichten. Der falsch verstandene
3757 Totalitarismusansatz ist zu korrigieren. Die Singularität des deutschen Faschismus mit dem
3758 Menschheitsverbrechen der Shoa ist für uns unhintergehbare Maxime in der Bildungs- und
3759 Erinnerungspolitik. Es sollten folgende Prämissen gelten: Erinnern heißt Trauern um die Opfer um
3760 ihrer selbst willen, ohne die Instrumentalisierung ihres erfahrenen Leids. Aus dieser Trauer
3761 erwächst der Anspruch, Erinnerungsarbeit so anzulegen, dass sie künftigen Generationen die Frage
3762 „Wie konnte das geschehen?“ zu beantworten hilft. Eine Aufgabe, die noch wichtiger wird, weil 85
3763 Jahre nach Ausbruch des 2. Weltkriegs und über 90 Jahre nach der Machtübergabe an die
3764 Faschist:innen nicht mehr auf Zeitzeugen als Quelle zurückgegriffen werden kann. Der Faschismus
3765 war keine Naturkatastrophe, die Deutschland zufällig getroffen hat. Er hatte Gründe und konnte nur
3766 erstarken, weil es begünstigende Vorbedingungen gab. Auch dass er in Sachsen besonders
3767 starken Anklang fand und hier Hochburgen entwickelte, war kein Zufall.

3768

3769 Nötig ist es, die **Mittel für die Gedenkstätten** in Trägerschaft der Stiftung Sächsische
3770 Gedenkstätten und für die institutionelle Förderung der bereits im SächsGedenkStG verankerten
3771 Gedenkstätte für das Erinnern an die NS-Verbrechen aufzustocken. Die Gedenkstätten müssen
3772 mehr wissenschaftliches und pädagogisches Fachpersonal einstellen können, um in die Lage
3773 versetzt zu werden, aktive Bildungsarbeit zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass das
3774 SächsGedenkStG neu formuliert wird, um in der Frage der zu fördernden Gedenkstätten und -orte
3775 flexibler zu sein. Künftig muss es leichter möglich sein, neu entstehende Gedenkorte in die von der
3776 Stiftung im Sinne von §2 SächsGedenkStG geförderten Orte aufzunehmen, so sie dem
3777 Stiftungszweck entsprechen. Zukünftig soll dazu nicht mehr jedes Mal eine Gesetzesänderung
3778 notwendig sein. Institutionell geförderte **Gedenkstätten müssen als authentische Lern- und**
3779 **Erinnerungsorte gestaltet** und ausreichend mit pädagogischem Personal ausgestattet werden.

3780

3781 Als neuen Erinnerungspolitischen Schwerpunkt wollen wir die Aufarbeitung des Kolonialismus
3782 aufnehmen. Koloniale Spuren finden sich von Aue bis Zittau, nicht nur in den Großstädten. Diese
3783 Aufarbeitung muss kritisch und aus der Perspektive von durch Rassismus Betroffene erfolgen.

3784

3785 Sport

3786

3787 Sport hat eine positive Wirkung auf alle, die ihn treiben, aber auch auf die gesamte Gesellschaft: Er
3788 verbessert die Gesundheit der Menschen und stiftet sozialen Zusammenhalt. Der Breitensport ist
3789 dabei das Rückgrat des sächsischen Sports. Die Vereine im Sportland Sachsen haben aber
3790 gegenwärtig hart zu kämpfen, vor allem mit Schwankungen in der Zahl der Mitglieder,
3791 unzureichenden Investitionen und gestiegenen Kosten in allen Bereichen. Vor allem durch die
3792 Corona-Pandemie litten viele Vereine. In ganz Sachsen trieben nach der Pandemie fast 30000
3793 Menschen weniger Vereinssport als zuvor. Zudem haben die sächsischen Sportstätten mittlerweile
3794 einen Investitionsbedarf, der sich auf ca. 1,5 Milliarden Euro beläuft. Das hat Auswirkungen auf die
3795 gesamte sächsische Sportlandschaft.

3796

3797 Zentrales Anliegen unserer Sportpolitik ist es, den **Vereinssport zu fördern**. Dabei wollen wir
3798 besonders Vereine unterstützen, die Nachwuchsarbeit als sinnstiftende Freizeitgestaltung für
3799 Jugendliche organisieren oder Ganztagschulen dabei unterstützen, ihr Angebot auszuweiten.
3800 Vereine, die sich dem Behindertensport zugewandt haben, müssen ebenfalls besonders unterstützt
3801 werden. Die **Nutzung von Sportstätten soll für Kinder und Jugendliche kostenlos** sein.

3802

3803 Elementare Aufgabe kommunaler Sportpolitik ist es, **Sportstätten** zu errichten und zu unterhalten.
3804 Kommunale Sportstätten sind unverzichtbar, um den **Schulsport** sicherstellen. Zugleich sollten sie
3805 auch für den **Vereinssport** zur Verfügung stehen und dabei bezahlbar bleiben. Wir setzen uns
3806 deshalb dafür ein, dass das Land die Kommunen angemessen finanziell ausstattet, damit sie diese
3807 Aufgabe erfüllen können. Sportstätten sind auch Bildungsstätten. Sie müssen barrierefrei sein,
3808 sowohl für die Sporttreibenden als auch für Besucher:innen. In **Bauleitplanungen** muss
3809 berücksichtigt werden, dass **kommunale Räume immer häufiger für den Freizeit- und**
3810 **Erholungssport** genutzt werden, so u.a. für Inline-Skate-Bahnen, Radwege im ländlichen Raum,
3811 Wanderwege und Freibäder.

3812

3813 Die **Sportentwicklungsplanung** muss mit einem „**Sächsischen Goldenen Plan**“ zu einem
3814 Instrument werden, mit dem sich überprüfen lässt, wie es um die Entwicklung des Sports in einer
3815 Kommune steht, besonders was die Differenz zwischen den Anforderungen an Sportstätten und
3816 ihrem realen Zustand angeht. Daher ist ein **integriertes Stützpunkt-, Standorte- und**
3817 **Sportstättenkonzept nötig**, das den Anforderungen an das Sportland Sachsen gerecht wird.

3818

3819 Das Ertrinken gehört deutschlandweit inzwischen zu den häufigsten Unfalltodesursachen bei
3820 Kindern. Für Die Linke gilt daher: **Jedes Kind soll schwimmen lernen, Schwimmunterricht rettet**
3821 **Leben!** Auch deshalb müssen **Frei- und Schwimmbäder** unbedingt erhalten werden. Wir setzen
3822 uns dafür ein, dass sie ausreichend finanziert werden und alle **Kinder kostenlosen** Eintritt erhalten.
3823 Außerdem wollen wir ein **Förderprogramm für Schwimmbäder** auf den Weg bringen, nicht zuletzt,
3824 um auf die gestiegenen Betriebskosten zu reagieren und den Mangel an Freibadpersonal zu
3825 beenden. Wir wollen die Schwimmstättenförderung mit einem eigenen Haushaltstitel in die
3826 Sportförderung aufnehmen und in jeder Legislaturperiode mindestens **eine Schwimmhalle neu**
3827 **bauen und eine sanieren**. In Schwimmvereinen wollen wir um Schwimmlehrer:innen werben.

3828

3829 **Freizeit- und Breitensport, Leistungssport und Nachwuchsförderung** verdienen alle
3830 Unterstützung. Breiten- und Leistungssport müssen besser miteinander verknüpft werden, damit

3831 beide voneinander profitieren. Ganzheitliche Sportangebote auch für kleine Gemeinden haben für
3832 uns Vorrang vor noch mehr Geld für die Spitzensportförderung, etwa in Olympiastützpunkten.

3833

3834 Sport bringt Menschen zusammen. Dieser **inklusive Charakter des Sports** muss gestärkt werden.
3835 Wir wollen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte besser teilhaben können und Menschen mit
3836 Behinderung weniger Barrieren vorfinden. Hierfür braucht es ein **Sonderförderprogramm**. Es kann
3837 die höheren Aufwendungen ausgleichen, die für Integration und Inklusion möglicherweise nötig
3838 werden. Durch integrative und interkulturelle Angebote können wir den Sport und das zugehörige
3839 Vereinsleben für Migrant:innen und Geflüchtete öffnen. Zugleich werden damit die lokalen Sport-,
3840 Kultur- und Bildungsstätten als wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Miteinanders gestärkt.

3841

3842 Wir fordern, dass alle **Sportarten allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht** in gleichem
3843 Maße zugänglich gemacht werden. Wir treten konsequent **gegen alle Formen von**
3844 **Queerfeindlichkeit in Sportverbänden** und -vereinen auf.

3845

3846 Der Schulsport ist wichtig, um Schülerinnen und Schüler gesund zu halten und ihnen einen
3847 körperlichen Ausgleich zum Schulalltag zu bieten. Wir wollen sicherstellen, dass der **Schulsport**
3848 **überall** betrieben werden kann und **genügend Sportlehrer:innen** ausgebildet werden. Der
3849 klassische Sportunterricht muss reformiert werden. Wir wollen ihn zu einem täglichen Angebot
3850 „**Bewegung und Gesundheit**“ für alle Kinder weiterentwickeln. An die Stelle des Wettbewerbs soll
3851 eine differenzierte Bewertung nach Voraussetzungen und Fortschritt treten, die allen Kindern
3852 gerecht wird. Die Benotung des Sportunterrichts lehnen wir ab. Modelle wie „**Bewegte Kita**“ und
3853 „**Bewegte Schule**“ können als Vorbild dienen, sie sind auszuweiten und weiterzuentwickeln.

3854

3855 **Neue Sportarten und Betätigungsformen** müssen gleichberechtigt neben den traditionellen
3856 Sportarten gefördert werden. Den Wunsch des organisierten E-Sports nach Anerkennung im DOSB
3857 unterstützen wir.

3858

3859 Der zunehmenden **Kommerzialisierung von Sport**, wie sie besonders im Fußball zu Tage tritt,
3860 müssen Grenzen gesetzt werden. Friedliche Fangruppen sollen nicht als Sündenbock dienen. Die
3861 Polizei sollte im Umgang mit ihnen deeskalierend und ressourcenschonend agieren. Wir wollen
3862 dafür sorgen, dass Fans systematisch auf Augenhöhe mit Vereinen und der Polizei kommunizieren
3863 können. Für die **soziokulturelle Fanarbeit** ist mehr Personal nötig.

3864

3865 Das Sportwesen würde ohne das **Ehrenamt** nicht funktionieren. Hier ist im Sinne des Gesetzes zur
3866 Förderung ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements viel mehr Unterstützung nötig. Für die
3867 ehrenamtlich Tätigen wollen wir einen Anspruch auf Bildungsurlaub einführen, die
3868 Ehrenamtspauschale leichter zugänglich machen und ihre Arbeit durch Rentenpunkte belohnen. Wir
3869 setzen uns dafür ein, dass die **Qualifizierung von Übungsleiter:innen** für die Sportvereine besser
3870 gefördert wird, so u.a. durch Freistellungen und finanzielle Unterstützung. Bei der Ausbildung der
3871 Übungsleiter:innen wollen wir darauf achten, dass sie auch in die Lage versetzt werden, gegen
3872 antidemokratisches Verhalten und Diskriminierung vorzugehen. Wir sprechen uns für
3873 demokratische und solidarische Vereinsstrukturen aus.

3874

3875 Medien

3876

3877 Die Medien sind eine Säule unserer Demokratie. Presse, Radio und Fernsehen, aber auch die neuen
3878 Onlinemedien und soziale Netzwerke leisten wesentliche Beiträge zur öffentlichen Meinungs- und
3879 Willensbildung. Viel zu oft beschäftigt sich Medienpolitik aber nur mit dem öffentlich-rechtlichen

3880 Rundfunk. Das ist uns zu wenig. Medienpolitik muss sich mit allen Medien befassen, auch mit den
3881 privaten Unternehmen, die einen großen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben.
3882

3883 Wir setzen uns dafür ein, dass eine große **Vielfalt hochwertiger Medien in Sachsen** erhalten bleibt
3884 und auch neue Angebote entstehen können. Deswegen sind unsere wichtigsten Forderungen: Es
3885 muss verhindert werden, dass es zu einer weiteren Konzentration und Verarmung in der
3886 sächsischen Medienlandschaft kommt. Vielfältige Angebote müssen gefördert und beim digitalen
3887 Umbau unterstützt werden. Wir müssen sicherstellen, dass lokale Berichterstattung weiterhin
3888 stattfindet. Wenn Mittel vergeben werden, um lokale oder private Medien in Sachsen zu
3889 unterstützen, dann muss dies transparenter geschehen. Wir wollen sächsische
3890 Medienmacher:innen dabei unterstützen, Ehrenamtliche aus den Regionen in die Produktion von
3891 Inhalten einzubinden. Schließlich sollten wir auch mehr nichtkommerzielle Angebote schaffen. Um
3892 diese Ziele zu erreichen, wollen wir einen **Mediendialog** auf den Weg bringen, der gemeinsam mit
3893 den Medienmacher:innen das Ziel verfolgt, mediale Vielfalt in Sachsen auch für die Zukunft zu
3894 sichern.
3895

3896 In Sachsen gibt es im Bereich der Medienaufsicht für die privat-kommerziellen Anbieter mit der
3897 **Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM)** eine in Deutschland in dieser Form einmalige
3898 Konstruktion. Neben einem starken Medienrat gibt es eine weitgehend machtlose Versammlung
3899 sowie einen Geschäftsführer. Als die Versammlung, die aus gesellschaftlichen Gruppen vielfältig
3900 zusammengesetzt ist, 2019 bei der Besetzung des Geschäftsführerpostens Eigenständigkeit
3901 zeigte, führte das aufgrund der gegenwärtigen Konstruktion zur Handlungsunfähigkeit der SLM.
3902 Die Linke wird sich deshalb dafür einsetzen, innerhalb einer Gesetzesnovelle die Versammlung in
3903 ihren Rechten wesentlich aufzuwerten und weiteren gesellschaftlich relevanten Gruppen einen
3904 Platz in ihr zuzuteilen. Gesellschaftliche Akteur:innen sollen mehr Mitsprache erhalten, um
3905 Entscheidungen transparenter zu machen.
3906

3907 Die Sächsische Landesmedienanstalt soll ein **Medienmonitoring** ins Leben rufen, das die Angebote
3908 sächsischer Medienanbieter regelmäßig evaluiert. So können sich die Mediennutzer:innen
3909 informieren, ob die Sender ihre Lizenzauflagen erfüllen und welche journalistische Qualität ihre
3910 Angebote haben.
3911

3912 Wir wollen **die nichtkommerziellen Freien Radios sowie die regionalen und lokalen Fernseh- und**
3913 **Radioprogramme erhalten**, weil sie für die Medienvielfalt wichtig sind. In jedem Landkreis muss es
3914 neben der lokalen Tageszeitung auch regionale Radio- und Fernsehangebote geben. Ergänzt
3915 werden soll das Angebot durch nichtkommerzielle Medien, die trimedial produzieren, also für TV,
3916 Radio und Internet gemeinsam. Freie Radios sind wertvoll nicht nur, weil sie auf Werbung
3917 verzichten, sondern auch, weil sie Ehrenamtliche in die journalistische Arbeit einbinden. Die
3918 Sächsische Landesmedienanstalt sollte zukünftig die bundesweite Definition für nichtkommerzielle
3919 Sender verwenden, wenn sie Mittel vergibt. Es darf nicht mehr reichen, nur auf die Ausstrahlung
3920 von Werbung zu verzichten.
3921

3922 Die **Mitteldeutsche Medienförderung (MDM)** sollte weiter an Bedeutung gewinnen. Die
3923 Finanzierung durch den Freistaat ist zu erhöhen. Dabei sollte es vor allem darum gehen, Sachsen
3924 im Bereich des Kinder-, Dokumentar- und Animationsfilms zu stärken sowie die
3925 Entwicklungsförderung auszubauen. Die MDM muss bei der Vergabe darauf achten, dass die
3926 Produzent:innen soziale und ökologische Standards berücksichtigen. Wir wollen das **Kino wieder**
3927 **zum Kulturort in allen Regionen** machen. Unser Ziel ist es, dass es in fünf Jahren in jeder
3928 Kommune ab 5.000 Einwohner:innen die Möglichkeit gibt, regelmäßig Kinofilme zu sehen.
3929

3930 Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** ist eine der wichtigsten Institutionen der **öffentlichen**
3931 **Daseinsvorsorge auf kulturellem Gebiet**. In Sachsen erfüllt diese Aufgabe der MDR. Er soll nicht
3932 nur einer minimalistischen „Grundversorgung“ dienen, neben der Information zählen auch Bildung,
3933 Beratung, Kultur und Unterhaltung zu seinem umfassenden Auftrag. Neben anspruchsvollem
3934 Journalismus müssen weiter auch hochwertige Spielfilmproduktionen, Unterhaltungssendungen
3935 und Liveübertragungen von Sportereignissen zum Angebot gehören. Sie dürfen nicht den privaten
3936 Medien überlassen werden oder hinter Bezahlschranken verschwinden. Auch die Angebote für
3937 Kinder dürfen nicht gekürzt werden. Wir fordern für die öffentlich-rechtlichen Medien ein Recht auf
3938 kostenlose Kurzberichterstattung von gesellschaftlich relevanten Ereignissen, nicht nur im Sport.
3939 Jedoch darf der Anspruch dabei nicht geopfert werden: Kurzfilm, Animationsfilm, Dokumentarfilm
3940 wie auch politische Investigation müssen am Hauptabend regelmäßige Sendeplätze haben. Der
3941 Erfolg darf nicht allein an der Einschaltquote bemessen werden. Um die Qualität der Angebote zu
3942 sichern, muss regelmäßig evaluiert werden, ob und wie sie ihren gesetzlichen sowie
3943 gesellschaftlichen Auftrag erfüllen. Dazu sind externe Gutachten ebenso einzuholen wie die
3944 Meinung der Beitragszahler:innen. Auch die Arbeitsbedingungen der freien Beschäftigten sind zu
3945 überprüfen. Die Sender müssen zudem transparenter werden. Jede Gremiensitzung sollte im
3946 Livestream zu verfolgen sein. Ombudsstellen sowie Publikumsräte müssen zum Standard werden.
3947 Nur so kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach den Skandalen der vergangenen Jahre
3948 Akzeptanz in der Bevölkerung zurückgewinnen.

3949
3950 Wir wollen **die solidarische Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** beibehalten,
3951 damit er seinen Auftrag weiter erfüllen kann. Die Höhe des Rundfunkbeitrags darf nicht durch
3952 medienpolitische Erwägungen bestimmt sein. Eine Entlastung der Menschen ist dennoch möglich.
3953 Wir wollen Transferleistungsbezieher:innen grundsätzlich vom Rundfunkbeitrag befreien. Geld ließe
3954 sich auch sparen, wenn die Sender nicht mehr für die Einspeisung ihrer Programme an
3955 Kabelnetzbetreiber zahlen müssten und wenn die Kosten für Befreiungen nicht durch die anderen
3956 Beitragszahler:innen, sondern durch den Staat getragen würden. Allein dadurch könnte der Beitrag
3957 um ca. 1,30 Euro je Monat sinken.

3958
3959 Der **MDR-Staatsvertrag** muss reformiert werden. Wir brauchen mehr Vielfalt im Rundfunkrat:
3960 Stimmen aus Jugend und Kultur, aus Wissenschaft und Kunst, aus der migrantischen Gemeinschaft
3961 und der Zivilgesellschaft. Außerdem müssen Frauen die Hälfte des Gremiums stellen. Personal- und
3962 Freienrat sowie Redaktionsausschuss müssen die Möglichkeit haben, Themen auf die
3963 Tagesordnung der Gremien zu setzen. Schließlich machen sie das Programm und wissen am
3964 besten um die Probleme des Senders. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht auch in der
3965 Verantwortung, die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse widerzuspiegeln. Im Programm
3966 des MDR muss deshalb die Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen und
3967 LGBTTIQ* erhöht und die Darstellung stereotyper Rollenbilder vermieden werden.

3968
3969 **Internet und Datenschutz**

3970
3971 Die Linke steht für eine offene und freie Netzgemeinschaft, in der sich die Netzbürger:innen als
3972 Souverän mündig und selbstbestimmt bewegen. Deshalb sind wir entschieden **gegen Zensur,**
3973 **Netzsperrern, Überwachung und anlasslose Datenspeicherung** durch Behörden und
3974 Unternehmen. Die Souveränität, die Anonymität und der Schutz der Individuen ist zu gewährleisten.
3975 Öffentliche Informationen müssen allgemein zugänglich gemacht werden. Das Internet muss zu
3976 einem Instrument werden, das es den Bürger:innen erleichtert, gesellschaftlich teilzuhaben und
3977 mitzubestimmen. Wir sind **gegen den Einkauf und die Ausnutzung von Sicherheitslücken sowie**
3978 **Einschränkungen von Freiheits- und Verbraucherrechten**. Infrastrukturen müssen frei zugänglich
3979 und gleichberechtigt nutzbar sein – dies ist für uns ein unbedingter Grundsatz. **Wir sind für**

3980 **Netzneutralität!** Im digitalen Raum darf es keine Klassengesellschaft geben, die einige
3981 benachteiligt und andere bevorzugt. Das Land Sachsen und die Kommunen müssen die digitale
3982 Infrastruktur nachhaltig ausbauen. **Wir stehen zur Nutzung offener Standards, Open Data, Open**
3983 **Access, der Einhaltung von Nutzerrechten und dem Schutz von Nutzerdaten und wollen sie**
3984 **fördern.** Technologien müssen anwenderfreundlich, leicht zugänglich und sicher gestaltet sein.
3985 Staatliche und private Institutionen müssen dabei Vorbilder sein. Nutzer:innen und
3986 Verbraucher:innen sind nur begrenzt für den persönlichen digitalen Schutz verantwortlich.
3987

3988 Wir setzen uns für eine umweltschonende Informationstechnik (Green IT) ein. Anstatt einer immer
3989 größeren Monopolisierung braucht die Digitalbranche eine Dezentralisierung. Wissen soll frei
3990 zugänglich bleiben, auch damit Menschen sich kreativ entfalten, gesellschaftlich teilhaben und an
3991 direkter Demokratie mitwirken können. Wir wollen das Netz als Raum für gesellschaftliche
3992 Innovation schützen und erhalten. Die Auswirkungen von technologischen Neuerungen sind in einer
3993 vernetzten Welt unberechenbarer und folgenschwerer. Um die Folgen von neuen Technologien und
3994 Diensten, aber auch von Gesetzgebungen und Reglementierungen für Grund- und Freiheitsrechte
3995 abschätzen zu können, wollen wir **ein Staatsministerium und eine Enquete-Kommission für**
3996 **Digitalisierung** einrichten, die sich den Problemen widmen und Lösungen anbieten, die
3997 demokratisch und nachhaltig sind.
3998

3999 Die **Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI)** wirft weitere Fragen auf, sowohl in gesellschaftlicher
4000 als auch in juristischer Hinsicht. Die KI kann Arbeit erleichtern, aber sie birgt auch Risiken wie
4001 hochentwickelte Videofälschungen (Deep Fakes). Daher wollen wir **Behörden und Verwaltungen**
4002 **zur Offenlegung von Quellen und zur Transparenz verpflichten**, um zu erfahren, in welchen
4003 Bereichen KI für welche Zwecke eingesetzt wird.
4004

4005 Wir wollen Institutionen zum **Schutz vor Hass und Gewalt im Netz** ausbauen. Dies gilt für die
4006 zuständigen Stellen im staatlichen Bereich und für die **Beratungs- und Aufklärungsangebote**
4007 gesellschaftlicher Akteur:innen. Die Auswirkungen auf Einzelne müssen ebenso berücksichtigt
4008 werden wie die Folgen für die Gesellschaft. Diese Angebote soll es bereits ab der Grundschule
4009 geben.
4010

4011 Wir unterstützen den weiteren Ausbau digitaler öffentlicher Dienste gemäß des
4012 Onlinezugangsgesetzes und wollen die Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen. Dafür müssen
4013 mehr Mittel bereitgestellt werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger überall in Sachsen schnell und
4014 unkompliziert Verwaltungsleistungen in Anspruch nehmen können. Das beschleunigt die
4015 Verwaltungsprozesse und spart den Sächsischen und Sachsen viel Zeit und Nerven.
4016

4017 Migration und Asyl

4018

4019 Auch in Sachsen ist Einwanderung längst gesellschaftliche Normalität. 11 % der Menschen in
4020 Sachsen sind eingewandert, ihr Anteil steigt. Wir wollen auch die politische Vertretung für
4021 diejenigen sein, die Migrations- oder Fluchterfahrung haben. Diese Menschen haben nach wie vor
4022 nicht die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe, politische Mitbestimmung und Zugang
4023 zu Bildung und Beruf. Der Klimawandel und zahlreiche globale Krisen und Kriege sorgen dafür, dass
4024 Menschen in Sachsen Schutz suchen. Wir kämpfen entschieden dagegen, dass auf ihre Kosten
4025 Hass und Hetze verbreitet werden. Geflüchteten Schutz zu gewähren, ist eine humanitäre Pflicht.
4026 Zugleich begreifen wir Zuwanderung als Chance für die sächsische Gesellschaft.
4027

4028 Wir wollen eine grundsätzliche **Wende in der sächsischen Asyl- und Migrationspolitik: Sachsen**
4029 **soll ein offenes Land werden mit gleichen Rechten auf soziale Sicherung und gesellschaftliche**
4030 **Teilhabe für Eingewanderte.**

4031
4032 Wir setzen uns dafür ein, **den Familiennachzug über Landesaufnahmeprogramme zu**
4033 **unterstützen.** Die **dezentrale Unterbringung** von Geflüchteten soll die Regelunterbringung
4034 werden: Wir wollen die Pflicht, in Sammelunterbringungen zu leben, abschaffen und setzen uns
4035 dafür ein, dass **Geflüchtete in ganz Sachsen selbstbestimmt in eigenen Wohnungen** leben
4036 können. Dabei muss der Grundsatz der freien Wohnortwahl gelten. Residenzpflicht und
4037 Wohnsitzauflagen lehnen wir ab. **Unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind dabei besonders**
4038 **schutzbedürftig und müssen Kindeswohlgerecht aufgenommen, versorgt und betreut werden.**
4039

4040 Nur wer sich willkommen fühlt, findet in einer Gesellschaft rasch ein neues Zuhause. In allen
4041 Landkreisen und kreisfreien Städten sollen **Willkommenszentren** entstehen, die Initiativen beraten,
4042 koordinieren und fördern. Ausländerbehörden wollen wir zu Willkommensbehörden umgestalten,
4043 **Verfahren vereinfachen und digitalisieren.** Es braucht Vielfalt in sächsischen Amtsstuben und
4044 Offenheit für Eingewanderte. Alle Behörden und Institutionen des Freistaats sind in der Pflicht,
4045 ihren Anteil von Mitarbeitenden mit Migrationsgeschichte zu erhöhen, wobei sie professionell
4046 beraten und unterstützt werden sollen. Wir setzen uns für eine **Bleiberechts-offensive** in Sachsen
4047 ein: Ermessensspielräume der zuständigen Behörden sollen genutzt werden, um geduldeten
4048 Menschen ein Bleiberecht zu gewähren. Allen Geflüchteten, die seit mindestens drei Jahren in
4049 Sachsen leben, soll ein Aufenthaltstitel erteilt werden. Abschiebehaft gehört abgeschafft, weil
4050 Flucht kein Verbrechen ist.

4051
4052 Auch Geflüchtete haben ein Recht auf gleichberechtigte Gesundheitsversorgung. Deshalb sollen
4053 sie vom ersten Tag an eine elektronische Gesundheitskarte mit dem gleichen Leistungsumfang wie
4054 für einheimische Empfänger:innen von Sozialleistungen erhalten. **Die ungerechte Benachteiligung**
4055 **beim Sozialleistungsbezug im Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen.** In der
4056 Geflüchtetensozialarbeit setzen wir uns für landesweit gleiche Standards ein. Dazu gehört ein
4057 Betreuungsschlüssel von **1 Sozialarbeiter:in zu 50 Schutzsuchenden**, der vom Freistaat zu
4058 finanzieren ist.

4059
4060 Das von der sächsischen Regierungskoalition verabschiedete Integrationsgesetz reicht bei weitem
4061 nicht aus. Sachsen braucht ein **echtes Teilhabegesetz.** Seit vielen Jahren fordern wir ein modernes
4062 Integrations- und Teilhabegesetz. Bereits in der vergangenen Wahlperiode und zuletzt 2022 hat
4063 die Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag dazu Gesetzesentwürfe vorgelegt. Es muss die
4064 Integration zur verbindlichen kommunalen Aufgabe machen und sicherstellen, dass sie vom Land
4065 finanziert wird. Außerdem muss es regeln, dass Migrant:innen, die sich selbst organisieren, ebenso
4066 institutionell gefördert werden wie Asyl- und Perspektivberatungen, die Beratung von queeren
4067 Menschen mit Migrationshintergrund, die psychosozialer Beratung sowie die landesweite
4068 Sprachmittlung. Außerdem setzen wir uns für die **auskömmliche, langfristige und barrierearme**
4069 **Förderung von Projekten zur Integration, für Begegnung und gegen Rassismus ein.**
4070

4071 Wer in Sachsen lebt, muss auch politisch mitbestimmen können: Wir fordern daher auf kommunaler
4072 wie auch auf der Landesebene ein Wahlrecht für alle hier in Sachsen lebenden ausländischen
4073 Einwohner:innen nach zwei Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik. Bezahlkarten für Geflüchtete
4074 müssen diskriminierungsfrei und unter Beachtung des Datenschutzes umgesetzt werden.

4075
4076 **Europa**
4077

4078 Viele in Deutschland und auch in Sachsen erlassene Gesetze werden von europäischen Vorgaben
4079 bestimmt. Dennoch unterschätzen die hier lebenden Menschen oft noch immer die Bedeutung der
4080 Europäischen Union. Oft ist ihnen auch nicht bewusst, dass Projekte und Bauvorhaben durch
4081 finanzielle Mittel der Europäischen Union ermöglicht werden. Wegen der komplizierten Regeln und
4082 Praxis bei der Förderung herrscht in dieser Hinsicht selbst in den Kommunal- und
4083 Landkreisverwaltungen ziemlich oft Verwirrung.

4084
4085 **Die Linke bekennt sich klar zu Europa** und zur europäischen Integration. Wir wollen weg vom
4086 Nationalismus hin zur internationalen Kooperation. Dazu gehört eine stärkere **Vernetzung der**
4087 **Nachbarländer und Nachbarregionen**. Auch die Zusammenarbeit mit Großbritannien muss nach
4088 dem Schaden durch den „Brexit“ im Jahr 2020 wieder verbessert werden. Gerade auf schulischer
4089 und universitärer Ebene sollte der Austausch ermöglicht und gefördert werden.

4090
4091 Wir setzen uns für ein **Europa der Regionen** ein. Eine Erneuerung der Europäischen Union kann nur
4092 erfolgreich sein, wenn sie von den Regionen aus gedacht und betrieben wird. Viele Menschen
4093 empfinden die Europäische Union als unzureichend demokratisch. Dies kann nur geändert werden,
4094 indem die Politik stärker dezentral und näher an der Bürgerschaft agiert. Deshalb muss Sachsen in
4095 der EU besser vertreten werden. Wir fordern eine **Veränderung des Vertretungsmodells im**
4096 **Ausschuss der Regionen**. Bisher entsendet Sachsen ein Mitglied der sächsischen Staatsregierung.
4097 Dies reicht nicht aus. Zudem müssen Regionen die Möglichkeit haben, sich auch außerhalb der
4098 direkten Landesgesetzgebung an der EU-Gesetzgebung zu beteiligen. Gleichzeitig fordern wir
4099 **mehr Transparenz** bei den Aktivitäten und Initiativen Sachsens im Ausschuss, sowohl dem
4100 Sächsischen Landtag als auch der Öffentlichkeit gegenüber.

4101
4102 Der **Ausschuss der Regionen** muss als wichtigstes Vertretungsgremium von Kommunen und
4103 Regionen auf europäischer Ebene gestärkt werden. Hier sind mehr Mitsprache- und
4104 Mitentscheidungsrechte nötig, damit regionale und kommunale Belange in der EU eine größere
4105 Rolle spielen als bisher. Wir treten dafür ein, dass die Regionen von Anfang beteiligt werden, wenn
4106 Gesetze erarbeitet werden, die sie selbst betreffen. Gleichzeitig muss das Thema Europa stärker in
4107 die politische Öffentlichkeit Sachsens getragen werden. Europäische Debatten, die unsere Region
4108 betreffen, müssen auch hier wahrgenommen werden.

4109
4110 Die EU scheint den Menschen oft sehr weit entfernt. Viele glauben, sie hätten sowieso keinen
4111 Einfluss. Eine Mehrheit wünscht sich aber mehr Beteiligung in der Europäischen Union. Die Linke
4112 schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, um die politische Mitwirkung zu verbessern und Europa
4113 vor Ort erlebbar zu machen. So fordern wir ein bürger:innennahes Beteiligungskonzept.
4114 **Bürger:innenräte** zu verschiedenen europapolitischen Themen würden die Arbeit der Europäischen
4115 Union verständlicher machen und dafür sorgen, dass sie besser akzeptiert wird. Zugleich böten sie
4116 den Menschen in Sachsen eine Möglichkeit, an europäischen Entscheidungen mitzuwirken.

4117
4118 Sachsen muss sich auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass das **Menschenrecht auf**
4119 **Asyl** von der EU garantiert wird. Wir fordern die **Auflösung von Frontex**, da diese
4120 Grenzschutztruppe nachweislich die Menschenrechte von Geflüchteten erheblich verletzt. Wir sind
4121 **gegen Grenzkontrollen im Schengenraum**. Die Linke steht für ein offenes Europa.

4122
4123 Wir setzen uns für ein Europa der erneuerbaren Energien ein, dem der Abschied von den fossilen
4124 Energieträgern gelingt. Nur so können wir der Klimakrise begegnen. Sachsen sollte hier mit gutem
4125 Beispiel vorangehen. Europa muss seine Verhandlungsmacht nutzen, um **gemeinsame**
4126 **Energieimporte** zu organisieren und dabei keine Staaten zu unterstützen, die Demokratie und

4127 Menschenrechte missachten. Sachsen sollte sich dafür im Bundesrat und in der EU energischer
4128 einsetzen.
4129
4130 Europa verstehen, heißt Europa erleben. Das ist nur möglich, wenn Menschen mobil sein können.
4131 Die **Zugverbindungen zwischen den europäischen Ländern** müssen ausgebaut werden. Junge
4132 Menschen aus Sachsen sollen durch ganz Europa reisen und den interkulturellen Austausch
4133 erleben können. Wir fordern daher den **Ausbau des Ticketverlosungsprogramms #saxorail**, damit
4134 erheblich mehr Tickets für die junge Menschen zwischen 18 und 27 Jahren im Freistaat Sachsen
4135 zur Verfügung stehen.

4136
4137 Die Chance, Europa persönlich zu erleben, sollte aber bereits in der Schule bestehen. Wir wollen
4138 mehr **europapolitische Bildung** in den Schulen. In den sächsischen Grenzregionen sollte **mehr**
4139 **Unterricht in den Sprachen Tschechisch und Polnisch** angeboten werden, damit sich in Zukunft
4140 Sachsen besser mit ihren Nachbar:innen verständigen können.

4141 4142 Frieden 4143

4144 Jeder Mensch hat ein Recht auf Frieden. Dafür setzt sich Die Linke ein.
4145 Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Freiheit, Würde
4146 und sozialer Sicherheit leben können. Im Sinne des Grundgesetzes ist der ‚Frieden der Welt‘ der
4147 höchste Wert, dem deutsche Politik verpflichtet sein muss. Wir kämpfen um eine friedliche Welt,
4148 die durch Zusammenarbeit geprägt ist, und in der Konflikte durch Diplomatie gelöst werden.
4149 Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Es ist wichtig, dass die Waffen schweigen,
4150 aber im Interesse der Menschen muss der **Frieden auch gerecht** sein. Wir wissen, dass ‚gerechter
4151 Frieden‘ ein sehr hohes Ziel ist. Aber er ist die Grundlage für eine Welt, in der die Menschen- und
4152 Völkerrechte im Zentrum stehen. Eine dauerhafte Friedensordnung kann nur dann entstehen, wenn
4153 die Menschen nicht dem Machtkampf zwischen politischen Blöcken preisgegeben sind, die
4154 rücksichtslos um Macht und ökonomische Vorteile kämpfen.

4155
4156 Vor 79 Jahren endete in Europa der Kampf der Alliierten gegen Faschismus und Krieg. Millionen
4157 opferten ihr Leben im Kampf, im Krieg gegen die menschenverachtende Herrschaft
4158 Nazideutschlands, gegen den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden, gegen die
4159 Ermordung und Versklavung der Bevölkerung der besetzten Länder. Die bedingungslose
4160 Kapitulation der deutschen Wehrmacht besiegelte das Ende der deutschen Nazi-Diktatur und
4161 bedeutete einen Sieg über Faschismus, Antisemitismus, Rassenwahn und den NS-Eroberungs- und
4162 Vernichtungskrieg.

4163
4164 Leider erleben wir heute wieder Antisemitismus, Rassismus und auch **faschistische Tendenzen**.
4165 Sie sind in Europa, Deutschland und auch Sachsen wieder auf dem Vormarsch. **Dem wird sich Die**
4166 **Linke mit aller Kraft entgegenstellen**, im Parlament und auf den Straßen.

4167
4168 Es gibt wieder Krieg in Europa. Putin hat den Befehl zu einem imperialistischen Angriffskrieg gegen
4169 die souveräne Ukraine gegeben. Wir verurteilen diesen Krieg entschieden, fordern einen sofortigen
4170 Abzug der russischen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Bestrafung aller
4171 Kriegsverbrecher.

4172
4173 Wir haben Verständnis für die Sorge vieler Menschen, dass sich der Krieg zu einem neuen
4174 Weltenbrand auswachsen könnte, zumal es auf der Welt auch noch andere Kriegsherde gibt. Wir
4175 halten es deswegen für richtig und notwendig, die kriegerischen Handlungen durch **Diplomatie** zu
4176 beenden. Die Waffen müssen schweigen und Verhandlungen beginnen.

4177
4178 Wir hören aber auch den Menschen zu, die vor allem das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine
4179 betonen. In einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft muss es möglich sein,
4180 unterschiedliche Positionen und Handlungsoptionen ohne Diffamierung zu diskutieren. Es geht hier
4181 um komplexe Gewissensfragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt.
4182
4183 Wir akzeptieren **keine Doppelstandards**, schon gar nicht bei Angriffskriegen. Wir lehnen Russlands
4184 Krieg gegen die Ukraine genauso entschieden ab wie andere völkerrechtswidrige Kriege, etwa den
4185 Krieg der USA im Irak oder die türkischen Feldzüge gegen die Kurdinnen und Kurden.
4186 Die Linke steht seit jeher konsequent **gegen Kriege**. Wir treten **gegen Aufrüstung und**
4187 **Waffenexporte** ein. Denn die Produktion und der Export von Waffen, die Jahr für Jahr ausgefeilter
4188 und zerstörerischer werden, führen zum Tod von Menschen und zerstören die Lebensgrundlagen.
4189
4190 Mittlerweile ist es traurige Tatsache, dass die Zahl der Demokratien weltweit sinkt und autoritäre
4191 Regierungen auf dem Vormarsch sind. Wogegen wir als Linke uns wenden, ist der Wahn, man
4192 könnte die Demokratie mit Waffengewalt verbreiten. Das ist in Afghanistan, in Libyen und
4193 andernorts katastrophal gescheitert. Die Freiheit muss überall von allein wachsen. Wir sollten
4194 solche Bewegungen für **Menschenrechte mit friedlichen Mitteln** unterstützen.
4195
4196 Wir setzen uns dafür ein, dass in Sachsen **keine öffentlichen Forschungsgelder für die**
4197 **Entwicklung neuer Waffen** oder Waffensysteme verwendet werden. Die geplante Stationierung
4198 des Logistikbataillons 471 in Bernsdorf-Straßgräbchen halten wir nicht für einen nachhaltigen
4199 Beitrag zum Strukturwandel in der Lausitz. Wir fordern die drastische Einschränkung von
4200 Militärmanövern. Stattdessen sollten die Strukturen für humanitäre Hilfsangebote sowie den Zivil-
4201 und Katastrophenschutz ausgebaut werden.
4202
4203 Wir wollen nicht, dass Jugendoffiziere der **Bundeswehr an staatlichen Schulen** für Kriegseinsätze
4204 werben dürfen. Wir wollen, dass die Bundeswehr beim „Tag der Sachsen“ keine
4205 Präsentationsflächen mehr zur Verfügung gestellt bekommt.
4206
4207 Wir wollen die **internationale Zusammenarbeit** fördern. Der Freistaat Sachsen soll Initiativen von
4208 Kommunen, Vereinen und Verbänden für Solidarität und gegenseitiges Verständnis fördern und das
4209 Programm „Mayors for Peace“ unterstützen. Wir wollen den internationalen zivilen Austausch, etwa
4210 in den Bereichen Wissenschaft und Kultur, zwischen Sachsen und Regionen in anderen Ländern
4211 fördern. Dabei sollte sich der Blick besonders auf die mittel- und osteuropäischen Staaten des
4212 ehemaligen Warschauer Paktes richten.
4213 Wir wollen, dass die bereits jetzt existierenden, langjährigen **Städtepartnerschaften** weiter
4214 ausgebaut werden. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag für eine friedliche Verständigung
4215 zwischen den Menschen verschiedener Nationen. Die europaweite und internationale Kooperation
4216 ist unverzichtbar.

Entscheidung des Landesparteitages: